

Neunte Sitzung – Neuvième séance

Donnerstag, 9. Dezember 1976, Vormittag

Jeudi 9 décembre 1976, matin

8.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Wyer

76.050

**Schwangerschaftsabbruch (Fristenlösung).
Volksbegehren****Avortement (solution du délai).
Initiative populaire**

Botschaft und Beschlussentwurf vom 19. Mai 1976 (BBl II, 798)

Message et projet d'arrêté du 19 mai 1976 (FF II, 778)

Beschluss des Ständerates vom 22. September 1976

Décision du Conseil des Etats du 22 septembre 1976

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Passer à la discussion des articles

*Anträge der Kommission für die artikelweise Beratung***Titel und Ingress**

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 1

Der Artikel 34novies erhält die Nummer 34octies

Für den Rest: Zustimmung zum Beschluss des Ständerates**Art. 2***Mehrheit*

Volk und Ständen wird die Annahme der Volksinitiative beantragt.

Minderheit I

(Kaufmann, Barras, Blunschy, Gehler, Hofmann, Jung, Meier Josi, Nef, Pagani, Spreng)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit II

(Ribi, Allgöwer, Eng)

Streichen

*Propositions de la commission pour la délibération des articles***Titre et préambule**

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Art. 1

L'article 34novies reçoit le numéro 34octies

Pour le reste de l'article: Adhérer à la décision du Conseil des Etats**Art. 2***Majorité*

Le peuple et les cantons sont invités à accepter l'initiative.

Minorité I

(Kaufmann, Barras, Blunschy, Gehler, Hofmann, Jung, Meier Josi, Nef, Pagani, Spreng)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité II

(Ribi, Allgöwer, Eng)

Biffer

Frau Lang, Berichterstatterin der Mehrheit: Das Volksbegehren «für die Fristenlösung», zu dem wir Stellung nehmen müssen, wurde am 22. Januar 1977 mit über 67 000 Unterschriften eingereicht als Ersatz für die Initiative aus dem Jahr 1971, welche die Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs verlangte.

Die erste Initiative wurde zurückgezogen, nachdem sie bei der Beratung auf Ablehnung stiess. Vor allem wurde ihr vorgeworfen, dass sie der schwangeren Frau keinerlei Schutz bot, denn mit der fortschreitenden Meinungsbildung schälte sich deutlich heraus, dass sich die Befürworter wie die Gegner einer Lockerung der Strafbestimmungen beim Schwangerschaftsabbruch in einer Zielsetzung einig sind, und zwar in der Forderung nach besserem Schutz der Frau für die Zeit der Schwangerschaft und der Mutterschaft.

Wenn etwas erfreulich ist an den sich über Jahre hinstreckenden, zähen Auseinandersetzungen um die Bestrafung des Schwangerschaftsabbruchs, so sicher die Tatsache, dass man spürt, wie sich der Wille zu flankierenden Massnahmen sensibilisiert, um Frauen, die unter sozialen oder gesundheitlichen Schwierigkeiten die Schwangerschaft austragen und ihrem Kinde eine fürsorgliche Erziehung angedeihen lassen wollen, helfen zu können. Unser Rat hat deshalb am 2. Oktober 1975 eine Motion überwiesen, die verlangt, dass die persönliche, wirtschaftliche und rechtliche Lage der Schwangeren und der Mutter eines Neugeborenen wesentlich verbessert wird.

Anders sieht es aus bei der Kernfrage: Schwangerschaftsabbruch ja oder nein, oder unter welchen Voraussetzungen. Die Meinungen sind gemacht, und ich hoffe, dass wir die beiden im März und Oktober 1975 ausführlich geführten Debatten heute nicht mehr wiederholen müssen. Auch in unserer Kommission hat sich das Mehr- und Minderheitsverhältnis nicht geändert, weshalb wir neben den Kommissionsprechern der Mehrheit einen Referenten bezeichnen haben, der die Auffassung der Minderheit vertritt.

Zum Unterschied des ersten Volksbegehrens verlangt die vorliegende Initiative die Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs nur unter Voraussetzungen. Absatz 1 umschreibt diese; sie sind

– die Frist von 12 Wochen nach Beginn der letzten Periode,

– die Ausführung des Eingriffs durch einen zur Ausübung des Berufes zugelassenen Arzt sowie

– die schriftliche Zustimmung der Schwangeren.

Zudem soll die freie Arztwahl gewährleistet sein.

Die Kommission hat sich eingehend damit auseinandergesetzt, wie weit das im März 1975 dem Rat vorgelegte Modell für eine Fristenregelung mit der heutigen Initiative übereinstimmt. Der Bundesrat stellt nämlich in seiner Botschaft auf Seite 17 fest, dass wesentliche Unterschiede bestehen und unser Modell zudem noch weitere Voraussetzungen für die Straflosigkeit enthielt, wie

– die obligatorische Beratung der Schwangeren durch einen Arzt oder eine Beratungsstelle,

– die Bedenkzeit von einer Woche zwischen der Beratung und dem allfälligen Eingriff,

– die Durchführung des Eingriffs unter klinischen oder medizinisch gleichwertigen Bedingungen von einem diplomierten, in der Schweiz zur Ausübung des Berufes zugelassenen Arzt, der nicht auch gleichzeitig die Beratung der Schwangeren übernehmen darf,

– die Aufklärung auf dem Gebiet der Geburtenregelung der Schwangeren nach dem Eingriff und

– das Schweizerbürgerrecht oder den Wohnsitz der Schwangeren in der Schweiz.

Welche dieser Voraussetzungen wären nun noch interpretationsmässig auch beim vorliegenden Initiativtext auf Gesetzesesebene konkretisierbar? Diese Frage haben wir durch einen Bericht unseres Kommissionssekretärs, Herrn Mastronardi, etwas näher untersuchen lassen.

Nicht ausdrücklich verlangt wird die obligatorische Beratung der Schwangeren vor dem Eingriff. Die Pflicht des Arztes, der sich vergewissern muss, dass die Zustimmung der Schwangeren vollwertig ist, könnte jedoch Gewähr bieten, dass der Arzt sich in einem Gespräch mit seiner Patientin über ihre Situation unterhält. Auch wäre denkbar, dass der Gesetzgeber jene Erklärung der Schwangeren als vollwertige Zustimmung gelten lässt, die sie eine bestimmte Zeitspanne vor dem Eingriff, anlässlich eines Gesprächs mit einem zweiten Arzt oder einer Beratungsstelle, abgibt. Als gültig muss daneben aber jede Zustimmung betrachtet werden, deren Vollwertigkeit aus anderen Umständen geschlossen werden kann. Die Beratung darf nur eines unter mehreren Mitteln sein, mit denen die Schwangere dartun kann, dass sie ihren Entscheid in Kenntnis aller Umstände gefällt hat.

In der Regel ist die Frau, die mit der Frage über einen allfälligen Abbruch ihrer Schwangerschaft konfrontiert wird, dankbar für eine Beratung. Sie wird schon von sich aus ein Gespräch mit einem Arzt, Sozialarbeiter, allenfalls auch mit einem Pfarrer suchen, um mit einem verständnisvollen Menschen ihre Konfliktsituation, ihre Sorgen und Schwierigkeiten besprechen zu können. Es ist fraglich, ob in den wenigen Ausnahmefällen die Frau, die durch das Obligatorium zu einer Beratung gezwungen wird, sich in ihrer Entscheidung beeinflussen lässt.

Der zweite Absatz des Initiativtextes verpflichtet den Bund, in Zusammenarbeit mit den Kantonen die nötigen Massnahmen zum Schutze der schwangeren Frau und zur Förderung der Familienplanung zu treffen. Darin liegt der Gesetzgebungsauftrag an Bund und Kantone, Schutzmassnahmen gegen Gefährdungen und Notlagen zu treffen, welche einer Frau aus ihrer Schwangerschaft erwachsen können. Dazu gehören insbesondere die Beratung und Hilfe, welche die von uns bisher beabsichtigte Schaffung der Beratungsstellen sicherstellen können. Auch die Aufklärung der schwangeren Frau nach dem Eingriff auf dem Gebiete der Geburtenregelung gehört zur Familienplanung; sie ist eine eigentliche Folgepflicht, welche dem Arzt oder einer von ihm benachrichtigten Beratungsstelle zugewiesen werden könnte.

Schutzmassnahmen sind ebenfalls die Bestimmungen über die Durchführung des Eingriffs, weshalb verlangt werden kann, dass der Eingriff unter klinischen oder medizinisch gleichwertigen Bedingungen vorgenommen wird, wie dies unser Fristenmodell vorsah.

Dagegen gestattet die Verpflichtung zu Schutzmassnahmen nicht die Beschränkung der Regelung auf Schweizerinnen und Frauen, die in der Schweiz Wohnsitz haben oder sich seit wenigstens drei Monaten hier aufhalten. Allerdings stellt sich die Frage, ob das Problem des Aborttourismus wirklich noch so gross ist, nachdem die meisten Nachbarländer eine Reform ihrer Gesetzgebung in letzter Zeit durchgeführt haben. Immerhin könnten öffentliche Spitäler den Schweizerinnen den Vorrang gewähren oder Ausländerinnen grundsätzlich ausschliessen, da keine Pflicht der Aerzte und Spitäler zur Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen besteht.

Bei diesem Vergleich der Initiative mit dem von uns seinerzeit ausgearbeiteten Fristenmodell kann sich die Mehrheit der Kommission nicht der Meinung des Bundesrates anschliessen. Die wesentlichsten Voraussetzungen für die Straflosigkeit, insbesondere die Massnahmen zum Schutze der schwangeren Frau, können auf Gesetzesesebene erfüllt werden. Aus diesen Gründen beantragt die Kommissionmehrheit dem Rat Zustimmung zum Volksbegehren und

stellt zudem den Antrag, Volk und Ständen die Annahme der Volksinitiative zu beantragen.

Wir haben ebenfalls über das weitere Vorgehen beraten. Es stellt sich die Frage, ob gleichzeitig mit der Abstimmung über die Initiative auch die Abstimmung über das noch in Beratung stehende Bundesgesetz, das einen eigentlichen Gegenvorschlag darstellt, ermöglicht werden sollte. Der Ständerat wird in der nächsten Woche über einen von seiner Kommission modifizierten Vorschlag für eine sozial-medizinische Indikationenlösung entscheiden, die jedoch noch keineswegs dem von uns verabschiedeten Vorschlag entspricht. Ein Konsens zwischen den beiden Räten wird nicht so leicht zu finden sein. Wir sind deshalb der Auffassung, dass die Initiative möglichst bald dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden sollte. Gleichzeitig wollen wir uns aber ernsthaft bemühen, den Vorschlag auf Gesetzesesebene zu Ende zu beraten.

Ohne Zweifel sind auch im Volk – wie in unseren Räten – die Meinungen gemacht. Es wäre deshalb klug zu wissen, welche Gesetzesregelung für den Schwangerschaftsabbruch von der Mehrheit des Volkes akzeptiert und endgültig verabschiedet werden könnte.

Auch die Fristenlösung ist nicht die beste Lösung für den Schwangerschaftsabbruch, der eine Frage des persönlichen Gewissens, der persönlichen Freiheit, aber auch eine Frage der Verantwortung gegenüber geborenem Leben ist. Sie ist eine Notlösung der Toleranz, wenn auf andere Weise nicht geholfen werden kann, eine Lösung, die nicht die Entscheidung Menschen überträgt, welche die Verantwortung für das Leben und die Zukunft unerwünschter Kinder und ihrer Mütter nicht tragen können und nicht tragen müssen.

Deshalb hat die Kommissionmehrheit der Initiative zugestimmt und bittet den Rat, dasselbe zu tun.

M. Gautier, rapporteur de la majorité: En commençant ce débat sur l'interruption de grossesse, je voudrais me limiter à trois groupes de remarques et ne pas revenir sur le fond du débat qui, à deux reprises déjà, nous a occupés de très longues heures durant. Je crois que, dans ce débat, tout a à peu près été dit, le meilleur comme le pire du reste. Je pense que les opinions sont faites en très grande partie et que même un long débat n'y changera plus grand-chose. Je souhaite donc que le débat reste si possible limité dans le temps et qu'il garde le très bon niveau qu'il avait obtenu auparavant.

Voici donc les trois points sur lesquels je reviendrai: tout d'abord un bref rappel des débats antérieurs, l'exposé de la décision que nous avons à prendre et, enfin, quelques remarques sur le message du Conseil fédéral.

Il me semble d'abord nécessaire de rappeler les divers débats et les décisions intervenues ces dernières années. Tout ceci a commencé le 1er décembre 1971, par le dépôt de l'initiative pour la décriminalisation de l'avortement, puis, le 30 septembre 1974, le Conseil fédéral déposait son premier message sur l'initiative et sur un contre-projet indirect de modification de la loi pénale distinguant quatre indications pour l'interruption non punissable: les indications médicales, sociales, eugéniques et juridiques. Le 14 janvier 1975, la commission de notre Conseil adoptait la solution des délais. Les 5 et 6 mars 1975, le Conseil national a successivement éliminé, par des votes éventuels, la solution du Conseil fédéral, une solution d'une minorité de la commission qui supprimait l'indication sociale et en vote sur l'ensemble la solution des délais. En juin 1975, le Conseil des Etats acceptait une solution réunissant les indications médicales et sociales sous le vocable d'indications médico-sociales. Le 2 octobre 1975, notre Conseil reprenait la solution du Conseil fédéral légèrement modifiée et l'adoptait en repoussant la solution du Conseil des Etats. En février dernier, l'union suisse pour la décriminalisation de l'avortement retire sa première initiative et en dépose une nouvelle pour la solution des délais sur laquelle nous avons à nous prononcer ce matin. Le 19 mai,

le Conseil fédéral publie son message sur cette deuxième initiative et recommande son rejet, avis que confirme le Conseil des Etats le 22 septembre dernier. Le 4 novembre, votre commission s'est réunie et a décidé, à une voix de majorité, de recommander l'acceptation de cette initiative. Enfin, le 18 novembre dernier, la commission du Conseil des Etats a repris le travail sur le texte législatif et a décidé de proposer à son Conseil une solution sans indication sociale autonome mais admettant que dans l'indication médicale il soit tenu compte des cas de détresse sociale grave. Ce n'est que la semaine prochaine que la Chambre des cantons traitera cet objet qui reviendra vraisemblablement devant nous en mars de l'année prochaine. Il nous appartient donc aujourd'hui de dire si nous approuvons ou si nous désapprouvons la deuxième initiative et si nous voulons formuler une recommandation à l'égard du peuple et des cantons.

C'est en effet ce qui ressort de la loi sur les rapports entre les conseils qui, à son article 27, dit ce qui suit: «Lorsque la demande de révision partielle est présentée sous la forme d'un projet rédigé de toutes pièces, l'Assemblée fédérale décide, dans le délai de trois ans à compter du jour où l'initiative a été déposée, si elle approuve ou non l'initiative telle qu'elle est formulée. Si elle approuve l'initiative, elle la soumet au vote du peuple et des cantons avec ou sans recommandation d'acceptation. Si elle n'approuve pas l'initiative, elle la soumet également au vote du peuple et des cantons avec ou sans recommandation de rejet.» Autrement dit, nous avons deux décisions à prendre: 1° approuver ou ne pas approuver et 2° recommander ou non l'acceptation ou le rejet.

Je me permets donc de suggérer à l'avance que, lors du vote de l'arrêté fédéral No 76.050, on oppose tout d'abord la majorité à la minorité I, c'est-à-dire l'approbation ou la désapprobation de l'initiative, puis le résultat à la minorité II, c'est-à-dire si nous faisons ou si nous ne faisons pas de recommandation pour le vote populaire.

Ma troisième et dernière remarque concerne les conclusions du message du Conseil fédéral sur cette initiative. Le Conseil fédéral repousse la solution des délais pour diverses raisons qui l'avaient déjà poussé à la repousser au niveau législatif. C'est tout le problème éthique, philosophique et de fond et j'ai dit tout à l'heure que je n'y reviendrai pas. Mais le Conseil fédéral ajoute un argument supplémentaire contre l'initiative, c'est que celle-ci irait plus loin que la solution des délais discutée par ce Conseil en mars 1975, l'initiative n'ayant pas repris certaines des cautions que l'article 4 de ce projet prévoyait. Ces cautions, selon le Conseil fédéral, étaient au nombre de cinq. Tout d'abord, l'intervention devait être pratiquée par un médecin «diplômé et autorisé à pratiquer en Suisse». L'initiative a supprimé les mots «diplômé» et «en Suisse». Il me paraît tellement évident que, quand on parle dans la constitution helvétique d'un médecin autorisé à pratiquer, c'est bien en Suisse et pas en Ouganda et que, d'autre part, il est impossible d'être autorisé à pratiquer sans être diplômé. Cet argument du message ne me paraît donc pas un élément de critique très sérieux. Trois autres cautions ont par contre effectivement été supprimées dans le but de ne pas allonger inutilement un texte constitutionnel. Il me paraît soit dit en passant plutôt louable de chercher à inscrire dans notre constitution des principes plutôt que des détails. Ces trois réserves étaient: 1° la consultation d'un deuxième médecin et le délai de réflexion d'une semaine entre cette consultation et l'intervention; 2° l'exigence que l'intervention ait lieu en milieu hospitalier ou équivalent; 3° le renseignement apporté après l'intervention à la personne enceinte sur la régulation des naissances. Selon les juristes de la Couronne, il serait impossible de réintroduire ces trois exigences par voie législative, vu le texte du nouvel article constitutionnel proposé par l'initiative. Selon ces éminents juristes, la loi ne pourrait en aucun cas exiger des conditions supplémentaires pour que l'interruption de grossesse ne soit pas punissa-

ble. Mais en droit, comme en médecine du reste, quand Hippocrate dit oui, Galien dit non, et d'autres juristes, probablement tout aussi éminents, estiment qu'une loi sanitaire pourrait fort bien réintroduire ces conditions. La consultation de deux médecins, la réflexion d'une semaine, le milieu hospitalier, les conseils sur la régulation des naissances peuvent très bien se concevoir comme des mesures de police sanitaire. La seule réserve est que les infractions à ces dispositions ne devraient plus relever du droit pénal mais du droit administratif et que la seule sanction possible serait alors une amende.

Les mêmes juristes font remarquer qu'il y a au moins un exemple où la loi, dans notre pays, a restreint l'application d'un article constitutionnel, c'est l'article 34^{quater} de notre constitution qui, parlant de l'assurance-vieillesse et survivants, dit à son alinéa 2: «La Confédération institue par voie législative une assurance-vieillesse, survivants et invalidité obligatoire pour l'ensemble de la population.» Or la loi sur l'AVS, dès le 2e alinéa du premier article, s'empresse d'exempter de cette obligation diverses catégories de la population. Il ne s'agit évidemment pas là de droit pénal mais c'est quand même une disposition constitutionnelle importante qui est limitée et rétrécie par une loi.

Enfin, la dernière caution supprimée par rapport au texte de 1975 est celle de la nationalité ou du domicile suisse de la personne enceinte. Cette disposition me semble avoir perdu une bonne part de son importance du fait que la plupart des pays européens et notamment ceux qui nous entourent ont considérablement élargi leur législation dans ce domaine depuis une ou deux années.

Autre remarque: le Conseil fédéral déclare à la page 17 de son message en langue française: «L'initiative populaire contient une disposition selon laquelle la Confédération prend, avec la collaboration des cantons, les mesures nécessaires pour protéger la femme enceinte et encourager la planification familiale. Il faut constater à ce propos qu'il s'agit d'une répétition inutile de compétence constitutionnelle qui existe déjà.» Je serais personnellement très heureux de savoir dans quel article de la constitution on peut trouver ces compétences. Il me semble absolument impossible d'interpréter dans ce sens l'article 34^{quinquies} qui dit: «La Confédération, dans l'exercice des pouvoirs qui lui sont conférés et dans les limites de la constitution, tient compte des besoins de la famille.» Il me paraît hautement téméraire de vouloir faire de ce texte, extrêmement limitatif, une base sérieuse pour des dispositions législatives protégeant la femme enceinte et développant la planification familiale.

En résumé, il me semble que l'initiative, dans son 1er alinéa, ne va pas plus loin que le projet de mars 1975, que s'il existe un défaut apparent, celui-ci peut être corrigé par la législation et que le 2e alinéa de l'initiative donne réellement à la Confédération une base constitutionnelle infiniment plus nette et plus réelle que l'actuel article 34^{quinquies}.

Pour ces raisons et parce qu'elle estime que la solution des délais est, comme je l'ai déjà dit plusieurs fois, la moins mauvaise des solutions, la commission, dans sa majorité, vous demande d'approuver cette initiative et de la soumettre au vote de peuple et des cantons en leur recommandant de l'accepter.

Präsident: Für die allgemeine Aussprache haben sich 14 Einzelredner eingeschrieben. Die beiden Kommissionsreferenten haben in ihren Erläuterungen gesagt, dass das Wesentliche über dieses Problem bekannt sei und sich eine sehr lange Eintretensdebatte erübrige. Verschiedene Einzelvotanten haben mir daher erklärt, dass sie sich kurz fassen werden. Ich hoffe gerne, dass sie diesen Vorsatz auch in die Tat umsetzen werden. Wir führen nun die allgemeine Aussprache durch. Ich erteile das Wort der Sprecherin der freisinnig-demokratischen Fraktion, Frau Martha Ribli.

Frau Ribí: Wir haben es soeben auch vom Präsidenten gehört: Es wäre wenig sinnvoll, würden wir heute noch einmal eine grundsätzliche Debatte über die Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruches führen. Niemand in diesem Saal wird seinen Standpunkt grundsätzlich ändern wollen. Ob man bereit ist, allenfalls einen Schritt zur Annäherung zu tun, wird das Differenzbereinigungsverfahren über das Bundesgesetz im Ständerat zeigen.

Alle bisherigen Verhandlungen in der Kommission wie im Rat haben gezeigt, dass der Entscheid «Fristenlösung, ja oder nein» ein Gewissensentscheid ist. Daher ja auch die Schwierigkeit, sich anzunähern, sich im Gesetzesentwurf auf eine mittlere Lösung zu einigen. Die Schwierigkeit wird noch grösser, weil das Problem der Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruches, d. h. eine gute und allseits befriedigende Lösung überhaupt nicht existiert, da sie nicht existieren kann. Sowenig wie es dem streng Konservativen bei seinem Vorschlag wohl sein kann, wenn er an die Wirklichkeit mit all ihren Unzulänglichkeiten in Sachen illegalem und halblegalem Abbruch denkt, sowenig vermag die Fristenlösung, vor allem in der Form der vorgelegten Initiative, den liberal Denkenden vollumfänglich zu befriedigen. Gewissensfragen eignen sich schlecht für einen Kompromiss. Bei der Frage des Schwangerschaftsabbruches wird uns aber der Gewissens- oder Grundsatzentscheid noch zusätzlich erschwert. Wir stehen einer Welt gegenüber, die sich nicht an die Gesetze hält, in der jeder seinen eigenen Entscheid trifft und es in Kauf nimmt, damit zum Rechtsbrecher zu werden. Das sollten sich jene merken, denen eine liberalere Gesetzgebung für ihr Gewissen zu weit ginge und die sie deshalb bekämpfen. Niemand würde und könnte sie aber je zwingen, persönlich der freiheitlichen Regelung zu folgen, also beispielsweise von der Möglichkeit eines straflosen Abbruchs Gebrauch zu machen. Sie könnten auch in Zukunft stets und immer jegliche Liberalisierung ablehnen und für sich persönlich entsprechend handeln.

Die vorliegende Initiative hat leider Mängel; wir haben davon gehört. Es fehlen ihr die flankierenden Massnahmen. Sollte die Initiative in der Volksabstimmung angenommen werden, so hätte die nachfolgende Gesetzgebung alle jene Bestimmungen aufzunehmen, die dem Schutz der Schwangerschaft dienen. Der Gesetzesentwurf, so wie er seinerzeit von der nationalrätlichen Kommission verabschiedet wurde, muss für eine Fristenlösungsgesetzgebung begleitend sein. Volk und Stände werden in der obligatorischen Abstimmung zu einer grundsätzlichen Stellungnahme aufgerufen. Der Entscheid wird uns zeigen, was die Mehrheit denkt und will. In dieser Hinsicht ist die Vorlage der Initiative ohne Gegenvorschlag zu begrüssen. Mit der Zustimmung zur Empfehlung auf Annahme der Initiative oder zur Empfehlung auf Verwerfung wird jedes Ratsmitglied seine persönliche Einstellung zum Ausdruck bringen können. Mit dem Mehrheitsantrag der nationalrätlichen Kommission bejaht man die Fristenlösung, mit dem Antrag der Minderheit I und des Bundesrates lehnt man sie ab. Nun liegt auch noch ein Minderheitsantrag II vor, der das Volksbegehren ohne Empfehlung dem Volk vorlegen möchte. Ich werde mir gestatten, diesen Antrag noch separat zu begründen. Die freisinnig-demokratische Fraktion hat sich dafür ausgesprochen, dass im Sinne der Toleranz der Stimmbürger in dieser Gewissensfrage möglichst unbeeinflusst seine Stimme abgeben sollte und dass ihm keine Mehrheitsmeinung, wie immer diese auch ausfällt, aufzuzwingen sei. Nach wie vor zeigt die freisinnig-demokratische Fraktion eine starke Mehrheit für eine Liberalisierung, wobei sich diese Mehrheit aus den Befürwortern einer Fristenlösung und den Befürwortern einer erweiterten Indikationenlösung mit selbständiger sozialer Indikation zusammensetzt. So wird auch in unserer Fraktion jeder nach seinem Gewissen stimmen. Leider besteht wenig Hoffnung, dass aus dem Differenzbereinigungsverfahren über das Gesetz zum Schutz der Schwangerschaft und der Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruches die erweiter-

te Indikationenlösung mit selbständiger sozialer Indikation hervorgehen wird. Damit wird auch dieser Kompromiss nicht zustande kommen, der im Nationalrat im Oktober 1975 eine Mehrheit erreicht hatte, indem sich verschiedene Anhänger der Fristenlösung im Sinne des Entgegenkommens damals ebenfalls dafür ausgesprochen hatten. So muss ich Ihnen empfehlen, der Fristenlösung, also der Mehrheit heute zuzustimmen. In der Abstimmung über den Minderheitsantrag II wird dann darüber entschieden werden, ob dem Volk das Begehren mit oder ohne Empfehlung vorgelegt werden soll.

Präsident: Die Kommission teilt mir mit, dass sie beschlossen hat, Herrn Kaufmann als Minderheitssprecher zu bezeichnen. Ich erteile das Wort Herrn Kaufmann zur Darstellung der Stellungnahme der Minderheit.

Kaufmann, Berichterstatter der Minderheit I: Es geht heute tatsächlich lediglich um die Stellungnahme zur Fristenlösungsinitiative. Ich würde es persönlich auch begrüssen, wenn hier nicht eine grosse Rednerschlacht über ein Thema stattfindet, bei welchem die Meinungen ohnehin weitgehend gemacht sind.

In dieser umstrittenen Materie gibt es glücklicherweise auch viel Gemeinsames zwischen Mehrheit und Minderheit I. Gemeinsam gehen wir davon aus, dass das menschliche Leben einen Höchstwert darstellt, und dass das Recht auf das Leben die Grundvoraussetzung aller Freiheits- und Sozialrechte bilde. Der Schutz des Lebens hat denn auch in unserem Staat einen ganz hohen Stellenwert. Ich glaube, wir sind auch darüber einig, dass das menschliche Lebewesen mit der Befruchtung beginnt. Die paritätisch zusammengesetzte Expertenkommission hat das einstimmig bestätigt, und der Bundesrat hält in seiner Botschaft Seite 16 fest, ich zitiere: «Das menschliche Leben stellt von der Befruchtung bis zum Tode einen ununterbrochenen Prozess des gleichen Lebewesens dar.» Ich glaube, wir sind uns auch darüber einig, dass ein Fötus mit 12 Wochen längst menschliche Formen angenommen hat, atmet, einen eigenen Kreislauf besitzt und – das klingt sehr versöhnlich – am Daumen lutscht. Von einigen Extremisten abgesehen, stimmt die Mehrheit mit der Minderheit auch da überein, dass die Abtreibung nicht etwas Wertneutrales darstellt, sondern etwas Naturwidriges und Unerfreuliches – einen letzten Ausweg aus einer Notsituation. Ich danke Frau Lang für ihr heutiges Votum, in dem sie das ausdrücklich auch bestätigt hat.

Die parlamentarischen Fristenanhänger treten auch für den Schutz des werdenden Kindes ein, für den Schutz der Schwangerschaft. Das neue Bundesgesetz hätte auch bei einer Fristenlösung den Titel getragen: «Bundesgesetz über den Schutz der Schwangerschaft und die Neuordnung der Strafbarkeit»; Abtreibungsgegner sind wir daher alle. Ich bin der Kommissionmehrheit dankbar, dass diese grundsätzliche Gemeinsamkeit, von einigen Ausnahmen vielleicht abgesehen, nie in Zweifel gezogen wurde.

Bei der Initiative hingegen werde ich den Eindruck nicht los, dass sie nicht von dieser Gesinnung getragen ist. Den Verlautbarungen der Initianten ist vielmehr zu entnehmen, dass sie die Abtreibung als etwas Natürliches und Normales empfinden. Die vom Bundesrat ursprünglich vorgeschlagenen drei Lösungsmodelle sind in der nationalrätlichen Kommission verbessert und verfeinert worden. Dabel verlangten Anhänger der Fristenlösung vor der Abtreibung eine obligatorische Beratung (Herr Weber) und eine acht-tägige Ueberlegungsfrist (Frau Ribí). Merkwürdigerweise wollen die Initianten weder eine Beratung noch eine Bedenkfrist. Das ergibt sich aus einem Brief der Initianten an Herrn Bundesrat Brugger und auch aus den Veröffentlichungen der Initianten. Aus dieser Gesinnung der Initianten spricht die Meinung: Man braucht sich nicht beraten zu lassen und hat auch nichts zu überlegen. Diese Mentalität erschreckt mich.

Aufgrund des gewählten Initiativtextes – hier muss ich Frau Lang und Herrn Gautier eindeutig widersprechen –

kann weder die Beratung noch die Bedenkfrist in eine Strafgesetzgebung aufgenommen werden, was auch durch zwei Gutachten erhärtet worden ist.

Die Initiative ist denn auch aus diesen Gründen im Ständerat selbst von Anhängern der Fristenlösung als abstoßend und taktlos bezeichnet worden. Herr Reverdin, der grundsätzlich eine Fristenlösung unterstützt, ist von der Initiative derart enttäuscht, dass er sie zur Ablehnung empfiehlt. Die Formulierung der Initiative ist um so unverständlicher, als unmittelbar vorher in Oesterreich und Frankreich Fristenlösungen mit obligatorischer Beratung und Ueberlegungsfrist eingeführt wurden. 1975 entschloss sich die Bundesrepublik Deutschland, für die eugenische, juristische und soziale Indikation ebenfalls eine obligatorische Beratung und Ueberlegungsfrist vorzusehen. Ich verstehe nicht, dass die Initianten für die Schweiz nicht nur eine Fristenlösung, sondern gleich auch eine extreme und so schlechte Fristenlösung verlangen.

Für den Fall einer Fristenlösung hat der Nationalrat vor anderthalb Jahren in das Gesetz auch eine Bestimmung aufgenommen, die den Abtreibungstourismus, d. h. das Einströmen von Ausländerinnen in die Schweiz zur Vornahme der Abtreibung, verhindert hätte. Es geht hier zwar nicht um eine grundsätzliche, aber politische Frage. Nachdem Italien und die Bundesrepublik – hier muss ich Herrn Gautier wiederum widersprechen – Indikationenregelungen besitzen, besteht die Gefahr, dass die Schweiz für diese Länder zum Abtreibungsparadies werden kann, zumal Frankreich – ein anderes Nachbarland – für sein Gebiet den Abtreibungstourismus ausdrücklich verbietet. Leider hat sich die Initiative auch hier die Vorarbeiten des Nationalrates nicht zunutze gemacht. Entlang unserer Nordgrenze und im Tessin könnten daher durchaus Privatkliniken entstehen, die sich auf Abtreibung für Ausländerinnen spezialisieren und eine allfällige Fristenregelung geschäftlich auswerten wollen. Daraus könnten sich ganz stossende Aspekte ergeben. Auch das nehmen leider die Initianten in Kauf.

Es ist hier nicht der Ort, um nochmals alle Gründe aufzuführen, die gegen die Fristenlösung an sich sprechen. Immerhin möchte ich zwei kurze Bemerkungen anbringen:

Die im Ständerat gestellte Frage, ob eher die heimliche oder die leichtfertige Abtreibung verhütet werden müsse, ist meines Erachtens etwas gekünstelt und nicht entscheidend. Entscheidend ist die andere Frage, ob die Fristenlösung mehr oder weniger Abtreibungen, die wir ja alle als bedauernd empfinden, mit sich bringe. Hier muss doch festgehalten werden, dass die Straffreiheit mit Sicherheit die Zahl der Abtreibungen in die Höhe treibt. Wäre dem nicht so, verlöre das Strafrecht in allen Bereichen seinen Sinn und wäre abzuschaffen. Zu bedenken ist auch, dass die Fristenlösung die Versuchung nahelegt, auf Verhütungsmittel zu verzichten. Vor allem aber ins Gewicht fällt die mittelfristige und langfristige Wirkung einer Straffreiheit. Mit einer Fristenlösung wird das Unrechtsbewusstsein aufgehoben und die Abtreibung auf die Stufe einer Mandeloperation heruntergespielt. Selbst Professor Stratenwerth, den wir in Basel noch als Experten einvernahmen und der als Verfechter der Fristenlösung bekannt ist, gab zu, dass mit einer Fristenregelung die Abtreibungen zunehmen werden (Protokoll Mai 1974, Seite 31). Das ist eine entscheidende Antwort auf die sich stellende Frage.

Zweite Bemerkung: Sodann entfällt bei einer Strafflosigkeit die Missbilligung einer ohne Notlage vorgenommenen Abtreibung durch den Gesetzgeber. Die wechselseitigen Zusammenhänge zwischen Strafrecht und Ethik sind bekannt. Der gefährliche Schluss von der rechtlichen Sanktionslosigkeit auf das moralisch Erlaubte, ja Richtige, wird kurzfristig von einigen und langfristig von vielen gezogen werden. Dieser falsche Schluss leistet der Ansicht Vorschub, über das ungeborene Kind könne frei verfügt werden. Das werdende Leben des Kindes sei kein Rechtsgut. Die Minderheit – das ist ein grundsätzlicher Standpunkt –

wendet sich bewusst gegen die darin verborgene Ueberheblichkeit des Menschen, der da fragt und die Antwort sich gleich auch selber gibt: «Hab' ich nicht alles selbst geschaffen? Kann ich nicht alles selbst vernichten?» Die Fristenlösung relativiert unsere Einstellung dem menschlichen Leben gegenüber, beeinträchtigt unsere Humanität immer dort, wo uns ein menschliches Wesen in die Quere kommt. Nachdem das Leben als Grundrecht von höchstem Wert von uns allen allseitig anerkannt ist, vermag die Minderheit nicht zu verstehen, dass dieses Leben, z. B. im Gegensatz zu kleinen Vermögensbeiträgen, strafrechtlich nicht mehr durchgehend geschützt sein soll. Die Minderheit I beantragt Ihnen, zusammen mit dem Bundesrat, dem Volk die Verwerfung der Initiative zu empfehlen. Ich danke Ihnen.

Mme Nanchen: Le groupe socialiste est favorable à la solution du délai. Sans vouloir reprendre le débat de principe sur le problème de l'avortement, il me paraît toutefois nécessaire d'énumérer les trois grandes raisons qui motivent notre attitude.

1. Tous dans cette salle nous sommes persuadés que l'avortement est la plus mauvaise solution apportée à la question de la prévention des naissances non désirées et qu'il doit disparaître au profit de la contraception. Mais actuellement, seule une minorité de femmes, moins de 20 pour cent à Genève selon une récente étude, recourent à des méthodes contraceptives efficaces. Les autres ne font rien ou utilisent des méthodes qui échouent. Alors que font-elles face à une grossesse non désirée? Elles se font avorter; massivement. Que cela plaise ou non, l'avortement est un phénomène de civilisation. On compte dans les pays industrialisés un avortement pour une naissance vivante. A Genève, l'enquête que j'ai mentionnée – il s'agit du *Sens de l'avortement* de Jean Kellerhals et Willy Pasini – fait état d'une demande légale d'interruption de grossesse pour deux naissances.

Comme cela a souvent été dit, face à cette réalité le choix pour nous autres politiciens n'est pas le suivant: avortement ou pas avortement, mais bien celui-ci: avortement légal ou avortement clandestin. Le groupe socialiste est convaincu que l'avortement légal est toujours préférable à l'avortement dit criminel, parce que pratiqué dans de meilleures conditions médicales et psychologiques. Aussi nous voulons que toutes les femmes pour qui l'avortement est la seule issue possible puissent le faire légalement. Or, avec toutes les solutions des indications, aussi élargies soient-elles, il y aura toujours des cas qui ne ressortissent pas à la loi. Aujourd'hui, les raisons proprement médicales d'interruption de grossesse sont rarissimes. Les cas de profonde détresse sociale apparaissent de moins en moins souvent. Si un couple ou une femme seule veulent interrompre une grossesse c'est le plus souvent pour des raisons subjectives complexes, tel l'équilibre actuel de la famille, les aspirations professionnelles de la femme, le désir du couple de s'épanouir autrement qu'à travers l'enfant, etc. Quel expert pourra et voudra décider si de tels motifs justifient une interruption de grossesse? L'un des traits caractéristiques des socialistes, c'est leur conception optimiste de l'humanité. Nous avons confiance en l'homme. Nous pensons qu'il est un être responsable capable de prendre en main son propre destin. Il est donc normal pour nous de considérer que la responsabilité de la poursuite ou de l'interruption d'une grossesse doit être laissée à ceux qui sont les premiers concernés: les femmes et les couples. Voilà la première raison de notre soutien à l'initiative pour la solution du délai.

2. L'expérience des pays étrangers montre qu'une libéralisation des dispositions légales en matière d'avortement s'accompagne d'un développement progressif de la contraception. Cela correspond à l'évolution des méthodes de régulation des naissances à travers l'Histoire. A l'infanticide barbare a succédé l'avortement; à l'avortement clandestin, l'avortement légal; à l'avortement légal, la contra-

ception. L'interruption de grossesse et l'information en matière de contraception qui doit nécessairement l'accompagner ne peuvent présenter un aspect éducatif que si la femme se trouve dans un climat non moralisateur, non culpabilisant; ce qui sera le cas si l'interruption de grossesse est légale pendant les dix premières semaines, mais ce qui ne nous paraît pas possible avec une solution des indications. La femme enceinte ressentira toujours l'expert comme un président de tribunal appelé à la juger. Bien souvent, elle préférera le refuge de la clandestinité et là les conseillers en *planning familial* ne pourront pas l'atteindre.

3. Seule la solution du délai peut apporter la garantie que la loi sera uniformément appliquée par tous les cantons. L'autorité cantonale n'aura en effet pas à intervenir au niveau de la décision d'interrompre une grossesse. Il suffira que la femme enceinte s'adresse à un médecin qui accepte de pratiquer l'intervention. Et de tels médecins existent, même dans les cantons traditionalistes. Alors qu'avec la solution des indications les pratiques diffèrent selon les cantons: l'autorité cantonale peut ne pas désigner le médecin apte à délivrer l'avis conforme ou ne le désigner que de cas en cas; l'interprétation des indications diverge selon l'état des mentalités. Il n'est que de songer au sort diamétralement opposé que subissent les articles 118 et suivants du code pénal d'un canton à l'autre.

Quelques mots maintenant concernant l'initiative elle-même. Le Conseil fédéral lui reproche entre autres de ne pas avoir repris mot pour mot le texte de la commission du Conseil national. Les deux rapporteurs de la majorité se sont déjà exprimés sur les différences entre les deux textes, je ne reprendrai donc pas la comparaison dans le détail. Trois points seulement:

1. La clause relative à la nationalité et au domicile suisses. Le groupe socialiste se réjouit que l'initiative ne l'ait pas reprise. Elle nous paraît contraire aux traditions de notre pays selon lesquelles les soins médicaux sont donnés sans distinction de nationalité ou de domicile. Par ailleurs, comme l'a dit M. Gautier, les risques ne sont pas grands de voir affluer des étrangères chez nous puisque les pays voisins ont adopté ou sont en passe d'adopter des législations libérales.

2. L'information concernant la régulation des naissances. Elle est à notre sens, je l'ai dit, indispensable. Mais pour être suivie d'effets, elle ne doit pas constituer une condition dont dépend la non-punissabilité de l'interruption de grossesse. C'est parce qu'ils reconnaissent la nécessité de cette information que les initiants ont rédigé le 2e alinéa: «La Confédération prend, avec la collaboration des cantons, les mesures nécessaires pour protéger la femme enceinte et encourager la planification familiale.»

3. La consultation préalable et le délai de réflexion. Personnellement, je regrette que cette condition, posée par la commission du Conseil national, n'ait pas été reprise par les initiants. Mais je comprends leur souci de présenter au peuple un texte aussi concis et clair que possible. Cette disposition pourra fort bien à mon avis figurer dans la loi d'application.

Ainsi qu'il l'a été dit tout à l'heure, les différences entre les deux textes ne sont pas fondamentales. Celles et ceux d'entre vous qui ont voté pour le délai à la session de mars 1975 – nous étions 82 – resteront, je crois, fidèles à eux-mêmes en approuvant l'initiative populaire.

Au sujet du 2e alinéa de cette initiative, le Conseil fédéral se montre particulièrement critique, le considérant «comme une répétition inutile de compétence constitutionnelle qui existe déjà et que les organes législatifs de la Confédération ont réalisé ou sont désireux de réaliser». Et d'énumérer les dispositions du projet de la loi sur la protection de la grossesse et sur les dispositions pénales concernant l'interruption de la grossesse que les deux Chambres de ce Parlement se renvoient depuis bientôt

deux ans. Et de mentionner «l'existence de lois et de projets de lois dans les domaines du droit du travail, de tutelle et de la famille, ainsi que de l'assurance-maternité» (p. 17 du message).

L'article constitutionnel, auquel le Conseil fédéral fait notamment allusion, est l'article 34quinquies «dit sur la protection de la famille». C'est cette disposition, entre autres, qui sert de base au projet de loi sur la protection de la grossesse. Mais permet-elle à la Confédération de prendre des mesures pour encourager la création de centres de *planning familial*? C'est probablement le cas, mais les choses sont plus aisées à comprendre quand elles sont explicitement exprimées, ce que fait fort bien le 2e alinéa de l'article constitutionnel proposé par l'initiative.

Existe-t-il d'autres articles constitutionnels permettant de mettre sur pied des mesures de protection de la femme enceinte? Je ne pratique pas suffisamment la constitution fédérale pour le dire, mais force est de constater que s'ils existent, on en a fort peu fait usage jusqu'ici, pas plus d'ailleurs que de l'article 34quinquies. C'est un fait connu que la femme enceinte et la mère sont très mal protégées par la législation suisse: pas d'assurance-maternité obligatoire, un congé-maternité trop bref eu égard aux normes internationales, pas de protection de la femme enceinte contre les licenciements, pas de garantie de retrouver son emploi après une interruption temporaire pour se consacrer aux soins de l'enfant nouveau-né, des allocations familiales d'un montant dérisoire, pour ne pas parler de l'absence d'une compensation de revenu permettant à la travailleuse de rester au foyer pendant les premiers mois de son enfant.

Nous nous réjouissons de la bonne volonté que manifeste le Conseil fédéral en ce qui concerne la protection de la femme enceinte et nous osons espérer que ses promesses dépasseront enfin le stade des vœux pieux.

Avant de conclure, une dernière remarque que le groupe socialiste m'a chargée de faire. Face aux tergiversations du Parlement, il nous paraît indispensable de permettre une bonne fois au peuple de se prononcer sur le problème de l'interruption de grossesse. Nous sommes d'avis qu'il faut soumettre l'initiative au vote populaire sans attendre que la loi soit mise sur pied. Nous recommandons au souverain d'accepter l'initiative. C'est ce que nous faisons aujourd'hui déjà en approuvant la proposition de la majorité de la commission.

Frau Blunschy: Die CVP-Fraktion empfiehlt Ihnen Zustimmung zum Antrag des Bundesrates und zur Minderheit I, die Initiative also mit Empfehlung zur Ablehnung dem Volke zur Abstimmung vorzulegen. Beim Schwangerschaftsabbruch geht es um Zerstörung menschlichen Lebens. Unser Strafgesetzbuch schützt durch Strafandrohung Angriffe auf wichtige Rechtsgüter, zu denen zweifellos das menschliche Leben gehört. Nur wenn ein gleichrangiges Rechtsgut auf dem Spiele steht, kann ein solcher Angriff straflos bleiben. Die Fristenlösungsinitiative wirft diesen Grundsatz über Bord.

Mit der Fristenlösungsinitiative soll die Tötung des im Mutterschoß heranwachsenden Menschen straflos bleiben, wenn drei Voraussetzungen erfüllt sind: die Frist von 12 Wochen darf noch nicht abgelaufen sein, die Schwangere muss schriftlich ihre Zustimmung erteilen und der Eingriff muss von einem zur Ausübung des Berufs zugelassenen Arzt ausgeführt werden. Es werden somit lediglich drei formale Schranken aufgestellt. Dagegen entfällt jegliche materielle Abklärung der Begründetheit des Eingriffs. Warum scheuen die Befürworter der Fristenlösung die Abklärung der Frage, ob ein objektiver Grund vorliege, der die Tötung des werdenden Lebens rechtfertigen würde? Haben sie Angst, dass in vielen Fällen diese objektiven, schwerwiegenden Gründe gar nicht vorhanden sind? Es wird argumentiert, die schwangere Frau sei in der Lage, selber zu entscheiden, ob derart wichtige Gründe gegeben seien, dass eine Abtreibung vorgenommen werden dürfe.

Nun liegt aber ein Interessenkonflikt zwischen Mutter und Kind vor. Es widerspricht dem Rechtsempfinden, in einer solch wichtigen Frage, bei der es um Leben oder Tod geht, dem einen Beteiligten allein das Entscheidungsrecht zu geben. Man beruft sich auf die Mündigkeit und Selbständigkeit der Frau, auf Gewissensfreiheit und Toleranz. Mit den genau gleichen Argumenten müsste folgerichtig die Abschaffung sämtlicher Strafnormen verlangt werden. Warum überlassen wir es nicht dem Gewissen des einzelnen, ob er z. B. fremdes Eigentum antasten dürfe oder nicht? Wohl deshalb, weil die Geschädigten sich energisch zur Wehr setzen würden. Im konkreten Fall kann sich das Geschädigte, nämlich das Kind im Mutterleib, nicht selber wehren. Das ist aber noch lange kein Grund, seine Interessen überhaupt nicht in die Waagschale zu werfen.

Schwangerschaftsabbruch ist keine rein private Angelegenheit. Jedes menschliche Leben, auch das des Ungeborenen oder das Leben des in Bewusstlosigkeit dahindämmenden Kranken, steht in einer Wechselbeziehung zur Gemeinschaft. Die Gemeinschaft ist verpflichtet, das menschliche Leben zu schützen. Besonders sorgfältig müssen wir die Interessen wahren, wenn die Betroffenen aus irgendeinem Grunde nicht selber ihre eigenen Interessen wahrnehmen können. Die objektive Abklärung, ob ein Grund, eine Indikation zum Schwangerschaftsabbruch vorliegt, wird von den Befürwortern der Fristenlösung abgelehnt mit der Begründung, es sei für eine unerwünscht schwangere Frau demütigend, solche Abklärungen über sich ergehen zu lassen. Diese Frau muss aber so oder anders zu einem Arzt. Auch bei anderen medizinischen Eingriffen kann die Patientin nicht einfach kommen und ohne Abklärung vom Arzt eine Operation fordern. Wenn der Arzt seine Aufgabe richtig erfüllt, hat es nichts Demütigendes an sich, wenn ihm zuerst die Gründe dargelegt werden müssen, weshalb ein bestimmter Eingriff gewünscht wird, und wenn der Arzt hierauf diese Gründe seinerseits sorgfältig abklärt. Die 12-Wochen-Frist ist völlig willkürlich gewählt. In der 13. Schwangerschaftswoche wird dem Ungeborenen offensichtlich das Menschsein und das Recht auf Leben zugebilligt, in der 11. Woche dagegen noch nicht. Eine solch willkürliche Zäsur lässt sich biologisch nicht begründen, stellt doch das menschliche Leben von der Befruchtung bis zum Tod einen ununterbrochenen Entwicklungsprozess des gleichen Lebewesens dar, wie die Botschaft des Bundesrates auf Seite 16 sehr zutreffend ausführt. Eine exakte Handhabung dieser Frist ist zudem gar nicht möglich. Wenn schon der Arzt kaum mit absoluter Sicherheit feststellen kann, ob es sich um das Ende der 12. Schwangerschaftswoche oder bereits um den Beginn der 13. Woche handelt, wie soll es dann der Jurist wissen, der als Richter das Gesetz handhaben muss? Denn auch die Befürworter der Fristenlösung wollen ja, dass ab 13. Schwangerschaftswoche die geltenden Artikel 118 und 119 des Strafgesetzbuches, welche die Abtreibung unter Strafe stellen, Anwendung finden, sonst hätten sie ihre Initiative anders formulieren müssen. Eine Kontrolle der Frist ist auch deshalb nicht möglich, weil der Arzt, der nach Ablauf der 12-Wochen-Frist einen Schwangerschaftsabbruch vornimmt, wohl kaum eine Ueberschreitung der Frist zugeben wird. Inskünftig würden alle Schwangerschaftsabbrüche als innert Frist vorgenommen deklariert.

Die 12-Wochen-Frist treibt zur Eile und setzt die in ihrem Entscheid noch unsichere Schwangere den Druckversuchen ihrer Umgebung aus, insbesondere den Druckversuchen eines Vaters, der sich seiner Verantwortung entziehen möchte. Die eigentliche Entscheidungsfrist ist übrigens noch um einiges kürzer, da die Frist berechnet werden soll ab Beginn der letzten Periode, somit bereits läuft zu einer Zeit, da die Frau selber noch nichts von einer Schwangerschaft weiss.

Die Fristenlösung bedeutet keine Befreiung der Frau. Sie bringt die Angst um den Wettlauf mit der Zeit, gekoppelt mit einer überaus schweren Verantwortung, die ganz allein

der Frau aufgebürdet wird. Von der Mitverantwortung des Vaters ist leider keine Rede. Auch die Gemeinschaft würde sich durch Zulassung der Fristenlösung um ihre Verantwortung drücken. Dieses völlige Alleingelassensein der schwangeren Frau vor ihrem folgenschweren Entscheid zeigt sich besonders deutlich beim Fristenlösungsmodell der Initiative. Eine obligatorische Beratung der Schwangeren ist nicht vorgesehen. Sie war bei der Fristenlösung des in Beratung stehenden Gesetzes verlangt und ist auch in den meisten ausländischen Staaten, welche die Fristenlösung eingeführt haben, eine notwendige Voraussetzung für die Straflosigkeit. Ebenso entfällt die Bedenkfrist zwischen Beratung und Ausführung, und es fehlt die Regelung der ärztlichen Tarife. Die schwangere Frau wird allein gelassen und der Willkür übersetzter ärztlicher Tarife ausgesetzt. Sie soll selber sehen, wie sie zurecht kommt. Das ist die höchst unsoziale Gesinnung dieser Initiative. Eine unbegreifliche Unterlassung der Initianten liegt ferner darin, dass keinerlei Einschränkungen vorgesehen sind hinsichtlich Wohnort und Staatszugehörigkeit der den Eingriff verlangenden Frau, dies im Gegensatz zu den meisten Nachbarstaaten. Dem verpönten Abtreibungstourismus würden Tür und Tor geöffnet. Unser Land würde zum Abtreibungsland für Frauen aus allen möglichen Staaten. Wir bedanken uns für einen solch traurigen Internationalen Ruf.

Die angeblich hohe Zahl illegaler Abtreibungen – niemand kann darüber Aufschluss geben, sie ist und bleibt eine Dunkelziffer – ist kein Argument für die Fristenlösung. Professor Kägi sagte einmal in diesem Zusammenhang: «Wenn Dämme schadhafte werden, öffnet man nicht die Schleusen.»

Zusammenfassend sei festgestellt: Die CVP-Fraktion lehnt die Fristenlösungsinitiative ab, stimmt also mit Bundesrat und Minderheit I dem Artikel 2 des Bundesbeschlusses zu. Wir lehnen den Antrag der übrigens nur hauchdünnen Kommissionsmehrheit ab. Ebenfalls abzulehnen ist der Antrag der Minderheit II, wonach die Initiative ohne Empfehlung dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden soll. Es wäre ein Armutszeugnis für das Parlament, wenn es nicht den Mut hätte, zu dieser wichtigen Frage klar und eindeutig Stellung zu beziehen. Eine für alle Beteiligten zumutbare und gerechte Lösung kann nur gefunden werden durch eine Indikationenregelung, die eine objektive Abwägung der in Frage stehenden Rechtsgüter garantiert und – was besonders wichtig ist – gleichzeitig den Schutz des werdenden Lebens und der werdenden Mutter verstärkt.

Hofmann: Unser Rat hat heute einmal mehr zu einem Thema Stellung zu nehmen, das seit langem die Gemüter bewegt und bei dem harte Fronten ersichtlich sind. Es ist jedoch angesichts der Wichtigkeit des Problems zu wünschen, dass die einzelnen Fronten bei der weiteren Behandlung der Frage nicht nur zu weiteren Gefechten antreten werden, sondern ebenso zu einer Begegnung.

Wenn kritisiert wird, dass sich unser Rat zu lange mit dieser Frage befasse, so halte ich allerdings diese Kritik nicht für gerechtfertigt. Aus ethischer und staatspolitischer Verantwortung heraus ist es wichtig, um eine Lösung dieses Problems zu ringen, die nach Möglichkeit verhüten hilft, dass keimendes menschliches Leben ohne zwingende Notwendigkeit getötet wird, sei es bei der Fristen- oder der Indikationenlösung.

Was die Volksinitiative für die Fristenlösung betrifft, schliesst sich die Fraktion der Schweizerischen Volkspartei mehrheitlich den Überlegungen und der Stellungnahme des Bundesrates an. Sie empfiehlt Volk und Ständen die Verwerfung. Die Fraktion verwirft diese Initiative mehrheitlich aus zwei Gründen:

Erstens ist die Fraktion mehrheitlich nach wie vor für eine Indikationenlösung. Nach dem Grundsatz der Rechtsgüterabwägung ist auch das keimende Leben, wie das Leben nach der Geburt, zu schützen. Ein Schwangerschaftsabbruch soll nur gerechtfertigt sein, wenn er erforderlich ist, um gleichrangige Werte, die nicht anders geschützt wer-

den können, zu erhalten. Es muss sich dabei um Werte handeln, die mit dem Wert des Lebens des noch nicht geborenen Menschen vergleichbar sind. Diese Grundsätze gestatten es dem Gesetzgeber nur, eine Indikationenlösung zu erlassen, sofern er die Rechtsgüter, die gegenüber dem keimenden Leben abzuwägen bzw. abwägar sind, gesetzlich verankert haben will. Wir sind nun unseres Erachtens auf dem Wege, gesetzgeberisch eine Indikationenlösung zu finden, die voraussichtlich die Mehrheit des Nationalrates und des Ständerates finden kann. Wir halten auch deshalb dafür, dass an der Indikationenlösung festgehalten werden sollte.

Der zweite Grund, der die Fraktion mehrheitlich zur Ablehnung der Volksinitiative veranlasst, ist der folgende: Wenn man überhaupt einer Fristenlösung zustimmen wollte, dann wäre das von den eidgenössischen Räten ausgearbeitete Fristenmodell gegenüber der Initiative vorzuziehen. Das von den eidgenössischen Räten ausgearbeitete Fristenmodell hat die Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruches im Interesse der Schwangeren an wichtige Voraussetzungen geknüpft. Sie sind auf den Seiten 17 und 18 der Botschaft aufgeführt und hier schon erwähnt worden. Es sind im wesentlichen vier Voraussetzungen: erstens zur Bewahrung der Schwangeren vor einem unbedachten Entschluss, zweitens zur Verringerung der mit dem Eingriff für die Gesundheit der Schwangeren verbundenen Gefahren, drittens zur Vermeidung künftiger unerwünschter Schwangerschaften und damit zur Verhütung des Schwangerschaftsabbruches, und viertens zur Verhütung eines Abtreibungstourismus nach der Schweiz.

Nach Auffassung des Bundesrates lässt es der Text der Volksinitiative für die Fristenlösung nicht zu, diese im nationalrätlichen Fristenmodell vorgesehenen wichtigen Voraussetzungen in die gesetzgeberischen Ausführungsbestimmungen einzubauen, die bei einer Annahme der Initiative zu erlassen wären. Es ist in der Botschaft aufgeführt, was alles nicht eingebaut werden könnte.

Die Unzulänglichkeit der Initiative und das Entstehen für eine Indikationenlösung sind die Gründe, die die Fraktion der Schweizerischen Volkspartei mehrheitlich veranlassen, diese Initiative mit dem Bundesrat zusammen abzulehnen. Die Fraktion hält im übrigen mehrheitlich dafür, dass sie nicht einfach ohne Antrag Volk und Ständen zu unterbreiten sei, sondern mit dem Antrag auf Verwerfung. Die Fraktion ist ferner der Auffassung, dass der Gesetzentwurf über den Schutz der Schwangerschaft und die Neuordnung des Schwangerschaftsabbruches weiterzuberaten und zum Abschluss zu bringen sei. Im Zeitpunkt der Abstimmung über die Fristenlösungsinitiative sollte das Volk auch den indirekten Gegenvorschlag des Parlaments kennen.

Es scheint uns wesentlich, dass wir auch in dieser schwerwiegenden Auseinandersetzung ohne Fanatismus weiterfahren und in dieser Gewissensfrage keinen unüberwindbaren Graben zwischen Gleichdenkenden und Andersdenkenden aufreissen. Wir müssen uns im Parlament bemühen, letztlich einen Gesetzentwurf zu verabschieden, der den grundsätzlichen Erwägungen des Rechtes auf Leben Rechnung tragen wird.

Allgöwer: Mozarts Frau hat vor rund 200 Jahren sechs lebende Kinder zur Welt gebracht, davon haben zwei das erste Lebensjahr überlebt. Das war damals die Situation unseres Landes, und das ist heute noch die Situation vieler Entwicklungsländer. Ein Drittel, ein Viertel der Kinder überlebt das erste Lebensjahr, und die anderen sterben aus irgendwelchen Gründen. Würde das heute in unserem Land passieren, würde man den behandelnden Arzt der fahrlässigen Tötung anklagen – und mit Recht.

Heute haben wir glücklicherweise andere Verhältnisse. Die Säuglingssterblichkeit ist stark zurückgegangen. Wir müssen nicht mehr eine grosse Zahl von Kindern zur Welt bringen, um die Nachfolge zu sichern, um auch das Alter zu sichern, sondern wir können vorausplanen. Dieses Vor-

ausplanen ist auch von allen gelobt und in den Vordergrund gestellt worden. Tatsächlich ist es besser, man vermeidet Kinder, die man nicht will, als dass man nachher an die Abtreibung denken muss.

Nun ist aber auch dieses Vorausplanen von den Leuten, die heute gegen die Abtreibung sind, in Frage gestellt. Frau Blunschy kann nicht bestreiten, dass die Pille auch von Rom noch nicht offiziell gestattet worden ist. Wir haben bei der Einrichtung von Beratungsstellen gesehen, dass in den verschiedenen Kantonen diese Beratungsstellen verschieden operieren würden. In den Kantonen, wo Frau Blunschy vor allem tonangebend ist, würden eben die Beratungsstellen den Leuten sagen: «Ihr müsst Kinder haben; ihr dürft die Kinder nicht vermeiden.» In den anderen Kantonen würde man Einzelheiten der Empfängnisverhütung angeben.

Es ist nicht ganz glaubhaft, wenn die Gegner der Abtreibung sagen, man könne die Kinder verhüten. Es ist auch nicht ganz glaubhaft, wenn auf die Verbesserung der Stellung des unehelichen Kindes hingewiesen und gesagt wird, wir müssten nicht mehr derartige Rücksicht nehmen wie früher. Sie wissen alle, dass trotz der begrüssenswerten Verbesserung für das uneheliche Kind dieses Kind immer noch irgendwie diffamiert bleibt. Deshalb ist die ganze Konstruktion der Gegnerschaft nicht überzeugend.

Es ist auch nicht richtig, wenn man immer von vorgeburtlichem Leben redet, das geschützt werden müsse. Wenn wir schon biologisch richtig operieren wollten, dann müssten wir festhalten, dass unser Leben in den Millionen unserer Vorfahren begründet ist und dass wir selber wieder das Leben von Millionen von Nachkommen in uns tragen. Was aber entscheidend ist, gerade wenn wir an die früheren Zeiten denken, ist die Tatsache, dass wir nur jene Kinder planen wollen, die wir in ein sinnvolles Leben hineinführen können.

Wir müssen deshalb auch ablehnen, dass jene, die die Fristenlösung als Notfall befürworten angeklagt werden, sie seien gegen das Leben. Wir möchten, dass alle Kinder, die zur Welt kommen, ein würdiges und ein sinnvolles Leben führen können. Diese Verantwortung zwingt uns, nicht nur die Verhütungsmöglichkeiten zu legalisieren und zu verbessern und damit auch die Beratungen, sondern auch für den Notfall diejenigen Massnahmen zu ermöglichen, die einer Frau aus ihrer schwierigsten Lage heraushelfen können.

Sie wissen alle, wenn wir nicht legalisieren, steigt vermutlich die Dunkelziffer an. Auf alle Fälle wird trotz Strafgesetz abgetrieben. Wenn wir heute nicht den Mut zur Fristenlösung haben, besteht der allgemein bekannte illegale Zustand weiter – ebenso die Angst unzähliger Frauen.

Nun ist gesagt worden, dass die Fristenlösung, wie sie in der Initiative vorgeschlagen wird, viel schlechter sei als das, was wir seinerzeit in der Kommission herausgearbeitet haben. Ich finde es einigermaßen rührend von unserem Freund Kaufmann, wenn er bedauert, dass man nicht diese Kommissionlösung übernommen habe. Er hat nämlich auch jener Lösung mit Ueberzeugung nicht zugestimmt, und darum wird es ihm nicht schwerfallen, beide Lösungen abzulehnen, sowohl die eine wie die andere.

Warum hat man bei der Initiative nicht alles hereingekommen, was unsere Kommission seinerzeit beim Gesetzesvorschlag ausgearbeitet hatte? Weil so und so viele Bestimmungen entweder im nachfolgenden Gesetz enthalten sein können, oder weil sie sich erübrigen. Beispielsweise, dass eine Bedenkzeit existieren müsse zwischen der Beratung und der Vornahme der Abtreibung; ferner, dass man den Arzt konsultieren müsse. Genügt dabei ein Telefon? Wie kann man das kontrollieren?

In Tat und Wahrheit sind solche Bestimmungen nicht kontrollierbar. Auch die Bestimmung, dass das arme Mädchen nach Vornahme der Abtreibung dann über die Geburtenregelung noch aufgeklärt werden müsse, ist doch etwas altväterisch. Darum glaube ich, dass die entscheidenden Vorschriften in der Initiative enthalten sind, die drei Punk-

te, die schon Frau Blunschy genannt hat; das genügt. Wenn wir Beratungsstellen aufbauen, wenn wir eine objektive Beratung durchführen, müssen wir ja nur noch in Ausnahmefällen zu der Abtreibung greifen.

Wenn zudem die Abtreibung unter der Aegide von geprüften Ärzten durchgeführt wird, dann sollten alle Vorsichtsmassnahmen getroffen sein, um lebensgefährliche Abtreibungen zu verhüten. Wir bedauern einzig, dass keine Massnahmen gegen den Abtreibungstourismus vorgesehen sind. Aber nachdem die umliegenden Länder legal oder illegal die Abtreibung langsam doch auch gestatten, ist diese Frage nicht mehr so dringend oder sie kann mit dem Gesetz verhindert werden. Ich glaube deshalb, dass die Fristenlösungsinitiative, so wie sie vorliegt, zu verantworten ist. Sie bringt die einzige Lösung, die uns aus der Rechtsunsicherheit herausbringt, die auch die Freiheit und die Verantwortung der Frau anerkennt, und darum verdient sie unsere Zustimmung.

Unsere Fraktion hat sich mit grosser Mehrheit für diese Fristenlösung ausgesprochen. Sollte unsere Ratsempfehlung nicht auf Annahme lauten, dann würden wir den Minderheitsantrag unterstützen, dass wir die Initiative ohne Empfehlung dem Volke vorlegen wollen. Ich möchte Sie also bitten, im Interesse einer sinnvollen, im Interesse einer richtigen und verantwortungsvollen Lösung, dieser Initiative zuzustimmen und damit dem Volk die Möglichkeit zu geben, zu dieser schwierigen Frage Stellung zu beziehen.

M. Forel: Vous me permettez, en introduction, d'ajouter quelques mots à ce qui a été dit jusqu'à maintenant. Je ne suis pas tout à fait d'accord avec Mme Ribi, avec laquelle j'ai du reste l'habitude de dialoguer, lorsqu'elle dit que «les carottes sont cuites». Elle l'a dit, bien sûr, beaucoup mieux que cela! Depuis mars 1975, Madame Ribi, s'il y a un objet abordé au Parlement qui est discuté et rediscuté dans l'ensemble de la population, c'est bien le problème de la solution des délais, le problème de l'interruption de la grossesse. Et là je crois, Madame Ribi, que les avis ne sont pas encore définitifs; je crois qu'il y a un nombre considérable de femmes qui continuent à influencer leurs maris ou leurs amis. J'aimerais dire à Mme Blunschy, qui avait l'air de s'étonner que l'initiative ne se préoccupe pas tellement des enfants – je la félicite du reste de l'amour qu'elle porte aux enfants – mais j'aimerais lui dire qu'au contraire, le corps médical, celui qui a le droit de porter ce nom et qui le porte avec fierté, s'occupe et se préoccupe essentiellement, énormément, de la jeunesse. Voyez-vous, Madame Blunschy, la vie est ainsi faite; il n'y a pas longtemps une femme – est-ce qu'on peut l'appeler «femme» – me disait: «J'ai un enfant, j'ai un chien et une maison de week-end qui ne supporterait pas un second enfant; je désire une interruption de grossesse.» Vous pensez bien, Madame Blunschy, que ce n'est pas chez moi qu'il faut s'adresser pour ce genre de problèmes. Mais j'ai vu une autre femme, il y a quelques jours, qui a fait trois séjours en psychiatrie, qui était enceinte et qui m'a dit: «J'espère que cette grossesse va normaliser mon psychisme.» Voyez-vous, Madame Blunschy, il nous arrive de penser aux enfants des schizophrènes et aux enfants qui sont censés guérir des maladies mentales parce que c'est une forme d'égoïsme monstrueux que d'avancer un argument pareil. J'aimerais encore dire à M. Kaufmann, qui lui n'a pas changé d'avis mais qui a été tout de même un peu plus modéré qu'en mars de l'année passée dans ses expressions face au corps médical et aux 82 députés qui ont voté la solution des délais; j'aimerais tout de même lui dire, et j'espère qu'il le répètera à ses amis, qu'une certaine forme de propagande de «Oui à la vie» est plus qu'indécente. Je crois, Monsieur Kaufmann, que vous n'avez pas à être fier de montrer des photos truquées de fœtus dans des poubelles. Je trouve cela non seulement de mauvais goût mais tout simplement honteux. J'aimerais également dire que nous qui sommes favorables à la solution des délais, nous qui sommes favorables à une

forme de liberté de la femme, nous ne sommes pas en faveur des interruptions de grossesse et, Monsieur Kaufmann, vous n'avez pas pu vous empêcher de dire à cette tribune que, d'une façon ou d'une autre, le corps médical considèrerait l'interruption de grossesse comme quelque chose de normal; vous avez même fait une comparaison avec l'ablation des amygdales (Mandelooperation). Non, Monsieur Kaufmann! là n'est pas le point de vue des médecins, et vous le savez. Les médecins n'ont jamais considéré l'interruption de la grossesse comme un moyen prophylactique. Les médecins la considèrent comme une solution extrême. C'est à la suite de l'échec de la prévention que l'on arrive à l'interruption de la grossesse.

Vous me permettez quelques mots un peu plus philosophiques. Les poètes et les politiciens utilisent énormément le mot «liberté». Je ne sais pas si parmi vous il y a de grands philosophes capables de la définir. Pour ma part je ne saurais le faire mais j'en connais les ennemis. L'ennemi de la liberté, c'est la peur avant tout, la peur de tomber malade, de perdre son travail, de ne pas pouvoir faire face à ses obligations familiales et, ce que vous voulez en fait, vous qui combattez la solution des délais, c'est maintenir la moitié de notre population dans la peur. Vous voulez faire subir, par peur de la grossesse, à une bonne moitié de cette population – c'est-à-dire à la femme seulement – les conséquences indésirées, souvent insupportables d'une situation qui, ne l'oublions jamais, a été créée par deux!

Je crois tout de même qu'il est urgent que nous arrivions à une solution au sein de notre Parlement. Je ne vais pas ergoter pour savoir s'il y a 10 000 ou 40 000 avortements clandestins par année en Suisse. Par contre – et ici je rejoins tout à fait M. Allgöwer – ce qui est certain, c'est que même s'il n'y avait en fait que 100 femmes à subir la clandestinité et la culpabilité d'accomplir un acte criminel, elles seraient encore trop nombreuses à courir des risques infiniment plus grands pour leur santé, des risques infiniment plus grands de ne plus pouvoir jamais avoir d'enfants à la suite de stérilité secondaire sur infection. C'est en cela que la solution des délais présente, à nos yeux, une certaine urgence.

Certains orateurs ont parlé ici du tourisme gynécologique comme l'une des raisons pour lesquelles il faudrait rejeter la solution des délais. Monsieur Kaufmann, je vous le dis une fois encore – je m'excuse de m'adresser si souvent à vous, mais vous êtes un homme grand et important – depuis que la France a adopté la loi Veil, Monsieur Kaufmann, le tourisme gynécologique français est aboli. Nous en avions des centaines par année à l'Hôpital de Nyon et, cette année, nous n'en avons plus qu'une seule – probablement une qui venait d'un canton français où la majorité des médecins étaient de l'avis de M. Kaufmann.

Monsieur Kaufmann, comment peut-on sous-estimer le fédéralisme? Comment peut-on ignorer que chaque canton fait ses lois sanitaires? Le canton de Vaud par exemple, qui est un canton fortement progressiste – puisque nous y sommes! – a édicté des lois prévoyant un maximum de tarifs pour une interruption de grossesse. Les conditions sanitaires dans lesquelles une interruption de grossesse doit se pratiquer peuvent parfaitement être établies par des lois sanitaires cantonales. En outre, prétendre que l'initiative, par son texte même, empêche une législation cantonale d'application, revient à formuler un non-sens total.

J'aimerais vous le dire en guise de conclusion: votez la solution des délais et votez-la en ayant la conviction profonde que vous devez faire confiance à un corps médical helvétique qui a encore une certaine moralité, qui fera tout ce qu'il peut pour qu'il y ait le moins possible d'interruptions de grossesse. Votez l'initiative car elle contient d'une façon décisive l'obligation de la part de la Confédération de créer des centres préventifs réellement valables. C'est contre le sectarisme et contre l'hypocrisie qu'il faut se battre et c'est la raison pour laquelle nous vous de-

mandons, non seulement au nom du groupe du Parti du travail mais au nom de tous les médecins qui raisonnent sur ce problème, qui sont obligés d'y faire face et d'y trouver des solutions, d'approuver avec recommandation la solution des délais.

Le président: Nous en avons terminé avec les interventions faites au nom des groupes. Quinze orateurs sont inscrits à titre individuel sur l'entrée en matière. S'ils pouvaient nous permettre de gagner quelques minutes, nous leur en saurions gré.

M. Carobblo: La question de l'avortement, comme l'ont déjà souligné plusieurs orateurs, n'est autre que le cas particulier d'un problème plus général, à savoir celui de la condition de la femme dans notre société, de son rôle, de son droit de décider librement et consciemment de sa maternité. Il est aussi la conséquence directe d'une certaine éducation sur le problème de la sexualité, de la famille et de la maternité. A ce propos, vous devez convenir avec moi, c'est du moins mon expérience d'instituteur qui me dicte cette pensée, qu'en Suisse l'éducation, l'information sur tous ces problèmes-là est encore insuffisante à tous les niveaux, à commencer par l'école. Je suis convaincu de ce que la solution de la question de l'avortement n'est pas seulement celle d'un problème de modification de la constitution et de la loi, mais aussi et surtout la solution d'un problème de changement des conditions sociales et économiques de la position de la femme dans la société. Dans ce sens-là, il ne s'agit alors pas de se borner à la seule question de principe de savoir où et quand commence la vie, à l'instar des adversaires de l'avortement. Nous nous trouvons avant tout ici face à un problème de liberté en même temps que social et politique. Pour moi, il s'agit tout simplement de mettre fin à une situation qui frôle l'hypocrisie. Officiellement, l'avortement n'est pas admis, l'interruption de la grossesse est punie en dehors de quelques cas particuliers admis jusqu'ici. En fait, il est largement pratiqué, dans la légalité et même dans l'illégalité. Ainsi, aux 50 000 avortements clandestins que l'on admet en Suisse, aux quelques milliers d'avortements légaux indiqués dans les statistiques, il faut bien ajouter ceux dont on parle rarement, qui sont plus ou moins légaux et que les femmes subissent, comme conséquence de l'utilisation de calmants, soit à cause de leurs conditions de travail, soit à cause de l'insuffisance de la protection de la maternité, surtout chez les femmes qui travaillent. Ces avortements sont appelés blancs. Si, à tout cela, on ajoute les conditions humiliantes et dangereuses du point de vue sanitaire, dans lesquelles des milliers d'avortements s'effectuent, ainsi que la discrimination qui favorise la femme disposant de moyens et qui peut normalement subir l'intervention dans des cliniques privées, mais qui par contre punit les femmes des classes populaires, je crois qu'il est grand temps de modifier une législation désormais surannée et hypocrite. Je ne m'élève pas en faveur de l'avortement que je considère comme la dernière solution à laquelle recourir. D'ailleurs, personne et moins que tous la femme, ne s'engage avec légèreté et gaieté dans la voie de l'avortement qui est toujours une expérience traumatisante. Cependant, il y a des cas où l'avortement demeure la seule solution. Il est donc normal et juste que, dans ces cas-là, l'on assure à la femme le droit et la liberté de recourir ou non à l'avortement dans les meilleures conditions possibles. Personne ne peut être forcé à avorter mais personne ne peut être non plus contraint à une maternité non désirée. Pour toutes ces raisons, la solution du délai proposée par l'initiative peut réellement ouvrir, du moins sur le plan légal, une issue au problème des avortements clandestins. Par contre, la solution jusqu'ici proposée par le Conseil fédéral et par les adversaires de la solution du délai ne change ou ne changera presque rien à cette situation-là.

En revanche, la solution de délai, proposée par l'initiative, outre qu'elle reconnaît le droit à la femme de décider,

offre ces autres avantages: elle permet d'assurer les meilleures garanties sur le plan sanitaire, ainsi que social et moral car elle élimine tout sentiment de culpabilité dans le cas du recours à l'avortement dans les douze premières semaines. Elle assumera aussi une fonction de dissuasion à travers une coresponsabilité de la femme car elle permet de lutter contre les avortements clandestins, de réduire à néant ou presque les cas de mortalité de la femme et les conséquences négatives à la fois pour la femme et pour l'enfant. Elle contribue aussi à diminuer les cas successifs d'avortements – ainsi, dans l'Etat de New York, seules 2 pour cent des femmes chez qui l'on avait pratiqué l'avortement reconnu ont encore recouru à une autre intervention. Enfin, elle protège la femme contre la spéculation sur l'avortement que nous connaissons tous. Voilà quelques raisons qui militent en faveur de la solution proposée par l'initiative et qui m'incite, par contre, à refuser toute solution restrictive.

En outre, on ne peut oublier les conséquences négatives, scientifiquement prouvées, d'une maternité non désirée et menée à son terme contre la volonté de la femme: conséquences d'ordre physique pour l'enfant à naître, conséquences sociales et psychologiques pour l'enfant né dans ces conditions-là et aussi pour la mère.

En conclusion, je voudrais faire encore une considération. Quelqu'un a dit que la solution du délai ne résoudrait pas la question des avortements clandestins. On a cité des exemples d'autres pays. A part le fait que tout cela n'est pas encore prouvé, il ne suffit évidemment pas d'introduire la solution du délai dans la constitution, il faut une politique d'éducation et d'information, ainsi que la création de structures d'appui. Voilà du reste pourquoi l'initiative contient une deuxième clause pour le développement et le soutien d'une politique de planification familiale, clause que le Conseil fédéral juge comme une répétition inutile. Selon lui, les compétences indiquées par le 2e alinéa seraient déjà prévues. C'est peut-être le cas, mais l'initiative demande finalement et formellement d'utiliser ces compétences-là et de les traduire dans les faits en développant une politique de protection de la femme enceinte et de planification familiale avancée.

Pour toutes ces raisons, je me prononce pour cette initiative et pour la solution du délai, je voterai de même la proposition de la soumettre au peuple, invitant celui-ci à l'approuver.

Fraefel: Sie werden gestatten, dass ein Parlamentarier, der in der früheren Legislaturperiode nicht dabei war, einige Worte zu dieser Sache verliert. Die Angelegenheit ist zu ernst, als dass man nicht grundsätzlich darüber sprechen dürfte.

Wir haben heute zum Volksbegehren über den Schwangerschaftsabbruch – Fristenlösung – Stellung zu nehmen. Der Schutz und die Achtung vor dem menschlichen Leben sind eines der höchsten Ziele unserer Gesellschaft. Leben beginnt nicht erst mit dem Austritt des Kindes aus dem Leib der Mutter, sondern bereits mit der Empfängnis. So geht auch unsere schweizerische Rechtsordnung in zahlreichen Bestimmungen auf verschiedenen Rechtsgebieten ausserhalb des Strafrechts davon aus, dass das Kind bereits vor seiner Geburt existiert und eigene schutzwürdige Interessen besitzt. Ich verweise insbesondere auf die Rechtsfähigkeit des Kindes vor seiner Geburt, gemäss Artikel 31 Absatz 2 des Zivilgesetzbuches. Die Fristenlösung mit dem Recht, das menschliche Leben ohne Vorliegen eines sachlichen Grundes während der ersten drei Monate seiner Existenz zu vernichten, ist mit der Achtung vor dem Leben auch insofern unvereinbar, als zu ihrer Begründung gesagt wird, ein unerwünschtes Kind habe kein lebenswertes Leben vor sich. Ich lehne eine solche Theorie vom lebensunwerten Leben ab. Schutz für den Wehrlosen, den Kleinen, den Schwachen soll unsere Devise sein. Das Kind im Mutterleib ist das wehrloseste und schwächste aller Geschöpfe.

Aus dem Selbstbestimmungsrecht der Frau ergibt sich keineswegs das Recht, ein von ihr empfangenes Kind nach freiem Ermessen zu vernichten. Die Erfahrung zeigt, dass die Initiative für eine Schwangerschaftsunterbrechung in der Regel gar nicht von der schwangeren Frau ausgeht, sondern von anderen Personen, wie Ehemann, Verlobter, Freund oder Angehöriger, und dass die Schwangere widerwillig dem ausgeübten Druck nachgibt. Dieser Druck würde bei Annahme der Fristenlösung noch stärker. In den ersten drei Monaten befindet sich die Frau überdies oft auch in einem psychischen Ausnahmezustand, der ihre freie Entscheidung über das Austragen oder die Beseitigung der Schwangerschaft verunmöglicht oder doch sehr erschwert. Abklärungen haben ergeben, dass manche Frau, der bei der heutigen gesetzlichen Regelung der Abbruch der Schwangerschaft verweigert wurde, nachträglich froh darüber war. Die Fristenlösung bringt für die Frau weitere schwere Nachteile und Schädigungen. Bei der Freigabe der Schwangerschaftsunterbrechung kommt es mehr als heute zu unerwünschten Schwangerschaften. Die Unterbrechung würde nicht nur einmal vorgenommen, sondern sie würde bei erneuter Schwangerschaft wiederholt. Die Frau würde so zum Abtreibungsobjekt degradiert. Verbunden damit ist die Gefahr schwerer physischer und psychischer Schäden als Folge des einmaligen oder wiederholten Eingriffs. Abgesehen davon setzen wir einen Anfang. Die Befürworter möchten die dreimonatige Fristenlösung. Damit ermöglichen wir, später die sechsmonatige Fristenlösung oder die Abtreibung zu einem noch späteren Zeitpunkt zu erlauben. Wir sprechen von einer beschränkten Zulassung der passiven und aktiven Euthanasie. Der Grundsatz, dass das Leben absolut und uneingeschränkt geschützt werden soll, wird in Frage gestellt. Wenn wir nicht den Anfängen wehren, wo wird dies enden? Die Fristenlösung bedeutet dazu praktisch die vollständige Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs. Mit der Ablehnung der Fristenlösung dienen wir den Interessen und der Würde der Frau. Unsere Gesellschaft steht in einer Euphorie, wenn es um Landschafts-, Natur-, Heimat- sowie um Tierschutz geht. Auch ich befürworte, dass wir unsere Heimat samt ihren unbezahlbaren Werten schützen und bewahren. Dies schliesst aber in erster Linie ein, dass wir ebenfalls ungeborenes Leben zu schützen haben. Die Schwangerschaftsunterbrechung ist für mich eine Kapitulation des Sozial- und Wohlfahrtsstaates; der Wohlfahrtsstaat gibt zu, nicht imstande zu sein, Folgen unerwünschter Schwangerschaften mit einer modernen Sozialgesetzgebung begegnen zu können. Sie, meine Damen und Herren, tragen eine ungeheure Verantwortung: Schwangerschaftsabbruch bedeutet Lebensabbruch, Tötung eines Menschen, der ein Recht auf Leben hat. Stehen wir zu ledigen Müttern und zu Familien mit unerwünschten Kindern, helfen wir ihnen nicht nur mit Worten, sondern mit Taten.

Aus all diesen Erwägungen beantrage ich Ihnen Ablehnung der Volksinitiative.

M. de Chastonay: A notre époque de progrès continue de recherche du bonheur, du confort et d'une vie plus facile, les mentalités évoluent très vite. C'est ainsi que ce qui était illicite il y a quelques années tend à devenir licite aujourd'hui. Ce qui était interdit et prohibé il y a quelque temps devient, de nos jours, toléré, pour ne pas dire permis.

S'il faut saluer, dans cette progression, tout ce qui atténue, pour les plus défavorisés d'entre nous, les nombreuses difficultés de l'existence, il s'agit parallèlement de bien prendre conscience des limites que cette évolution comporte, limites qu'il est fort dangereux de franchir, à peine de violer des droits fondamentaux. Il en est ainsi du droit à la vie et des questions posées par l'interruption de grossesse. Ce droit sera d'autant plus digne de notre attention que la fonction publique dont nous avons été investis comporte de grandes responsabilités. Nous vivons dans un état de droit. Dans des moments aigus où la ten-

tation de positions démagogiques est grande, cette situation requiert de notre part de garantir une fois de plus et de façon absolue les droits les plus fondamentaux de la personne humaine: le droit à la vie contre toute agression; elle requiert aussi la protection du plus faible contre le plus fort et l'avortement, nous osons le dire ici, constitue à notre sens une atteinte délibérément portée à la vie humaine et à ses droits essentiels. C'est peut-être là que se situe notre vraie conception de la promotion féminine ou humaine. Dès lors, vous comprendrez que nous devons élever une fondamentale objection de conscience à l'idée d'inscrire dans une constitution qui se veut protectrice des droits, un principe qui, s'il doit satisfaire le prétendu droit à disposer de son corps, est révélateur d'un certain état d'esprit actuel. Certes, il y a beaucoup d'autres objections à formuler à l'encontre de l'interruption de grossesse.

Nous sommes en effet conscients des graves conséquences démographiques comportées par une campagne sans frein en faveur de l'anticonception et de l'avortement. Nous sommes aussi conscients des graves dimensions prises depuis quelques années, dans notre pays, par la dénatalité, rien ne laissant prévoir que la tendance actuelle puisse être corrigée dans le sens d'une augmentation des naissances. D'autre part, nous devons constater avec les pays qui nous entourent et qui ont libéralisé officiellement l'avortement que cette libéralisation n'a, et de loin, pas résolu tous les problèmes, notamment celui du nombre d'avortements clandestins, pas plus qu'elle n'a solutionné tous les autres problèmes qui peuvent se poser à la femme enceinte. Nous sommes convaincus, quant à nous, que l'hostilité dont notre société semble faire preuve à l'égard de l'enfant et de la famille doit être combattue par d'autres moyens que ceux qui consistent à supprimer purement et simplement une vie innocente, que ce soit par la solution des délais ou par des indications eugéniques. Ces voies pourront être, en plus du contenu du nouveau droit de filiation débattu récemment en ce Conseil, celles d'une protection soutenue et accentuée accordée à la famille, à la mère, à l'enfant et à la maternité. Nous nous référons notamment à ce sujet à certaines des dispositions du projet de loi sur la protection de grossesse, projet qui vient de nous être remis par le Conseil fédéral.

Voilà, très brièvement exposées, les raisons qui nous incitent à voter la proposition du Conseil fédéral et de la minorité l'tendant à inviter le peuple et les cantons à rejeter purement et simplement l'initiative déposée.

Frau Thalmann: In der Frage der Fristenlösung wird uns jetzt wiederum der Vorwurf gemacht, wir wollten unsere spezifisch christliche Auffassung den anderen aufzwingen, indessen doch nicht die ganze Gesellschaft unseres Landes sich dieser Anschauung unterziehen könne. Dieser Einwand muss einmal ganz eindeutig widerlegt werden. Soweit haben Sie recht: Der Staat, das Parlament hat nicht die Aufgabe, mit staatlichen Mitteln und Gesetzen die Kirchen und ihre Thesen zu stützen. Es ist aber die Fristenlösung eine ganz grundsätzliche Frage unseres Staates und somit unserer Gesellschaft. Ganz grundsätzlich dreht es sich doch um die Frage: Wann beginnt das menschliche Leben? Und hier müssen wir nicht primär die Kirchen, aber auch nicht die Politiker fragen, sondern Fachleute, also die Forscher und Praktiker, die sich mit diesem Problem auf wissenschaftlicher Basis befassen. Ich bedaure, dass wir politisch, d. h. gesetzgeberisch wirken müssen, ohne dass wir die Gynäkologen, die Aerzte, die wissenschaftlich bestausgebildeten Fachleute zu unserer Orientierung im Parlament zuziehen können. Das Leben des noch ungeborenen Kindes darf doch nicht durch Emotionen angenommen oder abgelehnt werden. Wenn Leben ist, und zwar menschliches Leben, haben wir als Staat die uneingeschränkte Pflicht, dieses Leben unserer Gesellschaft zu schützen, ja ganz speziell zu schützen, wenn es sich um das Leben Schutzloser handelt. Was

aber sagen uns die Gynäkologen? Die Vereinigung der schweizerischen Gynäkologen stellt sich mit einer überwältigenden Mehrheit, unter Berufung auf ihre wissenschaftlich neueste Forschung und deren Resultate, auf den Standpunkt, dass das menschliche Leben beginnt mit der Vereinigung des männlichen Samens mit der Eizelle der Frau. Dass menschliches Leben da ist, ist heute beweisbar durch drei Methoden: die Methode der elektronischen Mikroskopie, die Methode der radioaktiven Isotopen, die Methode der Molekularbiologie. Doch ebenso hart und verpflichtend bleibt uns die soziale Verpflichtung, das mögliche Leben nicht einfach einem Zufall oder unverantwortbarem Schicksal zu überlassen.

Unsere jetzige Situation im Parlament muss uns verpflichten, die Information über mögliches Leben vor Jugendlichen und Eltern auf breiter Basis zu verstärken. Unwissenheit ist hier auch Unverantwortlichkeit. Ehebegleitende Familienplanung ist eine unerlässliche Aufgabe, die nicht bloss von einzelnen gemeinnützigen Institutionen gepflegt, sondern wirklich mit staatlicher, d. h. landesweiter Unterstützung ausgebaut werden muss. Die Diffamierung der ausserehelichen Mutter muss ganz grundsätzlich aufhören. Hier wende ich mich entschieden gegen gewisse traditionelle Kreise, die an der heutigen Situation wesentlich mitschuldig sind. Lobend erwähne ich den Schutz, den das neue Kindesrecht dem ausserehelichen Kind und seiner Mutter angedeihen lassen will.

Enttäuschend ist für mich, dass gewisse Kreise, die sonst immer das soziale Moment der Gesellschaft im Auge haben, sich in dieser Frage des sozialen Verhaltens gegenüber dem sozial schwächsten Teil, dem noch ungeborenen Kind, so asozial und unsozial verhalten wollen, indem sie ihm einfach das Leben und Geborenwerden absprechen wollen. Gerade in dieser Frage sollten wir uns doch finden können, da jede Partei bei ihren Wahlreden verspricht, Rechte aller Kreise, Wohlergehen und Lebenswürdig-leben-zu-können versichert. Wo, so frage ich mich, sind nunmehr diese Versprechen, wo ihre Einlösung, wenn wir jetzt über den schwächsten Volksteil unseres Landes, die noch ungeborenen Kinder, so sprechen, als wären sie noch keine Menschen, sondern nur eine wertlose kleinste Masse, die weggeworfen werden darf. Es ist unsere unumstrittene Aufgabe als Staat, all seinen Bürgern, die alle in Wandlung des Wachstums sind, das Leben zu ermöglichen.

M. Loetscher: «Cul-de-sac» titrait l'un de nos quotidiens romands, «Une loi pour avorteurs», «Une solution de mort», «Une loi inique et hypocrite», «Trompe-l'œil», etc... tels étaient entre autres quelques-uns des autres titres de nos journaux traitant de l'épineux problème qui nous occupe et qui nous divise aujourd'hui. D'autres collègues sont déjà venus et viendront encore vous exposer le problème complexe que nous avons à trancher. Partisan de la solution dite du délai et favorable à la proposition de la majorité de la commission du Conseil national, je voudrais très brièvement apporter deux remarques préliminaires dans ce débat d'entrée en matière.

Première remarque: S'agissant de ce sujet passionnel entre tous où les adversaires s'affrontent avec tout le feu et même plus de leurs convictions intimes, profondes et religieuses, je demande instamment qu'une très grande place soit faite à la tolérance, ici dans nos débats et surtout lors de la votation populaire. Le Conseil des Etats et notre Conseil sont partagés. La commission de notre Conseil est divisée. Le peuple et les cantons sont divisés. Et pourtant, vous le savez mieux que moi, il n'y a pas d'un seul côté les bons et de l'autre les mauvais. La question fondamentale qui nous est posée et qui nous sépare engage notre seule responsabilité, notre propre conscience comme ce fut rarement sinon jamais le cas. Si notre Conseil devait renoncer à la proposition de la majorité de la commission, je pense alors qu'il serait souhaitable, comme le demande la minorité II, de laisser pour le moins les citoyennes et les citoyens se déterminer en toute liberté, sans tenter d'y

mettre le poids négatif d'une autorité civile qui n'est pas forcément habilitée à saisir tous les éléments et tous les aspects d'une situation individuelle souvent tragique.

Deuxième remarque: Je voudrais dire d'une façon très catégorique qu'il ne faut pas simplifier les choses et les tronquer à dessein en affirmant que celles et ceux qui, comme moi, sont en faveur de l'initiative sont en faveur de l'avortement. C'est faux, vous le savez et je voudrais le répéter très amicalement ici à notre collègue Kaufmann. Il n'est pas question par cette initiative d'être pour ou contre l'avortement. Il est plutôt question de savoir si longtemps encore les femmes de ce pays devront se contenter de passer de la semi-clandestinité à une pseudo-légalité telle que nous la connaissons actuellement pour essayer de régler le douloureux problème que leur pose l'interruption justifiée d'une grossesse. «Cul-de-sac», «Une loi pour avorteurs», «Un doute horrible» mais aussi on pouvait lire: «C'est mieux que rien», «Une situation plus claire», «L'attente des femmes».

Nous devons cesser nos atermoiements et soumettre l'initiative au peuple et aux cantons. «L'impossible compromis» déclarait enfin un journal; peut-être. Mais alors je terminerai en laissant à notre réflexion et à celle de notre peuple cette pensée de Roger Garaudy: «Les innocents ne savaient pas que la chose était impossible. Alors ils l'ont faite.»

Zwygart: Das zur Diskussion stehende Volksbegehren will die Bundesverfassung ergänzen und verlangt die Fristenlösung. Einmal mehr möchte ich hier betonen, dass dieser Vorschlag Fristenlösung keine Lösung ist, weil er auf einer Reihe von Irrtümern beruht. Es ist ein Irrtum zu glauben, mit einem solchen Verfassungsartikel könne der Frau die ihr vom Schöpfer zugeordnete Urbestimmung, Mutter zu werden, abdekretiert werden. Es ist ein Irrtum, wenn man glaubt, der Frau werde volle Freiheit geschenkt. Vielmehr wird sie neuen Zwängen ausgesetzt, die von aussen her an sie herangetragen werden. Es ist ein fundamentaler Irrtum zu glauben, mit einer Abtreibung sei der Fall erledigt. Abgesehen von der Gefahr der körperlichen Schädigung melden sich dazu sehr oft seelische Störungen. Aerzte, Psychologen und Seelsorger könnten hiezu eindruckliche Beispiele liefern. – Es ist ein Irrtum, wenn man glaubt, die vielen illegalen Unterbrechungen würden verschwinden. Erfahrungen aus Staaten mit der Fristenlösung beweisen das Gegenteil. Es ist ferner ein Irrtum, wenn man nach Gerechtigkeit ruft, durch Vernichtung von Leben aber um so grösseres Unrecht begeht. Dr. Wichser sagt: «Allgemein unterhöhlt eine Fristenlösung unsere Rechtsordnung.» Man könnte dann jede Rechtsgüterverletzung und insbesondere jede strafbare Tat zwar als unerlaubt, aber fortan als straffrei erklären. Und schliesslich ist es ein Irrtum, wenn behauptet wird, die Mehrheit des Schweizervolkes und vor allem die Frauen verlangten die Fristenlösung. Nach einem wissenschaftlich erprobten Verfahren wurde eine repräsentative Umfrage gemacht, die deutlich zeigt, dass die Mehrheit des Schweizervolkes die Fristenlösung nicht wünscht. Von einem Amtsvormund erhielt ich dieser Tage ein Schreiben, aus dem ich einige Sätze zitieren möchte: «Letztes Jahr wurden in meinem Amtsbereich von jungen ledigen Müttern vier uneheliche Kinder geboren; eine ist die nettere Mutter als die andere. Alle vier Mütter fragte ich einzeln nach ihrer Auffassung über den Schwangerschaftsabbruch. Die Frauen kennen sich gegenseitig nicht. Aber einheitlich beteuerten sie, glücklich zu sein, den Schwangerschaftsabbruch nie in Erwägung gezogen und nicht beschritten zu haben. Mit Freude und Spannung hätten sie den Tag der Geburt erwartet. Sie haben auch am rechten Ort Rat gesucht, und sie hätten nach dem ersten Schock rasch mit dem erwarteten Kind gelebt. Es sind nicht die ledigen Mütter, die den Schwangerschaftsabbruch erkämpfen wollen, sondern degenerierte Frauen», sagt dieser Mann, «die den Sinn für die Sendung der Frau und die Stellung der Mutter verloren haben.

Wüssten sie doch, dass sie nicht nur für ungeborene Kinder Gräber schaufeln, sondern auch für unser Schweizervolk!»

Der beängstigende Geburtenrückgang der letzten Jahre lässt aufhorchen. Als Gesetzgeber haben wir die Pflicht, das Schweizervolk vor falschen Wegen zu bewahren. Die Fristenlösung ist ein falscher Weg. Das hat man in mehreren Staaten einsehen müssen, und man hat die Gesetze wieder korrigiert. Die Achtung vor dem werdenden Leben ist ein fundamentales Recht, für das wir uns einzusetzen haben, wenn wir unsere Pflicht gemäss unserem abgelegten Eid nachkommen wollen. Deshalb bitte ich den Rat, dem Antrag des Bundesrates, des Ständerates und der Minderheit unserer Kommission zuzustimmen und Volk und Ständen die Ablehnung der Initiative zu empfehlen.

Pedrazzini: Con il progetto di decreto del 19 maggio 1976 il Consiglio federale raccomanda al popolo e ai Cantoni il rigetto dell'iniziativa popolare inoltrata il 22 maggio 1976.

La maggioranza della Commissione incaricata dell'esame del testo dell'iniziativa propone al Consiglio nazionale di «invitare popolo e Cantoni ad accettare l'iniziativa».

La «soluzione dei termini» tenta di fondare il suo valore giuridico e umano sulla libertà. Per una grave ambiguità la «soluzione dei termini» non rappresenta libertà: non rappresenta quella forza e quei sentimenti che si collocano nel più intimo della persona umana e che consentono eticamente la scelta voluta.

Il concetto di libertà che si invoca nell'iniziativa per l'aborto è libertà degenerata in permissività. Sarebbe un grave errore umano ed un palese regresso storico se, di fronte all'incedere della scienza e della coscienza delle generazioni che crescono – ambedue prostrate a smantellare le barriere di tempi ancora recenti nel campo dell'ambiente, dell'informazione e di ripensamenti sociali, dove il concetto di libertà giustificava l'agire contro la natura e contro l'uomo – si confondesse la libertà con la permissività negando l'esistenza e la vita.

Parlare poi di termini, o se si vuole di mesi, nella vita di un essere è ambiguo. Le prime 12 settimane non sono altro che un periodo – non scindibile da quelli che seguono – delle fasi nelle quali si svolge il ciclo dell'esistenza.

L'ambiguità diventa palese al momento che al termine di infanzia o di gioventù – che già significano uomo – si confronta il termine di «essere di 12 settimane» che non può né equivalere né essere trattato come oggetto o cosa.

Interrompere la vita del nascituro prima o dopo tre mesi dalla concezione o dopo la nascita non significa altro che l'annientamento di una persona. Questa azione, che è contro natura e quindi contro l'esistenza, rappresenta un concetto negativo e di distruzione, che, in una società che si vuole libera e progredita, non può restare impunita. Occorre avere il coraggio di riconoscere che i «casi pietosi o umani» di cui la soluzione dei termini vorrebbe essere una soluzione «umana ed illuminata», diventano parole che mascherano una realtà feroce ed egoista: è la realtà che rinuncia all'Essere in favore dell'Avere. I casi pietosi ed umani, che pur esistono, devono e possono essere affrontati e risolti con azioni positive quali la prevenzione e l'assistenza morale e materiale.

Ma come mai si osa, in questo tema, parlare di liberalizzazione della donna se il prezzo della liberalizzazione è la soppressione della esistenza?

Non è libertà il sopprimere per essere liberi. Introducendo nel concetto di libertà tanto egoismo, la libertà diventa schiavitù dell'Io, perdendo non solo il contenuto etico e spirituale della parola ma anche il suo significato etimologico.

L'iniziativa dei termini rappresenta inoltre una contraddizione storica e sociologica. Il no alla vita dei proponenti è contrario alla storia dello sviluppo dell'uomo.

Se la contraddizione storica è palese – «non sviluppo» è sinonimo di regresso – quella sociologica è addirittura

perversa. Come giustificare la realizzazione dello stato sociale che stiamo attrezzando con onerose ma giuste previdenza per gli infermi, gli ammalati e per gli anziani se non sappiamo accordare al meno protetto, perchè ancora non vede e ancora non sente, una assoluta garanzia di vita? La ricerca del bene comune deve partire da un sì alla vita, e le istituzioni di libertà che hanno forgiato nei tempi la nostra Patria non possono escludere la «libertà per la vita». Per questi motivi aderisco al progetto del Consiglio federale e vi prego di votare per la proposta di minoranza I della commissione et di respingere di conseguenza l'iniziativa all'esame.

*Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen
Ici, le débat sur cet objet est interrompu*

76.024

Bundesverfassung. Finanz- und Steuerrecht Constitution fédérale. Finances, Impôts

Siehe Seite 1321 hiervor — Voir page 1321 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 8. Dezember 1976
Décision du Conseil des Etats du 8 décembre 1976

Differenzen – Divergences

A

Bundesbeschluss über die Neuordnung der Umsatzsteuer und der direkten Bundessteuer

Arrêté fédéral réformant le régime de l'impôt sur le chiffre d'affaires et de l'impôt fédéral direct

Anträge der Kommission

Abschn. I Art. 42ter Abs. 2

Festhalten

Abschn. II Art. 8 Abs. 3 Buchst. a

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abschn. II Art. 9 Abs. 3 Buchst. e Ziff. 1, 2, 3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Fischer-Bern

Abschn. I Art. 42ter Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Propositions de la commission

Chap. I art. 42ter al. 2

Maintenir

Chap. II art. 8 al. 3 let. a

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Chap. II art. 9 al. 3 let e ch. 1, 2, 3

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Fischer-Bern

Chap. I art. 42ter al. 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Weber Leo, Berichterstatter: Nach der Sitzung des Nationalrates vom 30. November 1976 bestanden noch sieben

Schwangerschaftsabbruch (Fristenlösung). Volksbegehren

Avortement (solution du délai). Initiative populaire

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1976
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	09
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	76.050
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	09.12.1976 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1490-1502
Page	
Pagina	
Ref. No	20 005 282

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Geltung hat, wenn die Kantone ihre Gesetzgebung nicht anpassen.

Man muss sich allerdings auch darüber klar sein, dass dieser Harmonisierungsartikel eigentlich nicht sehr viel Logik enthält. Wenn man Bundesrecht durchsetzen will, dann ist es nicht sinnvoll, wenn die Kantone vorher versuchen, ihre Gesetzgebung in Parlamenten und Abstimmungen durchzusetzen, wenn man nachher trotzdem eine einheitliche Regelung haben will. Aber offensichtlich liegt der tiefere Grund der Ablehnung dieses Antrages im Ständerat darin, dass man praktisch natürlich keine Harmonisierung will. – Ich habe vorhin keinen Antrag gestellt zur Besteuerung der juristischen Personen, obwohl es doch bezeichnend ist, dass seinerzeit in der Koordinationskommission der Zweistufentarif aufgenommen worden ist. Nun verankern wir wieder den Dreistufentarif in der Bundesverfassung. Wer hier noch an eine Harmonisierung glaubt, der mag einen Taler bezahlen.

Diethelm: Ich war bei den Kommissionsberatungen Urheber dieser Ergänzung, und zwar aus der Ueberzeugung, dass in denjenigen Kantonen, in denen Anträge sowohl der Legislative als auch der Exekutive nicht durchgesetzt werden können, das Bundesgesetz Anwendung finden soll. Ich glaube, es wäre nicht im Interesse unserer Eidgenossenschaft, wenn wir diejenigen Kantone mit der materiellen Harmonisierung strafen wollten, in denen beim Volk das Verständnis für diese Harmonisierung fehlt. Ich möchte Sie dringend bitten, am Beschluss des Nationalrates festzuhalten. Ich spreche auch im Namen verschiedener Finanzdirektoren in den Kantonen, die diese Ergänzung als unbedingt notwendig erachten.

Weber Leo, Berichterstatter: Es gibt ganz sicher Gründe für diesen Satz, den der Nationalrat beschlossen hat. Wir müssen uns aber im klaren sein, wo wir heute stehen. Wir stehen im Differenzbereinungsverfahren, zweite Phase. Wir haben drei relativ grosse Differenzen. Wir haben versucht, einen Schwerpunkt zu setzen. Diesen Schwerpunkt haben wir dadurch gesetzt, indem wir bei der materiellen Steuerharmonisierung festgeblieben sind, und zwar mit einer Stimmenzahl, die einen gewissen Eindruck nicht verfehlen wird. Ich möchte glauben, dass dieser Punkt doch eher von untergeordneter Bedeutung ist, denn rechtlich haben die Bundesbehörden heute schon die Möglichkeit, renitente Kantone zur Raison zu bringen, und faktisch möchte ich Ihnen sagen, dass im Entwurf zum Harmonisierungsgesetz ein Artikel enthalten ist, der ganz klar feststellt, dass die Bundesbehörden für Kantone, die ihrer Pflicht nicht nachkommen, die Grundsatzgesetzgebung des Bundes für anwendbar erklären können. Ich glaube, damit ist eigentlich dem Genüge getan, was unbedingt notwendig ist.

Präsident: Wir bereinigen damit Artikel 42quinquies Absatz 3. Herr Stich hat hier mündlich den Antrag gestellt, festzuhalten.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	69 Stimmen
Für den Antrag Stich	62 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

Wahl eines Mitgliedes des Ratsbüros Election d'un membre du Bureau du Conseil

Bei 142 ausgeteilten und 142 wieder eingelangten Wahlzetteln, wovon leer 7, gültig 135, also bei einem absoluten

Mehr von 68 Stimmen, wird im ersten Wahlgang gewählt:

Herr Félicien Morel	mit 74 Stimmen.
Stimmen haben ferner erhalten: Herr Rémy Schläppy 28; Herr René Felber 26; Verschiedene 7.	

Präsident: Ich gratuliere Herrn Morel zu seiner Wahl.

76.050

Schwangerschaftsabbruch (Fristenlösung). Volksbegehren Avortement (solution du délai). Initiative populaire

Fortsetzung von Seite 1490 hiervor
Suite de la page 1490 ci-devant

M. Chavanne: Je voudrais rappeler qu'il est peu de problèmes aussi importants et aussi peu objectivement discutés jusqu'à maintenant que celui de la planification familiale en notre pays. Alors que vers 1900 il fallait 29 naissances pour 1000 habitants pour assurer la stabilité de la population, il n'en faut plus maintenant que 12,3. Alors que la différence du taux de natalité entre les cantons était extrêmement importante en 1929, cette différence n'existe presque plus actuellement. C'est ainsi que pour un taux moyen suisse de 12,3 en 1975, le canton de Genève, qui a toujours été un des cantons les moins prolifiques, arrive à 11 et le canton de nos amis valaisans qui se sont exprimés tout à l'heure n'arrive qu'à 15. Autrefois, les différences des taux étaient de l'ordre de 200 pour cent! Le problème n'est donc pas du tout, comme on a essayé de le dire ici, très différent d'un canton à l'autre et comme le laisserait croire la situation actuelle: jamais d'avortement légal dans certains cantons alors qu'il y en aurait de nombreux, en marge de la loi, dans d'autres cantons. Encore une fois, la différence entre les cantons campagnards, montagnards et les cantons urbains est actuellement très réduite. Dans certains cantons – le canton du Valais par exemple – la religion dominante interdit tous les moyens anticonceptionnels non naturels, c'est-à-dire pratiquement tous, sauf la méthode Ogino. Il faut sortir de cette illégalité que nous connaissons actuellement.

S'il nous faut voter la solution du délai et non pas une loi compliquée à indications, c'est parce que nous changerions un cheval aveugle contre un cheval borgne, c'est-à-dire une inégale application d'une loi dans les différents cantons malgré une diminution beaucoup plus rapide du taux de natalité dans les cantons campagnards, montagnards, que dans les cantons urbains, contre des discussions sans fin sur l'application des indications morales ou sociales. La loi du délai a au moins l'avantage considérable d'être simple. Et je dirais que cet avantage est extrêmement important si l'on veut, avec tous ceux qui se sont exprimés, lutter contre l'avortement, considéré comme le plus mauvais système anticonceptionnel ou plus exactement comme n'étant pas un système anticonceptionnel mais la fin parfois tragique d'une situation impossible à régler autrement parce que, dans beaucoup de cas, la planification familiale n'a pas été appliquée. On pourrait écouter ceux qui s'élèvent par principe contre l'avortement si on retrouvait en eux le sens de l'aide à apporter aux femmes et aux hommes pour régler le problème de la planification familiale. Or ce n'est pas le cas. La situation est la même que dans les cantons où les moyens anticon-

ceptionnels sont non seulement utilisés mais aussi expliqués aux femmes dans des consultations spécialisées.

Nous pensons qu'il faut voter en faveur de l'initiative du délai qui respecte la liberté des femmes et celle des médecins. Nous connaissons tous des femmes qui, dans des conditions difficiles, acceptent des grossesses que les médecins leur déconseillent à cause des risques pour leurs santé. Nous les respectons et nous nous inclinons devant leur courage. Mais qu'on laisse la liberté à celles qui ne pensent pas de la même manière et qui jugent, en toute conscience, qu'elles n'ont pas le droit ou qu'elles n'ont pas le devoir de donner naissance à un enfant. On nous objecte que le «délai» va augmenter le nombre des avortements. C'est exactement comme si au moment de la rectification du code des obligations sur les enfants «illégitimes», on avait dit qu'elle allait augmenter le nombre des naissances illégitimes. Nous nous engageons en tout cas, nous qui sommes en faveur de la solution du délai, à faire l'impossible pour que cette solution de l'avortement soit considérée comme la plus mauvaise et à porter une attention particulière au problème de la diminution de la natalité dans notre pays.

Je voudrais, en terminant, me féliciter de ce que les représentants du Parti démocrate-chrétien aient dit qu'ils voulaient être dorénavant le fer de lance de l'amélioration sociale de la situation des femmes dans l'assurance et les congés-maternité, dans l'égalité des salaires, dans l'égalité professionnelle dès l'école. Nous nous réjouissons parce que ce serait enfin logique que le groupe qui est le plus sévère sur ces problèmes devienne le plus accueillant et le plus positif en faveur des femmes.

Frau Morf: Die Kernfrage in dieser Debatte sollte sein: Kann man Abtreibungen mit Geld- oder Gefängnisstrafe überhaupt verhüten? Die Antwort darauf lautet: Nein. Frauen, die unbedingt abtreiben wollen, lassen sich durch nichts abhalten. Das hat die Erfahrung gezeigt. Nicht durch Bestrafung, nicht einmal durch die Gefährdung ihres Lebens, falls sie kein Geld haben und bei einem Engelmacher in Hinterzimmern oder auf Küchentischen mit Velospeichen, Stricknadeln oder Seifenlaugen abtreiben lassen müssen. Das ist die Realität. Davon gehen wir aus, wir von der Fristenlösungsinitiative. Im Hinblick auf diese Situation wirkt die Frage, ob werdendes Leben geschützt werden muss, rein akademisch. Natürlich muss Leben geschützt werden. Leben, das wird, und Leben, das bereits ist. Aber was hat dieser fromme Wunsch mit der realen Situation und mit der Verbesserung dieser Situation zu tun? Die Debatte hier wird wohl in diesem oder jenem Rahmen immer weitergeführt werden müssen, so wie es heute steht. Wenn man gelegentlich einer Indikationenlösung im Rahmen eines Bundesgesetzes zustimmen würde – auch einer erweiterten –, dann wird doch nach wie vor eine vom Staat bestimmte Autorität, ein Mediziner, ein Psychiater oder wer immer, darüber entscheiden, ob eine Frau abtreiben darf oder nicht. Und eine solche Lösung würde nur dazu führen, dass alles beim Status quo bleibt, dass sehr viele Frauen nach wie vor zu illegalen Abtreibungen gehen und ihr Leben in Gefahr bringen würden. Das ist keine akzeptable Lösung des Problems. Schliesslich muss jeder Gesetzgeber – und wir Parlamentarier sind Gesetzgeber – sich auch der Verantwortung bewusst sein, die er für die Wirksamkeit seiner Verbote, aber auch für die Erträglichkeit ihrer Nebenwirkungen trägt. Wenn Frauen, die so oder so abtreiben wollen, sich schliesslich an Abtreiber wenden, die den Eingriff unter medizinisch sehr riskanten Bedingungen vornehmen, gefolgt von gesundheitlichen Schädigungen für diese Frauen, manchmal auch von Todesfällen – dann ist doch wirklich anzunehmen, dass nicht Strafdrohung die Situation bessern kann, sondern nur Hilfe. Was ist denn besser: Strafen statt helfen oder helfen statt strafen? Das ist hier die Kernfrage, und es ist eine Frage, der die Gegner der Fristenlösung immer wieder ausweichen. Wer helfen will, eine klare Situation zu schaf-

fen, wer helfen will, die Auswegslosigkeit und Ungerechtigkeit der heutigen Situation zu verbessern, der kann sich nur für die Fristenlösung entscheiden. Sie ist die realistische Lösung; denn das heutige Recht ist ein Unrecht und, obwohl real, ist es unrealistisch, wenn man damit die Zustände verbessern möchte. In 17 Schweizer Kantonen ist ein Abortus auch bei schweren Notlagen höchst selten oder überhaupt nicht möglich heute. Manche Frauen aus diesen 17 Kantonen suchen monatelang nach einer Lösung, bevor sie (oft viel zu spät) bei einem Pfluscher landen. Das heutige Recht basiert auf unterschiedlicher Handhabung je nach Kanton und Arzt. Es treibt jährlich Tausende von Frauen zu demütigenden und gefährlichen illegalen Abtreibungen, und es bietet auch Hand zu krasser sozialer Ungerechtigkeit. Frauen, die genug Geld haben, finden einen kompetenten Arzt oder sie fahren für ein paar Tage ins Ausland in eine auf Abortus spezialisierte Klinik in England oder Holland. Da ist der Abtreibungstourismus, den wir auflösen, dank unseren Gesetzen. Aber Frauen, die kein Geld haben oder nicht so reisegewohnt sind, landen beim Pfluscher, beim Engelmacher. Das heutige Recht ist deshalb nicht nur unrecht, es ist auch unrealistisch, weil es ungeborenes Leben gar nicht schützt, sondern sogar Leben und Gesundheit jener 20 000 bis 50 000 Frauen – das ist die Dunkelziffer – gefährdet, die jährlich auf jeden Fall abtreiben, Strafdrohung hin oder her. Und so ein Recht, das weder werdendes noch bestehendes Leben schützt, will ein Teil dieses Rates durchsetzen! Da ist doch der Vorschlag zur Fristenlösung menschlicher, gerechter und sozialer, auch was den Schutz von Leben und was die Würde der Frau betrifft. Alle diejenigen Einwände, die ich heute und schon früher gehört habe gegen diesen Initiativtext, die sind – scheint mir wenigstens – nicht relevant, angewendet auf die heutige Situation. Was mir wichtig scheint am Inhalt der Fristenlösungsinitiative und was das eigentlich Neue und Wünschenswerte darstellt, das ist das Vorhaben, diesen Problembereich in einen sozialpolitischen Rahmen zu stellen, ihn im Artikel 34 der Bundesverfassung, nämlich dem Sozialartikel, unterzubringen. Ich möchte noch einmal mit allem Nachdruck betonen, dass wir von der Fristenlösungsinitiative nicht die Abtreibungen befürworten. Was wir mit der Initiative befürworten, das ist ein Massnahmenpaket mit dem einen Ziel: Schutz und Hilfe für die schwangere Frau. In diesem Zusammenhang erhält der Bund einen neuen Auftrag, und zwar in bezug auf die Familienplanung (Beratungsstellen, Sexualerziehung), und er wird aufgefordert, auf allen möglichen Gebieten Massnahmen zum Schutz der Schwangeren zu treffen, z. B. im Arbeitsrecht, im Familienrecht, in der Krankenversicherung und auch im Wohnungsbau. Erst mit all diesen Vorkehrungen wird man erreichen, dass Frauen auch in verzweifelter Situation Abtreibungen in Zukunft wirklich nur noch als letzten Ausweg vornehmen lassen.

Der straflose legale Schwangerschaftsabbruch wird damit zu dem, was er sein soll, dem letzten, wirklich allerletzten Mittel im Kampf gegen die illegale und lebensgefährliche Abtreibung.

Noch kurz etwas zu den Experten, die ja von den Befürwortern der Indikationenlösung immer wieder gewünscht werden, und auch zur Frage: Was stempelt eigentlich einen Experten zum Experten? Neben den eigentlichen Gegnern des Schwangerschaftsabbruchs gibt es ja hier im Rat eine grosse Gruppe von «Ja schon, aber»-Reformern. Sie sind «ja schon» dafür, dass in bestimmten Situationen, nach bestimmten Indikationen abgetrieben werden kann; «aber» sie möchten, dass die Entscheidungsgewalt für oder gegen einen Schwangerschaftsabbruch in den Händen sogenannter Experten bleibt. Was stempelt einen Experten zum Experten? Nur weil jemand sein chirurgisches Handwerk versteht, sein psychiatrisches Examen abgelegt hat, als Theologe vielleicht guten Willen zeigt, als Sozialarbeiter Schule und Praxis absolviert hat, ist er meiner Meinung nach noch lange nicht befugt, über Gebärzwang oder Embryotötung zu verfügen, darüber zu entscheiden,

ob eine Frau ein Kind austragen und gebären soll oder nicht. Die Konsequenzen eines solchen Entscheides trägt auf jeden Fall die Frau selber und nur sie. Folglich soll auch sie selber in eigener Kompetenz entscheiden können. Sie ist als mündiger Mensch der einzige Experte für ihren Fall. Beratungsstellen: Sicher, die befürworte ich auch; aber wenn man diesen Beratungsstellen Entscheidungskompetenz überträgt, dann sind sie eben keine Beratungsstellen mehr. Durch eine solche Verlagerung der Entscheidungskompetenz würden nur wieder so viele Opfer wie eh und je in die Illegalität und in die Hände von Puschern getrieben werden. Das ist die Realität, und die muss man sehen. Und dieser Realität kann man nur mit einer einzigen Lösung abhelfen: der Fristenlösung. Langfristig müssen wir uns mit ganzer Kraft für die Besserstellung der alleinstehenden Mütter und deren Kinder, für genügend Krippen- und Kindergartenplätze und für Ganztagschulen, für frühzeitige Aufklärung, für Beratung über und Bereitstellung von tauglichen Mitteln der Empfängnisverhütung und für eine Besserstellung vor allem der schwangeren Frau im Arbeitsrecht und in der Krankenversicherung einsetzen. Das sind die einzigen Möglichkeiten, die wir haben, wenn wir die Abtreibung und deren Folgen wirksam bekämpfen wollen. Aber weil es lange dauern wird, bis das alles da ist, und weil wir heute helfen und nicht strafen müssen, bitte ich Sie, wenigstens jene unter Ihnen, die die Sache realistisch sehen und die überhaupt noch ansprechbar sind, die Fristenlösungsinitiative dem Volk zur Annahme zu empfehlen.

Schär: Als Sozialmediziner fühle ich mich verpflichtet, ein paar Worte zu sagen. Die Argumente sind bekannt und leider vielleicht die Meinungen schon gemacht. Die heutige Regelung des Schwangerschaftsabbruchs ist unbefriedigend, rechtlich und menschlich. Jeder Eingriff bedeutet Tod für menschliches Leben und gesundheitliche Gefährdung einer Frau. Ich glaube nicht, dass jemand die Unterbrechung einer Schwangerschaft als etwas anderes als eine Notmassnahme betrachtet. Die Zahl der Unterbrechungen in der Schweiz dürfte in der Grössenordnung von 50 000 pro Jahr liegen; es können 40 000 sein, es können, was wahrscheinlicher ist, 60 000 und mehr sein. Die Zahl der Verurteilungen wegen Abtreibung beschränkt sich jedoch auf einige Dutzend. Daraus ersieht man, dass man offensichtlich dem Abtreibungsproblem nicht Herr geworden ist. Rund vier Fünftel der Unterbrechungen werden illegal vorgenommen und höchstens ein Fünftel «legal». Von der Beschränkung auf eine nicht anders abwendbare Lebensgefahr oder Gefahr dauernden Schadens für die Gesundheit der Schwangeren als Indikation hat man sich in praxi weit entfernt. Der Begriff der psychiatrischen Indikation wird sehr weit gefasst und beinhaltet heute schon soziale Aspekte. Ich möchte hier erwähnen, dass über 90 Prozent der Indikationen für legalen Abbruch der Schwangerschaft «psychiatrische Indikationen» sind. Wer eine Schwangerschaft abbrechen lassen will, braucht Geld und Geduld und verpasst dabei vielleicht den Zeitpunkt für den Eingriff, der mit geringstem Risiko für die Schwangere verbunden ist. Jede Lösung mit einer erweiterten oder eingeschränkten Indikation wird am heutigen, unhaltbaren Zustand kaum viel ändern. Die Fristenlösung ist auch nur eine Notlösung bei unerwünschter Schwangerschaft und dadurch bedingten Notlagen. Die Fristenlösung ist jedoch die gerechteste Variante. Sie darf nicht als Befürwortung der Abtreibung diskriminiert werden. Es wird ja lediglich gefordert, dass innerhalb der gesetzten Frist von 12 Wochen der Abbruch der Schwangerschaft durch einen Arzt straflos sei. Somit bestehen für jede Frau gleiches Recht und gleiche Möglichkeiten, was bisher ganz eindeutig nicht der Fall war und mit den vorgeschlagenen Indikationenlösungen nicht der Fall sein wird. Die einen werden Geld und Geduld aufbringen können, um die Voraussetzungen für die Indikation, wie sie auch definiert sein mag, zu erfüllen; die anderen aber – und es sind nicht die schlechtesten Mitbürgerinnen – werden sich nicht zu hel-

fen wissen, sie werden unter Umständen ihre unerwünschte Schwangerschaft austragen und dann eine Demütigung nach der anderen erleben müssen. Ich nenne in diesem Zusammenhang lediglich das Vorenthalten der elterlichen Gewalt bei ledigen Müttern als Beispiel. Schutz des Lebens ja, Schutz der schwangeren Frau ja; für jene Fälle jedoch, die als Notfälle zu bezeichnen sind, soll gleiches Recht geschaffen werden. Ich beantrage Ihnen deshalb Zustimmung zum Volksbegehren für die Fristenlösung.

Mme Girard: Je vous fais grâce de répéter ce que d'autres orateurs ont dit avant moi en faveur de la solution du délai.

Pour ma part, j'aimerais simplement ajouter que, si nos débats d'aujourd'hui devaient aboutir au rejet de l'initiative, ce serait une solution particulièrement humiliante, hypocrite et intolérante. Au contraire, le changement de la loi dans le sens de la solution du délai ne sera certainement pas une solution de facilité mais une solution juste et une preuve de solidarité envers toutes les femmes car je voudrais rappeler que la solution de délai – fait connu depuis la procédure de consultation en 1973 – rencontre l'approbation de la majorité des femmes. C'est pourquoi je vous demande d'être solidaires de cette majorité, de voter la solution du délai et d'en proposer l'acceptation au peuple et aux cantons.

Frau Füg: Ich möchte ebenfalls meinerseits nicht wiederholen, was heute und anlässlich von früheren Debatten bereits sehr eingehend und eindrücklich vorgebracht worden ist für oder gegen die Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruches. Ich glaube, die Meinungen sind weitgehend gemacht. Für die Gegner einer Fristenlösung gibt es nur die Verwerfung der Initiative. Nicht so einfach haben es die Befürworter des Fristenlösungsmodells der nationalrätlichen Kommission. Diese – und ich zähle mich zu ihnen – sehen sich vor ein Dilemma gestellt. Es stellt sich für sie nämlich die Frage: Soll man die vorliegende Initiative ablehnen, deren Inhalt man im Grunde genommen billigt, nur weil gewisse flankierende Massnahmen, wie die obligatorische Beratung und die einwöchige Bedenkfrist vor dem Eingriff sowie die Schranken gegen einen möglichen Abtreibungstourismus fehlen, und weil man der Ansicht ist, dass diese Materie auf Gesetzes- und nicht auf Verfassungsstufe geregelt werden sollte.

Dem Schweizervolk bleibt nun aber bis heute leider – mangels der Möglichkeit einer Gesetzesinitiative – nur der Weg offen, seine Begehren auf dem Wege der Verfassungsinitiative anzubringen. Das hat zur Folge, dass viel Unbedeutenderes als die Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruches in der Bundesverfassung geregelt ist.

Viel schwieriger ist die Frage zu lösen, ob der Initiativtext eine Interpretation zulässt, wonach die Frau vor dem Eingriff einen Arzt oder eine Beratungsstelle aufsuchen muss, um sie vor einem unbedachten Entschluss zu bewahren und dass der Eingriff erst nach einer einwöchigen Bedenkfrist vorgenommen werden darf. Die Ansichten widersprechen sich hier: Man hört einerseits die Meinung, dass diese flankierenden Massnahmen ohne weiteres als Voraussetzung für die Gültigkeit der Zustimmung der Frau, wie sie im Initiativtext gefordert wird, betrachtet werden könnte. Der Bundesrat und die Gegner einer Fristenlösung vertreten die Auffassung, dass der vorliegende Verfassungstext eine so weitgehende Interpretation nicht zulasse, so dass wichtige flankierende Massnahmen, wie sie die nationalrätliche Kommission vorgesehen hatte, allenfalls höchstens als Empfehlung statuiert werden könnten.

Ich frage nun den Bundesrat an: Hat man diese wichtige Frage durch Staats- und Strafrechtler abklären lassen, und wenn ja, welches sind die Ergebnisse? Was meinen die Initianten dazu? Der begrüssenswerte kurz formulierte Verfassungsartikel sollte doch einen gewissen Spielraum zur Interpretation offenlassen.

Eine weitere Frage stellt sich mit den flankierenden Massnahmen gegen den sogenannten Abtreibungstourismus. Ohne dass diesbezügliche Einschränkungen in der Verfassung verankert würden, bestünde die Möglichkeit der Verweigerung eines Eingriffes durch die Aerzte und die Nichtaufnahme von Ausländerinnen durch die öffentlichen Spitäler, wie dies Ihnen Frau Lang bereits dargelegt hat. Es stellt sich aber auch die Frage, ob einem möglichen Abtreibungstourismus – sofern er überhaupt einsetzen sollte – nicht auch aufgrund unseres geltenden Polizeirechtes entgegengetreten werden könnte. Ich bitte den Bundesrat, diese Fragen zu beantworten, denn es ist für die Befürworter des nationalrätlichen Fristenlösungsmodells wichtig zu wissen, ob sie nur dem Grundsatz nach für die Initiative eintreten können oder ob sie auch die Möglichkeit sehen, dass solch wichtige flankierende Massnahmen allenfalls auf Gesetzesstufe verwirklicht werden können.

Mme Spreng: Nous sommes en présence d'une initiative voulant introduire dans notre constitution un texte déclarant l'impunité pour les avortements exécutés dans les trois premiers mois de la grossesse.

Ce texte est plus simple, beaucoup trop simple, et il est beaucoup plus incomplet que la proposition dite «des délais» discutée et refusée l'an dernier dans notre enceinte.

Quant aux médecins, je rappelle que plus de 80 pour cent des gynécologues suisses, dans un questionnaire récent – à la fin de l'année dernière – étaient partisans des «indications» et opposés aux délais. Je dois dire que mon cher collègue M. Forel nous a donné une image remarquable de l'éthique médicale; son exposé était parfait, sauf à la fin où nous ne pouvions pas être d'accord. Les exemples donnés étaient excellents: que fait-il lui, que faisons-nous nous, médecins? Nous devons avoir une indication parce que la femme, avec le petit chien et l'enfant, qui n'a pas de place dans sa grande villa, cette femme ira simplement, si nous n'avons pas d'autre solution et si nous laissons les délais, chez un confrère moins honnête. La femme ne sera-t-elle pas la première victime de cette initiative? Laisée seule face à un choix engageant profondément sa conscience, elle sera en général sans aide, subissant facilement, dans un moment d'affolement, les pressions et les contraintes de son entourage. Prenant prétexte d'une libéralisation discutable, les hommes vont-ils appuyer une décision qui leur enlève à eux toute responsabilité? Pratiquement cette initiative ne libère pas les femmes, elle libère les hommes!

J'ai déjà dit à cette tribune combien m'est précieuse la vraie liberté, celle qui n'est, hélas! pas réalisée pour les femmes dans tant de domaines. Ici pourtant, elle est entière pour elle, mais avant la conception, car c'est là que sa libération sera effective si elle sait assumer pleinement ses responsabilités.

Le Conseil fédéral va présenter cette initiative au peuple. C'est avec satisfaction que j'ai pris connaissance du projet d'arrêté proposant au peuple et aux cantons son rejet. Cette décision a été appuyée par une forte majorité du Conseil des Etats. Or vous venez d'entendre la proposition d'une très faible majorité de votre commission recommandant l'acceptation par le peuple. Nous sommes tous certainement conscients de notre lourde responsabilité dans ce domaine. Il ne s'agit pas de voter un simple texte de loi mais bien de modifier notre constitution en y introduisant une notion contraire à nos principes, puisque le respect de la vie est une des bases de notre civilisation. Cette modification aura un impact profond sur la mentalité de notre peuple. On l'a constaté dans les autres pays. C'est un article qui ne contient rien de moins que l'autorisation, sans suites pénales, de supprimer une vie humaine par décision d'une seule personne concernée, et cela sans aucune indication, car il est certain, en effet, que dès la conception se développe un organisme humain, vivant, appelé à devenir un homme ou une femme unique et irremplaçable, qui a droit à la vie.

Dans son message, le Conseil fédéral résume fort bien les considérations, toujours valables pour lui dit-il, qui l'ont amené à rejeter la solution des délais. Il est donc logique qu'il propose le rejet de l'initiative. L'enjeu en est trop grave pour qu'il puisse «s'en laver les mains». Je vous demande donc instamment, avec la moitié des membres de votre commission, d'appuyer la proposition du Conseil fédéral en acceptant l'article 2 de son projet proposé le rejet de l'initiative.

Oehen: Ich stehe noch unter dem Eindruck eines Podiumsgesprächs zum Problem der Todesstrafe, an dem ich vor drei Tagen teilzunehmen die Ehre hatte. Ich bin nach verschiedenen Voten von heute morgen aber erschüttert, mit welcher ungeheuerlicher Inkonsequenz in der Frage des Schutzes des Lebens argumentiert wird. Genau die gleiche Kreise, welche die Todesstrafe unter allen Umständen ablehnen, finden scheinbar nichts dabei, dem Schwangerschaftsabbruch zuzustimmen, lediglich vorausgesetzt, der Mensch sei noch klein genug, dass man ihn leicht übersehen, bzw. beseitigen kann. Lassen Sie mich einige Gedanken aus jener ethisch hochstehenden Diskussion übernehmen und auf unser heutiges Problem übertragen.

Die Todesstrafe sei eine Verletzung des Rechts auf Leben, so wurde argumentiert, und es stehe weder einem einzelnen Menschen noch der Gesellschaft oder ihren Institutionen zu, diese auszuführen, diesen unwiderruflichen Schritt an einem Menschen zu vollziehen. Wir wüssten im übrigen nicht, was wir tun, da wir das Wesen des Todes überhaupt nicht erkennen oder erfassen könnten.

Bei konsequenter Haltung und Anwendung dieser Haltung müsste man – so scheint mir – jegliche Abtreibung verbieten, denn sogar bei der Indikationslösung gestatten wir uns, verschiedenartige Rechtsgüter gegeneinander abzuwägen und einen Entscheid zu fällen, der sich gegen das Lebensrecht richten kann. Das aber geht bereits über die soeben erwähnte Grundhaltung hinaus. Zumindest wäre zu erwarten, dass sich jene Kreise mit uns mit aller Entschiedenheit gegen die gegenüber dem Recht auf Leben völlig willkürliche Fristenlösung wenden.

Kein Verbrecher sei so vollständig schuldig – so wurde weiter argumentiert –, so endgültig zu verdammen, dass er unwiderruflich zu bestrafen, eine Todesstrafe also angemessen wäre. Stets bleibe auch die Möglichkeit des Justizirrtums bestehen, der dann bei vollzogener Todesstrafe nicht mehr gutgemacht werden könnte. Welche Schuld kann ein ungeborenes Kind auf sich geladen haben, dass es sein Urteil unwiderruflich verdient hat? Passieren bei den Fristenlösungsabtreibungen nicht Zehntausende von Justizirrtümern, von selbsternannten Laienrichtern übrigens, die unter schwersten emotionalen Belastungen das Urteil fällen? Nein, wenn uns der Schutz des Lebens ein echtes Anliegen ist, so bedeutet schon unsere Zustimmung zur Indikationslösung die Uebernahme einer ungeheuer schweren Verantwortung.

Wer die Todesstrafe bejahe – wo würde auch argumentiert –, wolle, das jemand einen Jemand umbringe. Für eine solche Tätigkeit liessen sich nur psychisch Angeschlagene finden; wer es nicht schon sei, der werde unweigerlich zum Sadisten. Und die gleichen Kreise wollen Aerzten und Krankenschwestern zumuten, sozusagen in Serie Leben zu vernichten. Denn bekanntlich handelt es sich nicht um einen oder zwei Fälle pro Jahr oder Jahrzehnte, sondern um Tausende. Laut Frau Morf und Kollega Schär sogar Zehntausende pro Jahr.

Ein letztes Argument aus jener Diskussion: Es sei Aufgabe der Gemeinschaft, des Staates, die Humanisierung – was man sich darunter auch immer vorstellen mag – zu fördern. Niemals dürfe deshalb Hand geboten werden zum Ausfällen einer Todesstrafe oder gar zum Vollzug eines Todesurteils. Wohlan, meine Damen und Herren, akzeptieren wir diesen Auftrag und versuchen wir, die Interessen aller Seiten abzuwägen. Dabei kann sich nur eine Lösung, nur eine Haltung herauskristalisieren. In der von den bel-

den Kammern nahezu fertig erarbeiteten Lösung soll mit grösster Verantwortung abgewogen werden, ob und in welchem Falle das Lebensrecht einem Ungeborenen abgesprochen werden darf, eine Entscheidung, die in jedem einzelnen Falle unerhört schwer ist, da ja das schutzlose Kind ganz sicher keine persönliche Schuld auf sich geladen hat. Wenn wir zu diesem Auftrag der Humanisierung stehen wollen, muss das vorliegende Volksbegehren abgelehnt werden, und es liegt an unserem Parlament, dementsprechend Stellung zu beziehen und richtungweisend zu wirken. Keine Stellungnahme nach dem Antrag der Minderheit II würde bedeuten, dass wir als Vertreter des Volkes, als bestellte Führungsleute vor einer höchst anspruchsvollen ethischen Aufgabe kapitulieren würden. Wir sind auf dem Wege zu einer verantwortbaren Lösung des schwierigen Problems. Mit dem vorliegenden Volksbegehren wird uns ein Stein in den Weg gelegt, den es zu beseitigen gilt. Ich bitte Sie, dem Schweizervolk eine entsprechende Empfehlung zu geben und dem Antrag der Minderheit I zuzustimmen.

Condrau: Es gibt weltweit kaum ein vergleichbares Politikum, an welchem sich die Gemüter so heftig erhitzen, an welchem sich aber auch weltanschauliche Intoleranz so offensichtlich zeigt, wie in der Frage des Schwangerschaftsabbruches. Man mag dies bedauern oder man mag Verständnis dafür aufbringen. Tatsache ist jedenfalls, dass selbst im Bereich der weltanschaulich-ethischen Grundhaltung unserer Bevölkerung in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs keine Einheitlichkeit, kein Konsens besteht. Unbesehen von statistischen Erhebungen, deren Wert man unterschiedlich einschätzen kann, darf angenommen werden, dass eine Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs von einem Grossteil des Volkes abgelehnt wird, dass für sehr viele Menschen aber andererseits der Schwangerschaftsabbruch keine Gewissensnot erzeugt.

Wie die einzelne Frau im Moment, da diese Frage an sie herantritt, entscheidet, wird sie wohl unabhängig von jeglicher gesetzlicher Regelung letztlich von ihrem eigenen Gewissen zu verantworten haben. Der Gesetzgeber könnte es sich somit leicht machen und tatsächlich die Entscheidung hinsichtlich Austragens der Leibesfrucht oder Abtreibung derselben der Schwangeren selbst überlassen. Dies ist denn auch in concreto die Forderung der Volksinitiative für die Fristenlösung. Es gibt zweifellos Argumente, die für die Fristenlösung sprechen. Auch widerspricht diese offenbar der moralisch-sittlichen und weltanschaulichen Auffassung weiter Bevölkerungskreise nicht. Dort, wo sie dies tut, kann man sich darauf berufen, dass der Staat nicht unbedingt der Hüter sittlicher Normen sein muss. Allgemein wird nämlich anerkannt und ich zitiere, dass «nicht alles, was unsittlich ist, vom Gesetzgeber mit Strafe bedroht werden darf und soll». Vom gesetzgeberischen Standpunkt aus mag die Fristenlösung als die einfachste Formulierung gelten. Aber auch sie bietet keine absolute Gewähr gegen die Abwanderung in die Illegalität; Missbräuche und soziale Ungerechtigkeiten sind jedoch eher zu vermeiden. Für die Frau schliesslich bedeutet sie ein Recht auf eigene Entscheidung, das sie bis heute nicht hat.

Trotzdem spreche ich mich gegen die Fristenlösung aus. Die Entscheidung nämlich, die in diesem Falle der Schwangeren überbürdet wird, betrifft nicht lediglich ihr eigenes Leben, sondern dasjenige eines Dritten, des werdenden Kindes. Der Staat hat letztlich doch die eminent wichtige Pflicht, menschliches Leben zu schützen. Der Schutz des Ungeborenen ist zwar in unserer Bundesverfassung nicht *expressis verbis* gesichert, indessen ist das Recht auf Leben ein ungeschriebenes Verfassungsrecht. So ist auch darauf hinzuweisen, dass gemäss Artikel 31 Absatz 2 des Zivilgesetzbuches, der bereits zitiert wurde, ein Kind schon vor der Geburt rechtsfähig ist unter dem Vorbehalt, dass es lebendig geboren wird. Das ungeborene Kind hat mit anderen Worten in den Schranken der Rechtsordnung die Fähigkeit, Rechte und Pflichten zu ha-

ben. Nach Tuor Schnyder hat die Leibesfrucht demnach neben dem Recht auf Leben eine resolutiv bedingte Persönlichkeit. Dieses Recht auf Leben wurde im übrigen in der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten festgehalten und am 3. Oktober 1974 von der Bundesversammlung genehmigt. Abschnitt 1 des Artikels 2 beginnt mit der Feststellung: «Das Recht jedes Menschen auf das Leben wird gesetzlich geschützt.» Dass dieses Recht auch für den noch ungeborenen Menschen gilt, wird angenommen.

Ueber das Recht auf Leben hinaus, das die Gesellschaft dem Ungeborenen zuspricht, gibt es aber noch ein aktives Sozialinteresse derselben am Ungeborenen. «Sofern nämlich» – und ich zitiere hier die Aussagen des Basler Philosophen Hans Saner – «ein Sozialsystem auf Dauer angelegt ist, muss es in sein Handeln und in seinen Normen auch die künftigen Mitglieder einbeziehen, auf die hin es ja immer auch schon plant und handelt. Die Ungeborenen aber sind die Garanten seiner Dauer. Deshalb nimmt das soziale System an ihnen ein Interesse, und zwar das Interesse des eigenen Ueberdauerns. Um dieser Dauer willen spricht es dem künftigen Mitglied eine Art der potentiellen Mitgliedschaft zu.» Das heisst, dass auch aufgrund der Bedeutung des Ungeborenen für den Fortbestand der Gesellschaft selbst das Schicksal desselben nicht bedingungslos der werdenden Mutter überantwortet werden darf. Dass diese Begründung gegebenenfalls je nach Verschiebung der Geburtenrate eines Volkes sowohl zu einer Liberalisierung wie zu einer Verschärfung der gesetzlichen Regelung führen kann, ist offensichtlich. Als Argument ist sie deshalb wohl fragwürdig, aber sie entspricht der politischen Wirklichkeit.

Nun bin ich der Meinung, dass darüber hinaus auch das medizinische Denken und Handeln im Grunde genommen uns zwingt, für jeden Eingriff, besonders wenn er tiefgehender Natur ist, wie etwa der Schwangerschaftsabbruch, eine zwingende Indikation vorauszusetzen. Ich bin mir bewusst, dass dieses Prinzip in unserer Zeit oft genug durchbrochen wird. Trotzdem scheint es mir ein wichtiges Prinzip zu sein und die Medizin täte gut daran, sich vermehrt daran zu halten. Es scheint mir nun aber zweifellos so zu sein, dass ein Nein zur Fristenlösung uns nicht der Aufgabe enthebt, auf gesetzgeberischem Wege nach einer neuen Regelung zu suchen. Es genügt nicht, am Status quo unserer heutigen Gesetzgebung festzuhalten.

Auch wenn ich heute dagegen bin, dass in der Bundesverfassung der Weg nach einer anderen Regelung gesucht wird, so darf und muss es doch in der nächsten Phase nicht darum gehen, lediglich einer einfachen Liberalisierung das Wort zu sprechen. Aber ein Nein zur vorliegenden Initiative ist nur dann sinnvoll, wenn der ehrliche Wille vorhanden ist, die heutigen bekannten und hier zur Sprache gebrachten Missstände auszumerzen, d. h. also eine Gesetzgebung zu realisieren, die soziale und regionale Ungerechtigkeiten aufhebt und auch der Schwangeren den unwürdigen Gang durch die Institutionen erspart, wenn ihre eigene Gesundheit durch die Austragung einer Schwangerschaft ernsthaft gefährdet ist.

M. Villard: Presque tout a été dit, c'est vrai, et pourtant je reviens cependant brièvement sur une question de forme d'abord. Le Conseil fédéral a donc proposé le rejet de l'initiative sans contre-projet; mais il faut bien, en l'occurrence, considérer le projet de loi sur l'avortement, indirectement, comme un contre-projet qui sera très certainement soumis au référendum. Sera-ce en même temps que l'initiative elle-même? Voilà la question qui me préoccupe le plus au stade actuel du débat. La question grave, de fond, posée par des citoyennes, des citoyens que l'insuffisance, l'injustice souvent de la réglementation actuelle a alertés, cette question de fond qui est réelle, qu'il faut vraiment se poser, va-t-elle aboutir, après ces débats, à un vaste cafoillage qui serait peu digne d'un pays démocratique? Je vous pose la question. C'est une situation déli-

cate qui pourrait laisser subsister, pendant des années en tout cas, un malaise profond. Si le peuple, à mon sens, doit se prononcer simultanément sur deux textes, l'un exigeant une majorité simple, l'autre une majorité double, peuple et cantons ce serait derechef plus difficile à saisir pour beaucoup et cause de confusion. Nous devons tous réfléchir à cet aspect du problème débattu, quelle que soit d'ailleurs notre attitude sur le fond. Il me semble que nous aurions tous intérêt à ce que la décision à prendre par le peuple le soit en toute clarté, sans aucune équivoque, sans complication inutile. Ce sera déjà assez difficile pour beaucoup de votants de s'y retrouver dans le flot de propagande pour les points de vue opposés. Si l'on renonce à la clarté, on pourrait toujours, une fois de plus, après une votation, s'étonner de la baisse du taux de la participation aux consultations populaires. J'espère, quant à moi, que ce Conseil se prononcera pour que la clarté, la logique n'aient pas à souffrir et que l'initiative soit présentée en votation populaire avant le projet de loi.

Certes, en tant que partisan convaincu de l'initiative – que j'ai soutenue dès le début – mes illusions sont assez minces; mais je placerai, en cette affaire, la clarté avant tout. On l'a dit: la solution des délais ne satisfait pas à la décriminalisation de l'avortement. Mais elle me paraît satisfaisante – et je l'ai soutenue – puisqu'une femme peut avorter d'un enfant qu'elle ne désirerait pas étant donné que, généralement, elle prend sa décision durant les premières semaines de la grossesse. Pour les cas des plus graves, après douze semaines (grave détresse de la mère, malformation de l'enfant), il faudrait que l'avortement puisse être obtenu; il devrait pouvoir l'être.

Il est à la mode, aujourd'hui, d'insister sur le droit à la vie en cette époque où partout se préparent les prochains massacres guerriers, avec des moyens jamais égalés. Permettez-moi de remarquer, à cet égard, que notre constitution ne contient aucun droit à la vie explicitement formulé. Il est possible toutefois de penser, sans risque de se tromper, que ce droit fait partie de façon implicite des droits fondamentaux. Il est fort intéressant de relire, à la page 788 du message, l'arrêté rendu par la Cour constitutionnelle d'Autriche qui dit, je ne cite qu'une phrase: «Les dispositions attaquées du code pénal ne constituent pas une atteinte de l'Etat contre la vie; elles prévoient seulement, lorsqu'une interruption de grossesse est pratiquée dans certaines conditions, une absence de sanctions pénales.» Et c'est sur cela que je veux insister pour conclure. Nous le savons, les droits constitutionnels figurent dans notre loi de base, en vue d'interdire une ingérence de l'Etat dans la sphère privée de l'individu. Les droits fondamentaux protègent en somme l'individu contre les abus éventuels de l'Etat mais ne protègent pas l'individu contre lui-même.

La solution des délais est moralement satisfaisante puisqu'elle fait dépendre l'avortement du choix de la mère sous contrôle médical. Je pense en ce moment à des cas graves, précis, dont je ne puis parler, et j'insiste: personne en dehors de la mère elle-même, conseillée et suivie par son médecin, n'est mieux à même de juger si un avortement se justifie. Le rapport social proposé dans la loi ne ferait que rendre la situation plus pénible souvent qu'elle ne l'est aujourd'hui. Un avortement, on l'a dit, de toute manière, est une épreuve pénible pour la femme. Il doit donc se faire de façon correcte et avec le minimum de formalités qui sont souvent ressenties par la femme comme vexatoires. Je n'insiste pas. Celui qui vous parle ainsi peut le faire pour avoir eu, en prison, comme compagnon de captivité, ce qu'on appelle un «faiseur d'anges» (Engelmacher) qui m'a pris à ce moment-là pour son confesseur. C'est pourquoi, pensant à cela, à ces problèmes terribles, dramatiques, qu'il ne faut pas écarter dans ce débat, je vous prie d'appuyer la solution des délais.

Frau Lang, Berichterstatterin der Mehrheit: Wie zu erwarten war, sind die Meinungen offensichtlich gemacht, und

wie zu erwarten war, hat auch diese Debatte keine neuen Gesichtspunkte ergeben.

Wir haben in der Kommission lange Hearings durchgeführt mit Fachleuten von hüten und drüben, aus allen einschlägigen Berufssparten. Aber auch jedem Ratsmitglied wie jedem Interessierten im Volke war es möglich, sich informieren zu lassen. Ich bedaure deshalb nicht wie Frau Thalman, dass die Diskussion nicht wieder von vorne aufgerollt werden konnte.

Herrn Oehen möchte ich folgendes entgegenhalten: Es ist ganz klar, dass wir Krankenschwestern und Aerzte nicht zwingen, Tausende oder Zehntausende von Schwangerschaftsunterbrechungen vorzunehmen. Schwangerschaftsunterbrechungen werden aber heute schon ausgeführt. Was wir wollen, ist, dass man Schwangerschaftsunterbrechungen nicht in der Illegalität tun muss. Aerzte und Krankenschwestern, die aus eigener Ueberzeugung bei einem Schwangerschaftsabbruch keine Hilfe leisten können, steht es zu, diese Hilfeleistung zu verweigern. Ich bin überzeugt, dass es genügend Aerzte und Krankenschwestern gibt, die sich für eine Mithilfe bereit erklären können.

Zum Votum von Herrn Zwygart ist zu sagen, dass die Situation nicht verbessert wird, wenn man jetzt wiederum Zitate bringt, wonach nur degenerierte Frauen der Fristenlösung zustimmen könnten. Es sind nicht degenerierte Frauen, die für eine Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs eintreten, sondern Frauen, die Verantwortung zeigen und Verantwortung tragen wollen. Es geht nicht nur um aussereheliche Mütter, es gibt auch sehr viele verheiratete Frauen, die mit einem Schwangerschaftsabbruch konfrontiert werden, beispielsweise Frauen in vorgerücktem Alter, Frauen, die schon mehrere Kinder haben, Frauen, die in Eheschwierigkeiten stecken und die ein Kind erwarten, dessen Zukunft ausserordentlich unsicher wäre.

Wer ja zur Fristenlösung sagt, übernimmt Verantwortung, und wer nein sagt, hat mindestens die Verantwortung zu tragen für jene Frauen, die wegen einer Notlage keinen Ausweg mehr aus ihrer Situation sehen und einen Weg beschreiten müssten, der sie vor dem Gesetz schuldig werden liesse.

Ich bin der Meinung, dass jedermann seine Ansicht vertreten darf. Ich begreife auch, dass, wer den Schwangerschaftsabbruch verneint, alles tut, um eine Liberalisierung der Gesetzgebung zu verhindern. Wir müssen uns aber in diesem Zusammenhang an die demokratischen Formen unseres Staates halten. Es ist eine Volksinitiative eingereicht worden, über die das Volk zu entscheiden hat. Ich glaube nicht, dass in unserem Volk eine absolut negative Haltung zum vorliegenden Problem besteht, wie dies von verschiedenen Votanten behauptet wurde. Deshalb bitte ich Sie nochmals, dem Antrag der Kommissionmehrheit zuzustimmen.

M. Gautier, rapporteur de la majorité: Au début de cette discussion, j'ai souhaité un débat qui ne soit pas trop long, je vais tâcher de participer à cette brièveté. Je suis d'accord avec M. Hofmann qui a dit, je crois, tout à l'heure qu'il était difficile d'être bref dans un domaine aussi important et j'aurais surtout dû me rappeler que, dans les années 1930-1940, le débat sur le code pénal fédéral avait duré sept ans, en grande partie à cause des articles sur l'avortement. Nous n'en sommes pas encore là heureusement!

Je voudrais remercier tous ceux qui se sont exprimés d'avoir, en général, gardé un assez haut niveau dans le débat et dire à M. Kaufmann, comme rapporteur de la minorité, que je le remercie d'avoir dit que les tenants de la majorité de la commission étaient favorables à la défense de la vie. C'est vrai, nous ne sommes pas des partisans de l'avortement. Mais là où je ne suis plus M. Kaufmann, c'est lorsqu'il dit que ceux qui ont lancé l'initiative étaient favorables à cet avortement. Je ne le crois pas, je ne crois

pas que ceux qui ont lancé l'initiative pour les délais recommandent celui-ci, ils veulent le rendre éventuellement possible dans certains cas, mais ils ne lui sont pas favorables sinon ils n'auraient jamais obtenu mon appui.

Du reste à ce propos, je crois que c'est M. de Chastonay qui a dit qu'il y avait une campagne pour l'avortement, qu'il y avait une campagne contre la famille et contre l'enfant. Non! Il n'y a pas de campagne de ce genre. Je donne satisfaction à M. de Chastonay: il n'a pas dit que moi ou que les membres de la majorité étions contre la famille et l'enfant, mais bien que de telles campagnes existaient. Je ne crois pas que ce soit le cas en général et je voudrais quand même bien préciser que le pédiatre que je suis ne saurait participer à de telles croisades.

Nous avons reçu il y a quelque temps – j'ai en tout cas reçu – de la part d'une association qui s'appelle *Pro mundi vita*, un papier rappelant une parole parfaitement juste d'un haut dignitaire ecclésiastique qui disait – je traduis comme je peux: «Celui qui a la mort d'un enfant sur la conscience, celui-là voyagera toute sa vie avec l'ombre de la mort à son côté, le sang de cet enfant lui collera aux mains.» Je crois que tout le fond du débat est là. D'abord on parle d'un enfant et non pas d'un fœtus, je pense qu'il y a une différence. Je crois que l'avortement est une chose épouvantable. M. Forel l'a dit tout à l'heure, les médecins honnêtes ne l'acceptent jamais de gaieté de cœur et ces derniers restent quand même la majorité du corps médical suisse. Alors, est-ce qu'ils auront du sang sur les mains pour toute leur vie? Eh bien peut-être! Mais il est des circonstances où il faut avoir le courage d'endosser la responsabilité d'avoir du sang sur les mains, si celui-ci peut aider à protéger la vie d'une femme, pas seulement la vie au sens matériel du terme, mais la dignité de la vie d'une femme, la dignité d'une famille, les conditions de vie d'un groupe social. Dans certains de ces cas, à mon avis, il faut avoir le courage d'accepter de se salir les mains. Ce serait évidemment beaucoup plus facile, mais aussi trop simple de dire, comme Ponce Pilate: «Je m'en lave les mains!»

Je voudrais faire encore quelques remarques sur certaines réflexions qui ont été faites. Sur le texte de l'initiative en particulier, je crois vraiment que l'on peut corriger les défauts que l'on a signalés; je l'ai dit tout à l'heure, je n'insiste pas. Le délai de réflexion: croit-on vraiment qu'une femme ira demander un avortement sans y réfléchir? Quelqu'un – je ne me souviens pas qui – a fait une comparaison avec l'ablation des amygdales. Mais même avant d'enlever des amygdales, sinon le patient du moins le médecin réfléchit avant de le faire. Le cas est beaucoup moins grave, mais je ne vois pas un médecin se livrant même à une opération de ce genre sans avoir conseillé le patient et sans avoir réfléchi lui-même.

Le tourisme, dont on a reparlé. Comme habitant et comme représentant du canton de Genève, je connais quelque peu le problème. Mon canton, l'Hôpital de Genève, ont beaucoup souffert de ce tourisme abortif mais ce dernier a pratiquement disparu depuis que, grâce à Mme Simone Veil, la France a modifié sa loi sur les conditions de l'interruption de grossesse.

Puisque j'évoque le nom de Mme Veil, je voudrais dire ici que j'ai eu l'occasion, il y a quelques semaines, de m'entretenir avec elle et que je lui ai demandé si elle avait un conseil à nous donner dans ce domaine. Très justement Mme Veil m'a dit: «C'est un problème de chaque pays, de chaque région, dont la solution ne peut être étendue d'un pays à l'autre.» Je pense qu'elle a parfaitement raison, mais elle a ajouté: «Je peux dire une chose, c'est que l'introduction de la solution des délais n'a pas changé les mœurs. L'avortement n'est pas entré dans les mœurs en France, ou pas davantage qu'il ne l'était avant la solution des délais.» Je crois que cela est important aussi.

On pourrait dire encore beaucoup de choses mais je voudrais en venir à ma conclusion. Il sera pratiquement impossible que nous trouvions une solution législative dans

ce Parlement. Je pense que les positions sont tellement tranchées entre la majorité du Conseil des Etats et la minorité de notre Conseil, d'une part, et la majorité de notre Conseil de l'autre, qu'il me paraît presque impossible que nous arrivions un jour à une solution législative satisfaisante. C'est aussi pour cela que je crois que l'initiative a été une chose heureuse. Elle donnera l'occasion au peuple suisse de se prononcer et une fois que nous connaissons l'opinion non seulement de l'ensemble de la population mais encore la répartition géographique des partisans et des adversaires de la solution des délais, il sera peut-être alors possible pour nous, législateurs, même si l'initiative a été refusée, de trouver une solution. Quelle sera-t-elle? Je ne peux pas le dire. Peut-être devons-nous en revenir, et peut-être ne serait-ce pas la pire des choses, à la solution fédéraliste que préconisait M. Bonnard.

En terminant, je voudrais continuer à vous recommander de voter la proposition de la majorité de la commission et de recommander au peuple et aux cantons l'acceptation de cette initiative.

Kaufmann, Berichterstatter der Minderheit I: Nur einige ganz kurze Bemerkungen. Es geht nicht so sehr und nicht einmal in erster Linie darum, ob mit der Fristenlösung die heimlichen Abtreibungen reduziert werden. Ich habe das gesagt und möchte das nochmals festhalten: Entscheidend ist, ob die Gesamtzahl der Abtreibungen, die wir alle an sich als höchst unerfreulich bezeichnet haben, mit der Fristenlösung reduziert werden. Ich habe gesagt: Wir hätten bei einer Fristenlösung mit einer Zunahme zu rechnen, und man hat mir auch heute mit Recht in dieser Frage nicht widersprochen. Ich glaube, das gilt es mitzuberücksichtigen, wenn Sie in einer halben Stunde den Entscheid fällen.

Dann ein Wort zu Frau Füeg. Wir haben tatsächlich zwei Gutachten. Der Bundesrat hat ein Gutachten eingeholt und auch unsere Kommission, und zwar zur Frage, ob die Beratung und die Ueberlegungsfrist zwingend, d. h. unter Strafantrohung vorgeschrieben werden können. Die beiden Gutachten stimmen überein und sagen: Das kann man nicht mehr bei diesem Verfassungstext. Und was nun noch dazu kommt: Die Initianten wollen ja diese Voraussetzungen gar nicht! Herr Gautier hat uns das in der Kommission gesagt. Er hat sich persönlich noch dafür eingesetzt, dass man wenigstens die Ueberlegungsfrist in den Verfassungstext hineingenommen hätte. Die Initianten aber haben dies *expressis verbis* nicht gewollt. Hier besteht eine Brücke zu Herrn Allgöwer. Er macht einen Gedankenfehler. Natürlich bin ich gegen die Fristenlösung, aber ich habe damit sicherlich nicht das Recht verwirkt, mich gegen eine ausgesprochen schlechte und extreme Fristenlösung zur Wehr zu setzen. Ich habe seinerzeit auch mitgearbeitet – er weiss es, er war in der Kommission – an der Verfeinerung der Fristenlösung.

Noch ein kurzes Wort zu Herrn Forel. Ich bin mit der Meinung von Herrn Forel in weiten Teilen einverstanden. Ich frage mich nur, ob er mit seiner anständigen medizinischen Gesinnung nicht Platz hätte auch im Indikationsbereich. Ich frage mich, warum er, bei seiner Gesinnung, eine Fristenlösung notwendig hat?

Bundesrat **Brugger**: Ich möchte eigentlich vorerst ausrufen: Gäbe es doch eine Fristenlösung wenigstens für unsere endlosen Debatten in dieser Frage! Mein menschliches Mitgefühl und meine Sympathie Ihnen gegenüber verbieten es mir, nun auch noch eine lange Rede zu halten, weil wirklich nichts mehr zu sagen ist, und das, was zu sagen war, mehrmals repetiert wurde. Ich möchte auch meine Kraft nicht in dieser Debatte unnütz verbrauchen, sondern glaube, dass es richtig ist, sie dort einzusetzen, wo es mir sinnvoller scheint – nämlich beim Gesetz, das wir auch noch unterwegs haben, und das nächste Woche vom Ständerat behandelt wird und voraussichtlich im Frühjahr oder im Juni von Ihnen.

Meine Kürze soll aber nicht heissen, dass ich das ganze Problem bagatellisieren möchte. Ich habe zu verschiedenen Malen erklärt, dass die heutige Lage aus rechtlichen, staatsrechtlichen, sozialen und menschlichen Gründen als schlecht, als fast unerträglich zu bezeichnen ist und dass es eigentlich des Schweisses der Edlen wert wäre, hier etwas vorwärts zu kommen und endlich etwas Besseres zu produzieren. Es stellt sich für den interessierten Staatsbürger auch die Frage, ob unsere Demokratie wirklich in der Lage ist, in einem so schwierigen Problem positive Antworten geben zu können.

Nun hat sich ein kleiner Neben-Kriegsschauplatz entwickelt – man eröffnet immer dann, Herr Kommissionsprecher, Neben-Kriegsschauplätze, wenn an der Hauptfront etwas nicht mehr so ganz stimmt –, zur Frage nämlich, ob diese neue Initiative besser, gleichwertig oder schlechter sei als das Fristenlösungsmodell, das in sorgfältiger Arbeit von Ihrer Kommission ausgearbeitet worden und mit gewissen Kautelen versehen worden ist, die man – auch wenn man die ausländischen Beispiele vergleicht – als weise bezeichnen darf. An sich handelt es sich eher um einen Streit um des Kaisers Bart, denn die Trennungslinien gehen nicht zwischen einer Fristenlösung A oder B hindurch, sondern zwischen der Fristenlösung auf der einen Seite und der Indikationenlösung auf der anderen. Es ist vielleicht ein Streit der Juristen, was noch in diesen Initiativtext hineininterpretiert werden kann. Verschiedene Meinungen werden dazu produziert. Im Umgang mit Juristen – das ist mir nun einmal beschieden – tritt dieser Fall nicht so selten ein. Für das, was an Beratung, an Aufklärung, an Schutz der Schwangeren, an Familienschutz zu tun ist, haben wir die Grundlagen in der Verfassung. Sie haben mir die konkrete Frage gestellt, welche Grundlagen vorhanden wären: Es sind die Artikel 34bis, 34quater, 34quinqües sowie Artikel 64; diese verfassungsmässigen Grundlagen dienen auch unserem Gesetz. Aber es geht nicht um die Frage, ob wir das einrichten können und wollen oder nicht, sondern um eine ganz andere Frage, nämlich: Was geschieht, wenn die Voraussetzungen, die Sie ins nationalrätliche Fristenlösungsmodell hineinkonzipiert haben, nicht erfüllt sind? Wird dann die oder der Betroffene (wenn es ein Arzt ist) straffällig im Sinne des Strafgesetzbuches oder wird er es nicht? Im Hinblick auf die Frage der Straffälligkeit wird man den Initiativtext nicht einfach ausweiten und Interpretieren können. Der Initiativtext ist an sich deutsch und deutlich; er sagt: «Der Abbruch der Schwangerschaft ist straflos, wenn er durch einen zur Ausübung des Berufes zugelassenen Arzt innert zwölf Wochen nach Beginn der letzten Periode und mit schriftlicher Zustimmung der Schwangeren ausgeführt wird.» Das ist deutsch und deutlich! Wenn in einem Verfassungstext die Voraussetzungen der Strafflosigkeit so klar definiert werden, kann man nachher diese Voraussetzungen nicht beliebig vermehren. Um dies zu sehen, scheint mir, braucht es nicht unbedingt hochqualifizierte Juristen.

Schliesslich kann man sich auch noch fragen: Wie interpretieren die Initianten selber ihren Artikel? Wären sie einverstanden mit einer Ausweitung dieser Voraussetzungen? Da habe ich nun immerhin ein Blatt der «Schweizerischen Vereinigung für straflosen Schwangerschaftsabbruch», aus deren Reihen sich das Initiativkomitee rekrutiert, vor mir. Darin heisst es unter «Kommentar zur Initiative»: «Der erste Abschnitt zählt die Bedingungen abschliessend auf – dabei ist das Wort «abschliessend» noch unterstrichen –, «d. h., es ist nicht möglich, durch Ausführungsgesetz weitere Bedingungen hinzuzufügen.» Weiter unten – das ist vor allem interessant – wird sodann gesagt: «Eine Beratung» – das ist wohl die unverdächtigste Voraussetzung, möchte ich sagen – «ist nicht zwingend vorgeschrieben, weil sonst das Verfahren unverhältnismässig kompliziert würde.» Wenn man aber nicht einmal eine Beratung als unabdingbare Voraussetzung für den Schwangerschaftsabbruch gelten lassen will, wie wollen Sie dann die weitergehenden Bedingungen, die Ihre Kommission nach meiner Meinung sehr weise in den Text auf-

genommen hat, noch subsumieren? Das geht nun wirklich nicht! – Aber wie gesagt, das ist ein Neben-Kriegsschauplatz, der für unseren Entscheid nicht von grosser Bedeutung sein kann.

Sie wissen: Der Bundesrat nimmt die gleiche Haltung ein wie die Minderheit I Ihrer Vorberatenden Kommission, die Ihnen Zustimmung zum Beschluss des Ständerates beantragt, also ablehnende Empfehlung. Ich muss die Gründe des Bundesrates nicht wieder aufzählen. Es ist die konsequente Fortführung einer Haltung, die er in dieser Frage seit Jahren eingenommen hat. Die Ueberlegungen, die ihn seinerzeit zur Ablehnung der Fristenlösung geführt haben, haben auch gegenüber der neuen Initiative unverändert Gültigkeit. Sie sind in der Botschaft zur zweiten Initiative in geraffter Form wiedergegeben. Einen Satz kann ich hier wiederholen: Der Bundesrat glaubt, dass hier eine Rechtsgüterabwägung notwendig sei und dass nur dann, wenn in dieser Rechtsgüterabwägung das werdende Leben einem Rechtsgut von annähernd gleicher fundamentaler Bedeutung gegenübergestellt werden kann, Ausnahmen zulässig sein sollten. Das führt automatisch zur Indikationenlösung, mit der Fälle menschlicher Auswegslosigkeit im Rahmen des Möglichen geöst werden sollen. Diese Haltung des Bundesrates entspricht übrigens auch dem letzten Entscheid Ihres Rates. Sie haben mit Ihrem letzten Entscheid der erweiterten Indikationenlösung des Bundesrates, die in einigen Bestimmungen durch Ihre Kommission in guter Art und Weise modifiziert worden ist, zugestimmt.

Nun zur Frage der Abgabe einer Empfehlung an die Stimmberechtigten; um diese Frage geht es heute. Man kann sich natürlich grundsätzlich fragen, welche Auswirkungen diese Empfehlungen haben, die das Parlament und der Bundesrat jeweils für die Abstimmungen herausgeben. Darüber weiss man sehr wenig. Aber auf jeden Fall weiss man, dass unsere Empfehlungen nicht immer befolgt werden! Vor allem bei dieser Frage, wo es sich um das Weltbild, um konfessionelle, weltanschauliche, um Gewissensfragen handelt, wird eine solche Empfehlung sowieso von sehr relativem Wert sein.

Es wird nun von der Minderheit II auch vorgeschlagen, man könnte auf die Abgabe einer Empfehlung verzichten. Das ist eine Frage, die Sie selber entscheiden müssen; da hat Ihnen der Bundesrat keine Ratschläge zu erteilen. Sie müssen sich selber überlegen, ob ein derartiger Verzicht auf eine Stellungnahme politisch klug sei, ob man sich das politisch leisten könne. Er könnte wohl positiv ausgelegt werden in dem Sinne, dass das Parlament bei diesem ausserordentlichen Problem bewusst keinen Meinungsdruck auf den Stimmberechtigten ausüben wolle, mit der Begründung, es gehe hier um eine grundsätzliche Frage, die sich an das Gewissen jedes einzelnen richte, weshalb hier dem Souverän der Vortritt gehöre. Sie haben in der Diskussion von heute morgen aber auch kritische Stimmen gehört, die sicher auch im Volk und in der Presse zu vernehmen sein werden und die beanstanden, dass sich die eidgenössischen Räte in einem so bedeutsamen Problem zu einer klaren Haltung gegenüber dem Volk durchringen sollten. Man wird vielleicht den Vorwurf erheben, die Räte seien den Weg des geringsten Widerstandes gegangen. Aber wie gesagt, es ist an Ihnen, hier zu entscheiden. Der Bundesrat hätte auch Verständnis, wenn Sie keine Empfehlung abgäben. Sein Antrag lautet aber auf Verwerfung.

Dieser Verzicht auf eine Verwerfung könnte übrigens noch aus anderen Gründen eintreten, nämlich dann, wenn zwischen dem Nationalrat und dem Ständerat in dieser Frage der Empfehlung oder Nichtempfehlung keine Einigung zustande käme. Dann müsste nach dem Geschäftsverkehrsgesetz das Differenzbereinungsverfahren durchgeführt werden. Wenn dieses Differenzbereinungsverfahren innert der für die Behandlung von Volksinitiativen gesetzten Frist nicht zu einer Einigung führen würde, dann stünden wir vor dem gleichen Resultat; dann käme es eben mangels Einigung zwischen den beiden Räten zu keiner Empfehlung.

Noch ein letzter Punkt: Ich glaube, wir müssen den Initianten dafür dankbar sein, dass sie uns den Weg öffnen zu einer Volksabstimmung, und zwar in der Form einer Initiative, die nun wirklich nicht mehr die Mängel aufweist, die der ersten Initiative anhafteten. Wir alle haben ein Interesse an einem Volksentscheid in dieser Frage. Zwar jagen sich die Meinungsumfragen; aber die Resultate, die uns da präsentiert werden, zeigen zum Teil recht widersprüchliche Ergebnisse. Im Grunde genommen wissen wir nicht, was der einzelne in unserem Volke eigentlich zu dieser Frage denkt, dann, wenn er unbeobachtet im stillen Kämmerlein seinen Stimmzettel ausfüllen darf. Ich glaube, auch für unsere Arbeit wäre es ausserordentlich wertvoll, hier einmal etwas klarer zu sehen; denn im Grunde genommen – ich glaube, diese Feststellung darf man anbringen – geht ja diese Meinungsvielfalt, bzw. die Zerteilung der Meinungen, mitten durch die Parteien und teilweise durch die Konfessionen hindurch, sie macht vor der parteipolitischen Struktur nicht halt.

Ein Zweites sollte uns diese Volksabstimmung geben, nämlich Antwort auf die Behauptung, dass in dieser Frage die Auffassungen in der Suisse romande gegenüber jener in der Suisse alémanique fundamental verschieden seien, dass allgemein zwischen den einzelnen Kantonen gewaltige Unterschiede bestünden. Ich weiss auch nicht, ob diese Behauptung stimmt, aber sie taucht immer wieder auf. Sie wird vor allem von jenen Leuten vorgetragen, die glauben, nur eine föderalistische Lösung könne dieser regional geprägten Meinungsvielfalt irgendwie Rechnung tragen. Sollte diese Behauptung stimmen – damit antworte ich auch dem Kommissionsreferenten welscher Zunge –, sollten also die Unterschiede regional tatsächlich so ausgeprägt sein, dann müsste wohl als *ultima ratio* noch einmal die Möglichkeit einer föderalistischen Lösung diskutiert werden.

Die letzte Frage wurde von Herrn Nationalrat Villard aufgegriffen, nämlich jene betreffend das Abstimmungsprozedere. Er hat Angst vor einer gleichzeitigen Abstimmung über Initiative und Gesetz. Das ist eine rein theoretische Annahme; denn diese beiden Dinge liegen nicht auf der gleichen Ebene, das eine ist auf der Verfassungs-, das andere auf Gesetzesebene. Damit ein Gesetz zur Abstimmung kommen kann, müsste vorerst einmal das Referendum gegen das Gesetz zustandekommen, so dass schon dadurch wahrscheinlich ein zeitlicher Abstand entstehen würde. Dieses Gesetz ist nicht ein eigentlicher Gegenvorschlag im strengen Sinne, sondern ein indirekter Gegenvorschlag. Bei der Behandlung im Ständerat ist aber einhellig die Meinung vertreten worden – und sie deckt sich mit der Meinung des Bundesrates –, dass wir das Gesetz so rasch als möglich – neben der Initiative – weiter beraten sollten, so dass in der Abstimmungskampagne über die Initiative dem Volke klar und deutlich gesagt werden könne, welches die Alternative wäre, die im Parlament ausgearbeitet worden ist (eben auf der Gesetzesstufe).

Das ist der Grund, weshalb der Ständerat so rasch arbeitete und nächste Woche das Gesetz im Differenzbereinigungsverfahren behandeln wird. Ich hoffe, dass Sie das im März werden tun können.

Ich glaube, es ist aus staatspolitischen Gründen ausserordentlich wertvoll, wenn Klarheit darüber herrscht, welche Alternative besteht. Ob das möglich sein wird, ob wir in diesem Differenzbereinigungsverfahren tatsächlich zu einer Einigung kommen, zu einem Resultat, weiss ich nicht; ich bin heute eher pessimistisch, ich bin eher skeptisch, weil sich hier ein «Schützengrabenkrieg» vollzieht, für den mir jedes Verständnis abgeht. Das muss ich ganz offen gestehen. Ich wäre ausserordentlich froh, wenn jene, die sich heute so engagiert hinter den Antrag des Bundesrates auf Ablehnung der Initiative stellen, im zweiten Treff soviel Aufgeschlossenheit, Toleranz und Flexibilität aufbringen könnten, dass wir wenigstens auf der Gesetzesebene etwas retten und etwas tun können, was die heutige unerträgliche Situation auf dem Gebiete des Schwanger-

schaftsabbruches verbessern würde. In diesem Sinne richte ich schon jetzt einen Appell an Sie alle.

Titel und Ingress, Art. 1 – Titre et préambule, art. 1

Angenommen – Adopté

Art. 2

Frau Ribi, Berichterstatterin der Minderheit II: Ich mache es ganz kurz. Das verspreche ich Ihnen. Die Minderheit II stellt Ihnen den Antrag, es möchte die Initiative ohne Empfehlung zur Annahme oder zur Verwerfung vorgelegt, der Artikel 2 also gestrichen werden. Mehrheitsentscheide haben nichts zu tun mit einem Gewissensentscheid, und einen solchen erwarten wir vom Stimmbürger. Er soll sich also frei fühlen können. Wir können ihm wohl die Argumente für und wider die Sache eingehend darlegen, und das wird auch im Vorfeld der Abstimmung unsere Pflicht sein.

Ich hoffe allerdings um der Sache und schliesslich auch um der betroffenen Frauen willen, dass vor der Volksabstimmung von einer derart massiven und aggressiven Beeinflussung, wie wir sie nun ständig erlebt haben, Umgang genommen werde. Was wir an Bildmaterial von Komitees gegen die Fristenlösung vorgesetzt bekommen, ist, gelinde gesagt, eine unbarmherzige und alle Toleranz entbehrende Haltung Andersdenkenden gegenüber. Sie ist geradezu verwerflich all jenen Abertausenden Frauen gegenüber, die in ihrer Not legal einen Abbruch vornehmen lassen mussten.

Ich denke nicht, dass man in einer solch delikaten Sache davon ausgehen darf, dass der Zweck die Mittel heilige. Wenn wir dem Stimmbürger gegenüber auf einen Antrag zur Annahme oder Verwerfung verzichten, so üben wir damit Toleranz. Nachdem wir nun hier unsere Stimme für Annahme oder Verwerfung im Rat abgeben, kann uns niemand vorwerfen, wir würden uns vor der persönlichen Stellungnahme drücken und hätten keinen Mut für ein Ja oder ein Nein. Ich glaube, der Stimmbürger erwartet, dass wir ihn in dieser Frage nicht ans Gängelband des parlamentarischen Mehrheitsentscheides nehmen wollen, wie dieser auch ausfallen möge, also für oder gegen die Fristenlösung, sondern ihn mit dem Verzicht auf den Antrag in seiner Stimmabgabe unbeeinflusst lassen.

Ich ersuche Sie, dem Antrag der Minderheit II zuzustimmen.

Präsident: Es liegen vor: der Antrag der Mehrheit der Kommission, Volk und Ständen die Annahme, d. h. ein Ja zur Volksinitiative, zu empfehlen.

Die Minderheit I empfiehlt Verwerfung, d. h. ein Nein zur Volksinitiative zu empfehlen.

Und die Minderheit II will den Artikel 2 streichen und auf eine Empfehlung verzichten.

Abstimmung – Vote

Eventuell – Eventuellement:

Für den Antrag der Mehrheit	73 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit I	95 Stimmen

Definitiv – Définitivement:

Für den Antrag der Minderheit I	77 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit II	91 Stimmen

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussesentwurfes	101 Stimmen
Dagegen	24 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

Schluss der Sitzung um 12.40 Uhr

La séance est levée à 12 h 40

Schwangerschaftsabbruch (Fristenlösung). Volksbegehren

Avortement (solution du délai). Initiative populaire

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1976
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	09
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	76.050
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	09.12.1976 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1505-1513
Page	
Pagina	
Ref. No	20 005 284

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Die Schweiz war von Anfang an Mitglied des 1925 abgeschlossenen Haager Abkommens über die internationale Hinterlegung gewerblicher Muster und Modelle. Der Zweck dieses Abkommens liegt darin, aufgrund einer einzigen Hinterlegung den Schutz gewerblicher Muster und Modelle in allen Mitgliedstaaten zu ermöglichen. Das Abkommen ist 1934 und 1960 revidiert worden. Die Fassung von 1960 ist indessen bisher nicht in Kraft getreten, weil sie noch nicht von einer genügenden Anzahl von Staaten ratifiziert worden ist.

Die Beneluxstaaten besitzen ein gemeinsames Büro für die Hinterlegung von Mustern und Modellen. Ein solches regionales Büro ist zwar mit der Fassung von 1960, nicht aber mit derjenigen von 1934 vereinbar. Da die Fassung von 1960 aber – wie erwähnt – bisher keine Rechtskraft erlangt hat, schieden Belgien und die Niederlande auf den 1. Januar 1975 aus dem Haager Verband aus; für Luxemburg ist ein Beitritt bei der heutigen Rechtslage ausgeschlossen.

Das Ziel des vorliegenden Genfer Protokolls liegt nun darin, durch eine parallele Anwendung der Fassungen 1934 und 1960 Belgien und den Niederlanden den Wiederbeitritt, Luxemburg den Neubeitritt zu ermöglichen.

Die Schweiz ist an der territorialen Ausweitung des Haager Verbandes in hohem Masse interessiert. Fast die Hälfte aller Hinterlegungen zwischen 1928 und 1975 stammen aus unserem Lande. Die Schweiz hat daher die revidierte Fassung von 1960 seinerzeit ratifiziert.

Der vorgeschlagene Bundesbeschluss unterliegt auch aufgrund der neuen Rechtslage nach der Volksabstimmung vom 13. März 1977 nicht dem Staatsvertragsreferendum gemäss Artikel 89 BV. Insbesondere geht es nicht um den Beitritt zu einer internationalen Organisation; das Genfer Protokoll beinhaltet auch keine multilaterale Rechtsvereinheitlichung, sondern regelt lediglich Verfahrensfragen.

Die Kommission beantragt einstimmig, dem Bundesbeschluss betreffend das Genfer Protokoll zum Haager Abkommen über die internationale Hinterlegung gewerblicher Muster und Modelle zuzustimmen.

Präsident: Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten. Ich danke dem Kommissionspräsidenten, Herrn Friedrich, für den Bericht. Die Kommission beantragt einstimmig, dem Bundesbeschluss betreffend das Genfer Protokoll zum Haager Abkommen über die internationale Hinterlegung gewerblicher Muster und Modelle zuzustimmen.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
Le Conseil passe sans opposition à la discussion des articles

Titel und Ingress

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule

Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Angenommen – Adopté

Einzigster Artikel

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Article unique

Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlusentwurfes 133 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

76.050

Schwangerschaftsabbruch (Fristenlösung). Volksbegehren Avortement (solution du délai). Initiative populaire

Siehe Jahrgang 1976, Seite 1490 — Voir année 1976, page 1490

Beschluss des Ständerates vom 23. März 1977
Décision du Conseil des Etats du 23 mars 1977

Differenzen – Divergences

Art. 2

Antrag der Kommission

Mehrheit

Festhalten

Minderheit

(Kaufmann, Barras, Blunschy, Gehler, Jung, Meier Josi, Nef, Pagani)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 2

Proposition de la commission

Majorité

Maintenir

Minorité

(Kaufmann, Barras, Blunschy, Gehler, Jung, Meier Josi, Nef, Pagani)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Frau Lang, Berichterstatterin der Mehrheit: In der Frage der Empfehlung an Volk und Stände zum Volksbegehren für die Fristenlösung besteht noch immer eine Differenz zwischen den beiden Räten, zu der wir heute Stellung nehmen müssen.

Der Nationalrat hat am 9. Dezember 1976 mit 91 : 77 Stimmen, in der Gesamtabstimmung sogar mit 101 : 24 Stimmen beschlossen, auf eine Empfehlung zur Annahme oder Verwerfung der Initiative zu verzichten.

Am 23. März 1977, bei der Differenzbereinigung im Ständerat, hat nun dieser an seinem ersten Beschluss, Verwerfung des Volksbegehrens zu beantragen, festgehalten. Diesen Beschluss fasste der Ständerat mit 19 : 17 Stimmen. Entgegen der Empfehlung seiner ständerätlichen Kommission, welche mit 7 : 3 Stimmen seinem Rat beantragte, dem Beschluss des Nationalrates auf Streichung von Artikel 2 des Bundesbeschlusses zu folgen, obsiegte der Antrag der Minderheit. Gleichzeitig erklärte der Ständerat seinen Beschluss gemäss Artikel 17 des Geschäftsverkehrsgesetzes als endgültig.

Unsere Kommission hat nun an ihrer gestrigen Sitzung den Beschluss des Ständerates in Erwägung gezogen. Die Mehrheit der Kommission ist immer noch der Ansicht, dass nicht nur bei den eidgenössischen Räten, sondern auch im Volk nach den jahrelangen Diskussionen bei uns und in der Öffentlichkeit die Meinungen gemacht sind.

Die Fronten sind nicht nur bei uns, sondern auch im Volk gleich hart. Deshalb ist die Mehrheit der Kommission der Ansicht, dass wir den Stimmbürgern keine Empfehlung und Vorschrift für die Stellungnahme erteilen und sie entscheiden lassen sollten. Eine Empfehlung bei einem Entschluss, den jeder nach seinem Gewissen fällen muss, ist sowieso etwas illusorisch, ja vielleicht sogar etwas anmassend. Der Verzicht auf die Empfehlung würde zudem beitragen, dass die emotionellen Wogen, die bei der Abstimmung voraussichtlich sehr hoch fluten werden, etwas geglättet werden könnten.

Nach der Definitivklärung des Ständerates ist nun für uns folgendes Vorgehen möglich: Wenn auch wir, wie es Ihnen die Kommission vorschlägt, an unserem Beschluss festhalten, wird eine Einigungskonferenz beider Räte zusammengerufen. Diese würde dann versuchen, eine Einigung betreffend der Empfehlung für die Initiative zustandezubringen. Sollten diese Bemühungen scheitern, dann würde praktisch durchgeführt, was wir mit unserem Beschluss wollen, nämlich die Initiative dem Volk ohne Empfehlung zur Abstimmung zu bringen. Das Verfahren der Einigungskonferenz bringt auch zeitlich keine erhebliche Verzögerung. Wir können eine solche Konferenz, die sich aus den Kommissionen beider Räte zusammensetzt, auf morgen einberufen, und es ist durchaus möglich, dass wir dann spätestens in der ersten Woche der Junisession endgültig entscheiden können.

Aus diesem Grunde schlägt Ihnen die Kommission mehrheitlich vor, an unserem Beschluss festzuhalten und Artikel 2 des Bundesbeschlusses zu streichen.

M. Gautier, rapporteur de la majorité: J'ai dit au mois de mars que j'espérais être venu à cette tribune pour la dernière fois en qualité de rapporteur sur cet objet.

Hélas! J'y reviens une fois de plus. Cela est dû au fait qu'alors que nous pensions que le Conseil des Etats se rallierait à notre décision en ce qui concerne la soumission au peuple de l'initiative dite pour la solution des délais, il n'en fut rien; le Conseil des Etats a maintenu sa décision.

Je vous rappelle les faits. Les auteurs de l'initiative demandent l'introduction de la solution des délais. Dans un premier temps – c'était en septembre 1976 – le Conseil des Etats, à une forte majorité, a proposé que l'on soumette l'initiative au peuple en recommandant de la rejeter. En décembre 1976, notre Conseil a décidé, à une forte majorité aussi, de soumettre l'initiative au peuple, mais sans recommandation. Au mois de mars, contre l'avis de sa commission, le Conseil des Etats s'est tenu à sa première idée, qui consistait à soumettre l'initiative au peuple avec recommandation de rejet, cela à une majorité de deux voix.

Votre commission, qui a siégé hier, vous propose d'en rester à votre décision de soumettre cette initiative au peuple sans recommandation. Elle a pris cette décision par 13 voix contre 8.

Le Conseil des Etats ayant déclaré que sa décision était définitive, le maintien de votre décision antérieure déclenchera la réunion d'une commission de conciliation. Cela ne représentera pas une grande perte de temps puisque cette commission de conciliation peut se réunir dès demain et que, si elle arrive à une solution de compromis – encore que je ne voie pas très bien laquelle – notre Conseil pourrait définitivement trancher très probablement au cours de la première semaine de la session de juin. Il n'y aura donc pas de retard.

C'est pourquoi, en plus de toutes les raisons de fond sur lesquelles je ne veux plus revenir, votre commission vous recommande se maintenir votre décision du mois de décembre.

Un dernier mot. J'attire votre attention sur le fait que le texte rectifié qui vous a été distribué est encore plus faux que le texte non rectifié! En effet, dans le texte français, le mot «Minderheit» a été traduit par «majorité». La majorité, elle, vous invite à en rester à votre décision. C'est une

minorité de la commission, conduite par M. Kaufmann, qui vous propose de céder au Conseil des Etats.

Kaufmann, Berichterstatter der Minderheit: Die Minderheit beantragt Ihnen erneut Zustimmung zum Ständerat, d. h. in diesem Falle, dem Volk die Verwerfung der Fristenlösungsinitiative zu empfehlen. Die sachlichen Argumente der Minderheit für die Nein-Empfehlung kennen Sie. Heute kommt noch ein neuer Gesichtspunkt hinzu, der für den Standpunkt der Minderheit spricht: Mit einer Zustimmung zum Ständerat erlösen Sie das Parlament vor der unverhältnismässigen Einigungskonferenz und vor weiteren Beschlüssen des Ständerates und des Nationalrates. Ich ersuche Sie um Zustimmung zum Ständerat.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	73 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	50 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

77.017

Militärische Disziplinarbeschwerden. Zuständigkeit

Droit pénal militaire. Recours contre des décisions disciplinaires.

Compétence pour en connaître

Botschaft und Beschlussentwurf vom 2. März 1977 (BBI I, 1129)
Message et projet d'arrêté du 2 mars 1977 (FF I, 1133)

Beschluss des Ständerates vom 16. März 1977
Décision du Conseil des Etats du 16 mars 1977

Herr **Weber-Arbon** legt im Namen der Kommission den folgenden schriftlichen Bericht vor:

1. Der Bundesrat schlägt den eidgenössischen Räten eine Teilrevision der verfahrensrechtlichen Bestimmungen des militärischen Disziplinarrechts im Militärstrafgesetz auf dem Dringlichkeitsweg vor. Der Ständerat, der dieses Geschäft als erster Rat behandelte, hat diesem Vorgehen zugestimmt und die Vorlage mit einer kleinen, mehr redaktionellen Aenderung gutgeheissen. Er pflichtete damit der vom Bundesrat vertretenen Auffassung bei, dass eine Anpassung dieser Vorschriften an die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) nicht nur notwendig, sondern auch dringlich sei. Die Wünschbarkeit, ja Notwendigkeit einer solchen Gesetzesrevision war auch in unserer Kommission nicht bestritten.

2. Am 4. November 1950 wurde in Rom die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten unterzeichnet. Sie führte auf unserem Kontinent erstmals ein System der kollektiven Garantie der Menschenrechte ein und hat insbesondere durch die Europäische Kommission und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte einen internationalen Schutzmechanismus ins Leben gerufen, dessen Aufgabe es ist, dafür zu sorgen, dass die Unterzeichnerstaaten der Konvention die eingegangenen Verpflichtungen beachten. Die Schweiz hat diese Konvention im Herbst 1974 ebenfalls genehmigt.

3. Die Konvention enthält in Artikel 5 unter anderem den Grundsatz, dass einem Menschen die Freiheit nur entzogen werden darf, wenn er nach Verurteilung durch ein zuständiges Gericht in Haft behalten wird. Der Europäische Gerichtshof hat vor einem Jahr entschieden, dass Arrest als militärische Disziplinarstrafe grundsätzlich ebenfalls einen solchen Freiheitsentzug darstelle und infolgedessen

Schwangerschaftsabbruch (Fristenlösung). Volksbegehren

Avortement (solution du délai). Initiative populaire

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1977
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Maisession
Session	Session de mai
Sessione	Sessione di maggio
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	02
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	76.050
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	03.05.1977 - 08:00
Date	
Data	
Seite	497-498
Page	
Pagina	
Ref. No	20 005 688

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

der Ausländerfrage vorantreiben können; wir kommen im Zusammenhang mit dem neuen ANAG zu einer weiteren Beruhigung und – so hoffe ich zuversichtlich – zum besseren Verständnis, zum Abbau der noch bestehenden Spannungen. Aber ich stelle die Frage in den Raum, ob das, was Sie antönen, Herr Alder, bereits reif wäre, ohne erneut wesentliche Unruheherde zu schaffen. Das musste in der Lagebeurteilung des Bundesrates ganz einfach mitbedacht werden.

Ich komme zum Schluss: Aufgrund der geschilderten Rechtslage konnte Ihnen der Bundesrat keine andere Antwort geben, als dass zurzeit die Teilnahme an Abstimmungen in unserem Land durch Ausländer nicht möglich sei. Bei der beträchtlichen Zahl der Ausländer, die jetzt bei uns leben, hätten wir neben den grossen Abstimmungskampagnen, die jetzt schon durchzustehen sind – ich denke an alle Volksabstimmungen in unserem Land, im Bund, in den Kantonen und in den Gemeinden –, auch von ihnen praktisch jeden Monat weitere Abstimmungen mit schwerwichtig ausländischem Charakter zu gewärtigen, die eine starke Beeinflussung unserer gesamten Medien mit zur Folge hätten. Ich sage Ihnen daher folgendes: Der Bundesrat ist gerne bereit, die vom Europarat vorgetragene Empfehlung auch mit Bezug auf unser Land sorgfältig zu prüfen. Er wird zu diesem Zweck auch mit unseren Parlamentariern im Europarat eine Aussprache pflegen; anschliessend kann dieses Problem weiterverfolgt werden. Heute aber kann ich Ihnen keine andere Antwort geben als die erteilte. Die Rechtslage gestattet das von Ihnen Erwünschte zurzeit nicht.

Alder: Ich bin von der Antwort des Bundesrates absolut nicht befriedigt. Ich betrachte sie als einen Schlag in das Gesicht demokratisch denkender Leute; denn wenn sich der Bundesrat auf den Standpunkt stellt, es sei seine freie souveräne Entscheidung, so oder anders zu entscheiden, dann kann er an sich auch die Rechtslage ändern, wenn er will. Ich weiss selbstverständlich auch, dass man sehr vieles mitbedenken muss in diesem Zusammenhang, ich weiss auch um das Problem der Auslandschweizer, das gerade unsere Fraktion sehr beschäftigt hat. Wir waren die Vertreter in diesem Parlament, die damals dafür votiert haben, dass die Auslandschweizer auf dem Korrespondenzweg über unsere Botschaften mitstimmen können. Wenn wir dieses Bundesgesetz ändern können und sollen, warum nicht? Einverstanden bin ich nur damit, dass man diese Fragen zusammen mit den anderen europäischen Staaten regeln soll. Aber man muss sie regeln. Ich behalte mir deshalb vor, hier weitere parlamentarische Vorstösse zu unternehmen, nachdem der Bundesrat die versprochene Aussprache mit der Delegation im Europarat geführt hat.

Präsident: Herr Alder ist von der Antwort des Bundesrates nicht befriedigt.

*Schluss der Sitzung um 13.00 Uhr
La séance est levée à 13 heures*

Vierte Sitzung – Quatrième séance

Donnerstag, 5. Mai 1977, Vormittag

Jeudi 5 mai 1977, matin

8.00 h

Vorsitz – Présidence: Frau Blunschy

76.050

Schwangerschaftsabbruch (Fristenlösung). Volksbegehren (Einigungsantrag) Avortement (solution du délai). Initiative populaire (Proposition de conciliation)

Siehe Seite 497 hiervoor — Voir page 497 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 5. Mai 1977

Décision du Conseil des Etats du 5 mai 1977

Antrag der Einigungskonferenz

Ingress

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, nach Prüfung der am 22. Januar 1976 eingereichten Volksinitiative «für die Fristenlösung», nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 19. Mai 1976, nach Feststellung, dass die beiden Räte sich nicht über eine Abstimmungsempfehlung einigen konnten, beschliesst:

Art. 1

...

Proposition de la Conférence de conciliation

Préambule

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse, vu l'initiative populaire du 22 janvier 1976 «pour la solution du délai»; vu le message du Conseil fédéral du 19 mai 1976; constatant que les deux conseils n'ont pas pu s'entendre sur une recommandation à adresser au peuple et aux cantons, arrête:

Art. 1er

...

Frau Lang, Berichtsteratterin: Die Einigungskonferenz, bestehend aus der Vorberatenden Kommission Schwangerschaftsabbruch des Nationalrates und der auf die gleiche Mitgliederzahl erweiterten Kommission des Ständerates, ist gestern unter dem Vorsitz von Herrn Ständerat Andermatt zusammengetreten. Mit 24 : 15 Stimmen hat sich die Konferenz darauf geeinigt, das Volksbegehren ohne Empfehlung der Räte Volk und Ständen zur Abstimmung vorzulegen. Zudem hat sie mit 24 : 17 Stimmen einen Einigungsvorschlag beschlossen, der im Ingress des Bundesbeschlusses den Verzicht auf eine Abstimmungsempfehlung ausdrücklich erwähnt mit folgendem Wortlaut: «Nach Feststellung, dass die beiden Räte sich nicht über eine Abstimmungsempfehlung einigen konnten». Dieser Antrag wurde Ihnen schriftlich ausgeteilt. Dazu habe ich noch eine Richtigstellung anzubringen: Nachdem wir nun Artikel 2 des Bundesbeschlusses gestrichen haben, besteht der

Beschluss nur noch aus einem Artikel. Es soll also anstelle von Artikel 1 heissen: «Einziger Artikel».

Gestatten Sie mir, dass ich als Präsidentin Ihrer Kommission den Kollegen in unserem Rat und auch im Ständerat, die zu einer Einigung Hand boten, bestens danke. Ein besonderer Dank gebührt auch Herrn Bundesrat Brugger, der mit seiner souveränen Führung und toleranten Haltung weitgehend dazu beigetragen hat, dass eine Einigung möglich war und ein Bundesbeschluss der Räte zustande kam. Ich bitte Sie, den Einigungsvorschlag zum Beschluss zu erheben.

M. Gautier, rapporteur: La Commission de conciliation que nous vous avons annoncée s'est réunie hier après-midi et est arrivée à la solution suivante que je vous recommande, en son nom, d'accepter:

La Commission de conciliation a décidé de se ranger, en ce qui concerne le préavis à donner au peuple, à l'avis de notre Conseil, en biffant l'article 2 de l'arrêté fédéral, c'est-à-dire en soumettant l'initiative au peuple et aux cantons sans recommandation. En contrepartie, la Commission de conciliation vous propose d'introduire, dans le préambule, une phrase dont le texte vous a été distribué et qui explique la raison de l'absence de recommandation en disant: «L'Assemblée fédérale ... constatant que les deux conseils n'ont pas pu s'entendre sur une recommandation à adresser au peuple et aux cantons, arrête ...» et ensuite il faut lire non pas «Article 1er», mais «Article unique»... L'initiative, etc., est soumise au vote du peuple et des cantons.» C'est une solution de compromis; comme toutes les solutions de compromis, elle a un certain nombre d'avantages et un certain nombre d'inconvénients; elle a, avant tout, l'avantage que le peuple aura à voter sur la base d'un arrêté de l'Assemblée fédérale alors que, s'il n'y avait pas eu de conciliation, si elle avait échoué, le peuple aurait dû se prononcer sur la base d'un arrêté du Conseil fédéral; c'eût été la première fois, dans l'histoire du droit parlementaire helvétique, qu'une telle solution se serait imposée. Je pense donc qu'il est préférable que nous acceptions cette solution de compromis.

Präsident: Das Wort hat Herr Bundesrat Brugger. – Er verzichtet.

Die Kommission beantragt Ihnen, dem Antrag der Einigungskonferenz zuzustimmen. Ein anderer Antrag wird nicht gestellt.

Angenommen – Adopté

75.223

**Parlamentarische Initiative (Ziegler-Genf).
Stimmrecht und Wählbarkeit für 18jährige
Initiative parlementaire (Ziegler-Genève).
Droit de vote et d'éligibilité abaissé à 18 ans**

Beschluss des Nationalrates vom 17. Dezember 1975 (Seite 1839)
Bericht der Kommission vom 14. Juni 1976 (BBI II, 1401) an den Nationalrat und den Bundesrat

Stellungnahme des Bundesrates vom 20. Oktober 1976 (BBI III, 1128) zur parlamentarischen Initiative betreffend Stimmrecht und Wählbarkeit für 18jährige

Décision du Conseil national du 17 décembre 1975 (page 1839)
Rapport de la commission au Conseil national et au Conseil fédéral, du 14 juin 1976 (FF II, 1369)

Avis du Conseil fédéral du 20 octobre 1976 (FF III, 1153) sur l'initiative parlementaire concernant l'abaissement à 18 ans de l'âge requis pour l'exercice du droit de vote et d'éligibilité

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Passer à la discussion des articles

M. Paganì, rapporteur: Pour la deuxième fois, je dois rapporter en tant que président de la commission sur le problème de savoir s'il y a lieu d'abaisser à 18 ans l'âge de la majorité civique, c'est-à-dire l'âge pour l'exercice du droit de vote et d'éligibilité.

Il pourrait apparaître étrange que nous soyons appelés à trancher une deuxième fois un problème de principe parce qu'il s'agit d'un problème de fond à propos duquel l'on ne peut que se déclarer favorable ou non. C'est un problème sur lequel nous nous sommes déjà prononcés pendant la session d'hiver 1975.

Cette situation est due à une disposition de notre règlement qui, à l'article 27, 5e alinéa, prévoit que, dans le cas où la commission chargée de l'examen d'une initiative décide de proposer de la classer, elle ne doit présenter au Conseil qu'un rapport sommaire sans demander l'avis du Conseil fédéral. C'est exactement ce qui s'est passé dans le cas présent. Comme vous le savez, la commission que j'ai l'honneur de présider avait conclu ses travaux et décidé, à la faible majorité de 8 voix contre 7, de ne pas donner suite à l'initiative de M. Ziegler. En tant que porte-parole de la commission, j'ai dû vous inviter à rejeter l'initiative Ziegler alors que, personnellement, je l'approuvais puisqu'elle allait dans le même sens que la motion que j'avais déposée visant à abaisser à 18 ans l'âge de la majorité civile. Malgré la proposition de refus de la commission et malgré l'avis du Conseil fédéral, vous avez décidé d'approuver l'initiative. Par votre vote, vous avez donné à votre commission le mandat de préparer un rapport non plus sommaire mais complet allant dans le sens de votre décision, à l'intention du Conseil fédéral et de ce Conseil. Ce rapport vous a été soumis le 14 juin 1976 et il vous invite à confirmer votre vote de la session d'hiver 1975 et à approuver l'initiative de M. Ziegler. Après tout ce qui s'est passé, après les longues discussions que nous avons eues en commission et le débat qui s'est déroulé dans ce Conseil, mais surtout après le vote positif de ce dernier, j'ose espérer qu'il n'ira pas désavouer sa commission. Il lui a d'ailleurs donné un mandat bien précis et il voudra confirmer, par un vote affirmatif, la décision qu'il a prise au mois de décembre 1975.

En ce qui concerne l'avis du Conseil fédéral émis le 20 octobre 1976, la commission n'est pas appelée à se prononcer du fait qu'elle s'est déjà exprimée dans son propre rapport qu'elle maintient.

Schwangerschaftsabbruch (Fristenlösung). Volksbegehren (Einigungsantrag)

Avortement (solution du délai). Initiative populaire (Proposition de conciliation)

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1977
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Maisession
Session	Session de mai
Sessione	Sessione di maggio
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	04
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	76.050
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	05.05.1977 - 08:00
Date	
Data	
Seite	534-535
Page	
Pagina	
Ref. No	20 005 700

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

tive. La Norvège et le Danemark ont fait les mêmes expériences. Leurs offres, pour des affaires compensatoires, furent, dans leur évidente majorité, refusées, après avoir aussi été qualifiées de non compétitives. Ce qui se passe dans les pays évoqués pourrait bien se répéter chez nous.

Aussi, et pour clore, je pose au Conseil fédéral les six questions suivantes: 1. Quel est le montant exact des affaires de compensation conclues jusqu'ici? 2. Quel est le montant des affaires de compensation dont bénéficie directement notre industrie aéronautique? 3. Quelles sont les autres branches de notre industrie qui ont réalisé des affaires de compensation? 4. Comment se présente la répartition des affaires entre les entreprises et les régions du pays? 5. Les petites et moyennes entreprises ont-elles des chances de réaliser des affaires de compensation? Enfin, que compte faire le Conseil fédéral pour que l'accord sur les affaires de compensation soit intégralement respecté?

Bundesrat Gnägi: Herr Nationalrat Riesen hat in seiner Interpellation sechs klare Fragen gestellt. Ich werde sie ebenso klar beantworten.

Frage 1: Höhe des realisierten Kompensationsabkommens. Bis heute wurden für rund 30 Millionen Franken Aufträge für Gegengeschäfte bei Schweizer Firmen vergeben. Trotz grosser Anstrengungen aller beteiligten Stellen, auch der amerikanischen Vertragspartner, entsprechen damit die bis heute getätigten Kompensationsgeschäfte nicht ganz den ursprünglichen Erwartungen. Anderthalb Jahre nach Unterzeichnung der Vereinbarung über die Gegengeschäfte mit den USA, deren Laufzeit acht Jahre beträgt, ist es aber sicher verfrüht, endgültige Schlüsse über den zu erwartenden Erfolg des Abkommens zu ziehen. Aufgrund ihrer Erfahrungen mit ähnlichen Vereinbarungen haben die amerikanischen Vertragspartner stets darauf hingewiesen, dass die ersten bedeutenden Erfolge nicht vor mindestens zwei Jahren nach Unterzeichnung des Abkommens zu erwarten seien, so dass wir hier noch einige Zeit haben.

Die Frage 2 lautet: Wieviel bekam die Flugzeugindustrie? Bis heute wurden für rund 4 Millionen Franken Aufträge an ein halbes Dutzend Firmen der Flugzeugindustrie vergeben. Es handelt sich dabei um Firmen, die auch auf Gebieten ausserhalb des Flugzeugbaues tätig sind.

Zur dritten Frage: Welche anderen Firmen sind beteiligt worden? Die bis heute getätigten Gegengeschäfte verteilen sich zur Hauptsache auf die Industriezweige Werkzeugmaschinen, Dieselmotoren, Lagereinrichtungen, Elektromaterial, Messgeräte und Giessereiprodukte. Insgesamt wurden bis heute Aufträge an rund 80 Firmen erteilt.

Zur Frage 4 nach der regionalen Verteilung der Aufträge: Die Firmen, die bis heute Gegengeschäfte tätigen konnten, verteilen sich auf das ganze Land. Naturgemäss ist der grössere Teil davon in den Industriezentren des Mittellandes ansässig. Es finden sich aber auch Betriebe des Juras, der Innerschweiz und des Tessins dabei, die in diese Gegengeschäfte einbezogen sind.

Zur Frage 5: Welche kleineren Industrien konnten sich beteiligen? Bei den Kompensationsgeschäften sind die wertmässig eher kleineren Aufträge an mittlere und kleinere Betriebe in der Mehrzahl. Der Presse hat entnommen werden können, dass neben den grossen Firmen wie Brown Boveri in Baden, Sulzer in Winterthur und Alusuisse auch Gegengeschäfte für kleinere Betriebe, wie Lista Lienhard in Erlen, Landert Motoren in Bülach, Hämmerle in Zofingen, Hunziker in Kirchleerau, Hermes-Precisa in Genf usw., abgeschlossen werden konnten.

Die letzte Frage nach der Beurteilung: Wir haben heute keine Veranlassung, an der Ernsthaftigkeit der amerikanischen Vertragspartner zu zweifeln, ihren Verpflichtungen aus der Kompensationsvereinbarung nachzukommen. Im übrigen ist in der Vereinbarung vorgesehen, dass zwei Jahre nach der Unterzeichnung, also Mitte dieses Jahres, auf Regierungsebene eine Standortbestimmung vorgenommen wird. Es wird bei dieser Gelegenheit zu prüfen sein,

ob und allenfalls welche zusätzlichen Massnahmen zur Erfüllung der Vereinbarung erforderlich sind. Im gegenwärtigen Moment laufen die Vorbereitungen für diese Demarchen bei der amerikanischen Regierung. Wir werden alle Anstrengungen weiterführen und dieses Abkommen zu realisieren versuchen. Persönlich habe ich einen gedämpften Optimismus, dass wir hier zum Zuge kommen.

Damit habe ich alle sechs Fragen des Interpellanten beantwortet.

M. Riesen: M. le conseiller fédéral vient de nous dire qu'il avait un optimisme tempéré; je lui dirai de même que mon pessimisme peut être légèrement refroidi. Je le remercie pour sa réponse. Je me déclare satisfait de celle-ci. Cependant je souhaiterais que le Conseil fédéral s'efforce d'intervenir, s'il le peut, en faveur de notre industrie aéronautique qui n'a bénéficié que de 4 millions sur 30 millions d'affaires compensatoires.

76.050

**Schwangerschaftsabbruch (Fristenlösung).
Volksbegehren
Avortement (solution du détal).
Initiative populaire**

Siehe 534 hiervoor — Voir page 534 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 5. Mai 1977

Décision du Conseil des Etats du 5 mai 1977

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Beschlussentwurfes

112 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

76.060

**Ziviler Ersatzdienst (BV Art. 18)
Service civil de remplacement (cst. art. 18)**

Siehe Seite 513 hiervoor — Voir page 513 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 16. Dezember 1976

Décision du Conseil des Etats du 16 décembre 1976

Präsident: Herr Gerwig verlangt das Wort zur Abgabe einer Erklärung.

Gerwig: Ich gebe Ihnen eine Fraktionserklärung ab. Die SP-Fraktion lehnt das neue Gesetz ab, auch in der Volksabstimmung. Wir sind alle für einen Zivildienst, aber nur für einen echten im Sinne der Münchensteiner Initiative und der Anträge Condrau und Dürrenmatt. Das von Ihnen gestern verabschiedete Gesetz löst keine Probleme. Im Gegenteil, das Problem wird unseren Staat, unsere Armee und unsere Bürger weiter belasten zum Schaden aller, die eine anständige und tolerante Lösung wollten, und was noch schlimmer ist: zur Betroffenheit jener 62 000 Stimmbürger, die die Initiative der Münchensteiner unterschrieben und hofften, wir würden dieser Anregung nachkommen. Unsere Fraktion wird mit Kollegen aus anderen Fraktionen weiter für den Zivildienst kämpfen, für einen Zivildienst, der die Bezeichnung «echt» verdient.

Schwangerschaftsabbruch (Fristenlösung). Volksbegehren

Avortement (solution du délai). Initiative populaire

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1977
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Maisession
Session	Session de mai
Sessione	Sessione di maggio
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	04
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	76.050
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	05.05.1977 - 08:00
Date	
Data	
Seite	551-551
Page	
Pagina	
Ref. No	20 005 710

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

gueur de 1618 mètres, avec une pente moyenne de 48 pour cent. On prévoit deux compositions formées de deux voitures de 100 places chacune. On accédera à la gare basse par une galerie horizontale de 100 mètres environ. Quant à la gare haute de Sunnegga, elle sera creusée dans une tranchée, qui sera ensuite recouverte. A une vitesse de 10 m/seconde, la durée du trajet sera d'environ trois minutes et 2600 personnes pourront être ainsi transportées par heure dans chaque direction. Le problème de la sécurité a été bien résolu par un escalier prévu le long de la voie. Les travaux seront terminés dans deux ans, si aucune difficulté imprévue ne surgit.

Le télésiège a transporté 501 000 personnes en 1975 et la moyenne des quatre dernières années a été de 476 000 personnes.

En raison de l'attrait qu'offre le funiculaire, les responsables espèrent que le nombre de personnes transportées s'élèvera à environ 550 000 unités par année. Sur cette base, on compte sur un bénéfice.

La commune et la bourgeoisie se réservent les 80 pour cent du capital-actions, alors que les 20 pour cent restants seront mis en souscription.

Procédure de consultation et d'examen: L'Etat du Valais a donné son accord à l'octroi d'une concession. Il demande cependant que le droit de rachat lui soit assuré conjointement à la commune et à la bourgeoisie de Zermatt. Votre commission s'est assurée que les intérêts publics ne sont pas en contradiction avec la concession demandée. Ni le paysage, ni la forêt ne seront touchés par la construction de ce funiculaire souterrain. Au contraire, vos représentants de la Chambre des cantons tiennent à souligner qu'il s'agit là d'une solution qui devrait être beaucoup plus souvent employée pour éviter que les sites admirables ne soient abîmés par des constructions laides. A l'unanimité, la commission a constaté que le funiculaire projeté répond à un besoin et à la vocation touristique de cette belle région de Zermatt.

On aurait pu croire que le temps du funiculaire était révolu et que le téléphérique lui était préféré. La dernière concession pour ce mode de transport a été octroyée par la Confédération en 1933. Or, aujourd'hui, on revient au funiculaire car, dans le cas d'espèce, il offre de réels avantages en évitant des atteintes au paysage, en assurant la sécurité de l'exploitation et en augmentant la capacité de transport.

Nous constatons également que la commission du Conseil national a déjà examiné cette affaire et à l'unanimité moins une abstention, elle a décidé d'entrer en matière.

Quant à votre commission, se fondant sur cette argumentation, elle vous recommande l'entrée en matière à l'unanimité et sans réserve aucune.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

Le Conseil passe sans opposition à la discussion des articles

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art 1–16

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 1 à 16

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussentwurfes

32 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat – Au Conseil national

76.050

Schwangerschaftsunterbrechung (Fristenlösung). Volksbegehren

Avortement (solution du délai). Initiative populaire

Botschaft und Beschlussentwurf vom 19. Mai 1976 (BBI II, 798)

Message et projet d'arrêté du 19 mai 1976 (FF II, 778)

Antrag der Kommission

Eintreten

Titel und Art. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 2

Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit

(Aubert, Masoni)

Streichen

Proposition de la commission

Passer à la discussion des articles

Titre et préambule, art. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Art. 2

Majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité

(Aubert, Masoni)

Biffer

Andermatt, Berichterstatter: Am 18. Juni 1975 lehnte der Ständerat das Volksbegehren für die Strafflosigkeit der Schwangerschaftsunterbrechung, dem Antrag des Bundesrates und dem Beschluss des Nationalrates folgend, mit 41 : 0 Stimmen ab. Beide Räte beschlossen, der Initiative einen indirekten Gegenvorschlag auf Gesetzesstufe gegenüberzustellen. Während im Nationalrat nach der ersten Beratung in der Gesamtabstimmung keine der drei vorgeschlagenen Varianten durchzudringen vermochte, entschied sich der Ständerat für eine sozialmedizinische Indikationenlösung. Im Differenzenbereinigungsverfahren entschied sich der Nationalrat für eine Indikationenlösung, bei der die soziale, die juristische und die eugenische Indikation selbständig neben der medizinischen Indikation steht. Dieser Stand der parlamentarischen Beratungen löste die heute vorliegende Volksinitiative für die Fristenlösung aus. Im Januar 1976 hat ein überparteiliches Initiativkomitee diese neue Initiative eingereicht. Im Februar stellte die Bundeskanzlei fest, dass das Volksbegehren formell zustande gekommen sei. Das am 1. Dezember 1971 eingereichte Volksbegehren für die Strafflosigkeit der Schwangerschaftsunterbrechung wurde zurückgezogen. Im Einvernehmen mit dem Bundesrat und der Präsidentin der zuständigen Kommission des Nationalrates beschloss Ihre

Kommission, mit der Beratung über die Differenzen zum Nationalrat bis zum Vorliegen des Berichtes des Bundesrates zur neuen Initiative zuzuwarten. Die entsprechende Botschaft des Bundesrates wurde am 19. Juni 1976 veröffentlicht.

Die Initianten stellen das Begehren, es sei die Bundesverfassung durch einen Artikel 34novies zu ergänzen. In Absatz 1 des neu vorgeschlagenen Verfassungsartikels wird verlangt, dass der Abbruch der Schwangerschaft innert zwölf Wochen nach Beginn der letzten Periode straffrei sei, sofern die schriftliche Zustimmung der Schwangeren vorliegt und der Eingriff durch einen zur Ausübung des Berufes zugelassenen Arzt erfolgt. Die freie Arztwahl soll gewährleistet sein. In Absatz 2 wird verlangt, dass der Bund in Zusammenarbeit mit den Kantonen die nötigen Massnahmen zum Schutz der schwangeren Frau und zur Förderung der Familienplanung treffe. Die Initiative enthält eine Rückzugsklausel, wonach die Initianten befugt sind, diese zugunsten eines Gegenvorschlages der Bundesversammlung oder auch vorbehaltlos zurückzuziehen.

In den letzten Jahren haben auch in unseren Nachbarländern Auseinandersetzungen über die Neuordnung des Schwangerschaftsabbruchs stattgefunden und sind zum Teil noch im Gange. In Frankreich ist nach Abweisung eines Annullierungsantrages durch den Verfassungsrat seit Anfang 1975 die Fristenlösung in Kraft. In Oesterreich wurde auf den 1. Januar 1975 ebenfalls die Fristenlösung eingeführt. Eine Klage beim Verfassungsgerichtshof wegen Verfassungswidrigkeit wurde abgewiesen. Momentan liegt bei der Bundesregierung ein Volksbegehren auf Ersatz dieser Regelung durch eine medizinische Indikationenlösung. In Italien hat das Parlament eine enge Indikationenlösung genehmigt. Wegen der Neuwahlen konnte das Gesetz noch nicht in Kraft gesetzt werden. Eventuell muss aber auch noch eine Volksabstimmung durchgeführt werden. In der Bundesrepublik hat das Parlament einer Fristenlösung zugestimmt. Das Bundesverfassungsgericht betrachtete diese Regelung aber als mit dem Grundgesetz in Widerspruch stehend. Im Mai 1976 verabschiedete der Bundesrat eine sozialmedizinische Indikationenlösung.

Ihre Kommission ist am 18. August zusammengetreten, um einerseits zur Botschaft des Bundesrates über die Volksinitiative Stellung zu nehmen und andererseits die Beratung des Gesetzentwurfes über den Schwangerschaftsabbruch weiterzuführen.

Der Bundesrat empfiehlt die Initiative ohne Gegenvorschlag Volk und Ständen zur Verwerfung zu empfehlen. Die Mehrheit der ständerätlichen Kommission, nämlich 11 Mitglieder, hat sich dem Antrag des Bundesrates angeschlossen und begründet ihre Stellungnahme in Uebereinstimmung mit dem Bundesrat wie folgt:

Erstens: Die Neuordnung der Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruches ist keine eigentliche Verfassungsmaterie, sondern sie soll – wie das bis anhin der Fall war – auf Gesetzesstufe geregelt werden. Dies kam schon in den früheren Beschlüssen der Räte zum Ausdruck, ebenso im Bemühen beider Räte, ein neues Bundesgesetz auszuarbeiten.

Zweitens: Die Mehrheit der Kommission ist der Ueberzeugung, dass das menschliche Leben von der Befruchtung bis zum Tode einen ununterbrochenen Prozess des gleichen Lebewesens darstellt. Von diesem Standpunkt aus gesehen können die einzelnen Entwicklungsphasen nicht verschieden bewertet werden. Das keimende Leben ist in allen Phasen gleich zu schützen wie das Leben nach der Geburt. Ein Schwangerschaftsabbruch kann daher nur dann gerechtfertigt sein, wenn gleichrangige Werte zu erhalten sind, die nicht anders geschützt werden können. Die Anhänger der Fristenlösung verlangen für den Schwangerschaftsabbruch während der ersten drei Monate der Schwangerschaft keinen sachlichen Grund und wollen für diese Zeit der Schwangeren die alleinige Verfügungsgewalt über das Leben des Kindes überlassen. Die gleichrangigen Werte und Rechte von zwei Menschenle-

ben werden nicht gegeneinander abgewogen, sondern unbekümmert um das Motiv die Entscheidung allein der Schwangeren unterstellt. Die Schwangere ist aber zudem in diesen Fällen die direkt Interessierte. Die Fristenlösung verstösst somit auch gegen den Grundsatz, wonach in einem Interessenkonflikt nicht der direkt Interessierte entscheiden darf. Der Interessenkonflikt soll nach objektiven Massstäben durch unbeteiligte Dritte gelöst werden.

Drittens: Die Volksinitiative weist aber auch Mängel auf, die sich nach einer eventuellen Annahme durch Volk und Stände bei der Gesetzgebung zeigen würden. Die Straflosgigkeit eines Schwangerschaftsabbruches innert den ersten zwölf Wochen nach der letzten Periode wird nur an zwei Voraussetzungen geknüpft: Der Eingriff muss durch einen zur Ausübung des Berufes zugelassenen Arzt vorgenommen werden, und die schriftliche Zustimmung der Schwangeren muss vorliegen. Mit dieser abschliessenden Abzählung der Voraussetzungen würde im Falle der Annahme der Volksinitiative durch Volk und Stände der Gesetzgeber der Möglichkeit beraubt, im Rahmen der Fristenlösung weitere gesetzliche Bedingungen aufzustellen. Vor allem würde eine Fristenlösung, wie sie vom Nationalrat auf Gesetzesstufe ausgearbeitet wurde, verunmöglicht. Wir – d. h. in diesem Falle alle Mitglieder der Kommission – sind der Ansicht, dass im Falle der Einführung der Fristenlösung diese unbedingt an weitere Voraussetzungen geknüpft werden sollte. Es wären vorzusehen: Die Beratung der Schwangeren durch einen Arzt oder eine Beratungsstelle. Um sie vor einem unbedachten Schritt zu bewahren, soll zwischen der Beratung und dem Eingriff eine Woche Bedenkzeit liegen. – Um die mit dem Eingriff für die Gesundheit der Schwangeren verbundenen Gefahren möglichst gering zu halten, soll der Eingriff durch einen freigewählten, diplomierten, in der Schweiz zur Ausübung des Berufes zugelassenen Arzt unter klinischen oder medizinisch gleichwertigen Bedingungen vorgenommen werden. – Die Schwangere soll nach dem Eingriff zur Vermeidung künftiger unerwünschter Schwangerschaften auf dem Gebiet der Geburtenregelung aufgeklärt werden, – und es soll auch ein Abtreibungstourismus dadurch verhindert werden, dass die Schwangere Schweizerin sein muss oder in der Schweiz Wohnsitz hat oder sich schon mindestens drei Monate in der Schweiz aufhält.

Diese Ausführungen zeigen, dass die in der Volksinitiative vorgeschlagene Fristenlösung weiter geht und gegenüber dem vom Nationalrat ausgearbeiteten Fristenlösungsmodell gewichtige Nachteile aufweist.

Die Minderheit der Kommission (2 Mitglieder) möchte die Initiative ohne Empfehlung des Parlamentes Volk und Ständen unterbreiten. Einerseits anerkennen sie, dass die Initiative bedeutende Mängel aufweist und bei einer Annahme auf Gesetzesstufe nur eine Lösung möglich wäre, die schlechter wäre als das im Nationalrat unterlegene Fristenlösungsmodell. Andererseits finden sie aber als Anhänger einer Fristenlösung die Initiative immer noch besser als jede Indikationenlösung. Es wird vor allem darauf hingewiesen, dass eine Indikationenlösung gegenüber der bisher in gewissen Kantonen geübten Schwangerschaftsabbruchpraxis einen Rückschritt bedeuten würde.

In Absatz 2 verlangt die Initiative, dass der Bund in Zusammenarbeit mit den Kantonen die nötigen Massnahmen zum Schutze der Schwangeren und zur Förderung der Familienplanung treffe. Wir erachten diese Forderungen im neu vorgeschlagenen Verfassungsartikel als überflüssig. Die gesetzgebenden Organe des Bundes haben diese Anliegen bereits aufgrund der bestehenden Verfassungskompetenzen zum Teil schon verwirklicht oder sind gewillt, diese zu verwirklichen.

Das Bundesgesetz, das in Beratung steht, fordert im ersten Abschnitt «Schutz der Schwangerschaft» die Kantone auf, Beratungsstellen zu errichten und diese auch mit genügend Mitarbeitern und finanziellen Mitteln zu versehen, um die erforderlichen Beratungen und Hilfen gewähren zu können. Es sind auch Bundesbeiträge vorgesehen.

Ebenfalls dem Schutz der Schwangeren im weiteren Sinne dient der Artikel 3. Hier werden wesentlich mildere Strafandrohungen vorgesehen für die Schwangere, die abtreibt oder abtreiben lässt. Es kann von einer Ueberweisung an das Gericht oder Bestrafung der Schwangeren abgesehen werden, wenn sie in schwerer Bedrängnis gehandelt hat oder einen untauglichen Versuch zur Abtreibung vorgenommen hat.

Der Artikel 8 des Gesetzentwurfes bestimmt, dass für den straflosen Schwangerschaftsabbruch bei den ärztlichen Gutachten und den Spital- und Nebenkosten Tarife mit niedrigen Ansätzen angewendet werden sollen. Ferner sollen im neuen Gesetz die Krankenkassen verpflichtet werden, ärztliche Gutachten und Eingriffe mitzuversichern. — Als Massnahmen zum Schutz der Schwangeren dürfen auch einzelne Bestimmungen angesehen werden, die in Gesetzen enthalten sind, die gegenwärtig ausgearbeitet werden für die Gebiete des Arbeitsrechtes, des Vormundschafts- und des Familienrechtes und der Mutterschaftsversicherung.

Ich erlaube mir noch einige allgemeine Bemerkungen zur vorliegenden Initiative. Wir anerkennen, dass die erste, absolut unakzeptable Initiative nach den Verhandlungen im Parlament zurückgezogen wurde. Wir anerkennen auch, dass die neue Initiative mindestens durchführbar wäre. Trotzdem muss man aber bedauern, dass nach den ausgedehnten Diskussionen im Parlament und in der Öffentlichkeit kein besser formuliertes Volksbegehren zustande gekommen ist, so dass sich auch überzeugte Anhänger einer Fristenlösung nicht vollumfänglich hinter die Initiative stellen können.

Einleitend habe ich erwähnt, dass die Kommission die Differenzen beim Bundesgesetz über den Schutz der Schwangerschaft und die Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruches weiterberaten wollte. Aus Zeitgründen konnte das Geschäft aber nicht zu Ende beraten werden. Eine umfassende Diskussion über das weitere Vorgehen ergab, dass eine grosse Mehrheit der Kommission der Ansicht ist, dass der Initiative ein Gegenvorschlag auf Gesetzesebene gegenübergestellt werden soll. Die Beratungen sollen so vorangetrieben werden, dass der Gegenvorschlag im Zeitpunkt der Abstimmung über die Initiative vorliegt. Die Kommission wird im Oktober zur Weiterbearbeitung des Gesetzentwurfes wieder zusammentreten.

Namens der einstimmigen Kommission empfehle ich Ihnen, auf die Beratung der Vorlage einzutreten.

Masoni: Der Minderheitsantrag Aubert/Masoni, den ich in Abwesenheit von Kollege Aubert hier zu verteidigen habe, wurde leider aus einem Versehen der Bundeskanzlei noch nicht ausgeteilt. Er ist sehr einfach; er beantragt die Streichung von Artikel 2 des Beschlusses.

Beim heiklen Thema, das uns alle in der Gewissenssphäre berührt, beneide ich eigentlich die Kollegen der Mehrheit um ihre Sicherheit in ihren Auffassungen von Leben, Seele und deren Anfang und Schutz. Viel unsicherer und zögernder fühle ich mich dabei; unsicher bin ich vor dem Vorgang des keimenden Lebens, unsicher vor den Gefühlen der Schwangeren, die die Frucht noch nicht als etwas Fremdes und von sich Verschiedenes empfindet, die die Frucht noch nicht als etwas betrachtet, das bereits imstande wäre, sich ausserhalb ihres Leibes weiterzuentwickeln, die die Frucht noch nicht als etwas fühlt, worüber nicht mehr sie allein, sondern die Gesellschaft als solche bereits ein höheres Verfügungsrecht beanspruchen kann. Für mich verdienen beide Auffassungen Achtung, es sind beide mit Takt und Zurückhaltung zu behandeln. Sicher ist es, dass die vorliegende Fristenlösungsinitiative gegenüber diesem Vorgang nicht den wünschbaren Takt und die gebührende Zurückhaltung zeigt. Die Konstitutionalisierung der Abtreibung als rein negatorischer Eingriff sowie das Fehlen eines vernünftigen Ueberlegungszwanges der Schwangeren erscheinen als fragwürdig; doch ist die Minderheit davon überzeugt, dass der etwas zu apodiktische Initiativtext den Gesetzgeber keineswegs daran hindert, im

Falle der Annahme der Volksinitiative vernünftige Schranken aufzustellen. Dennoch hätten wir lieber der Initiative einen Gegenvorschlag mit ungefähr folgendem Inhalt vorgezogen: «Die Schwangerschaft ist zu schützen. Die Abtreibung der Frucht und deren Anpreisung sind zu untersagen. Das Gesetz hat Ausnahmen zu gestatten, namentlich: a) wenn ernste sozialmedizinische Indikationen die Unterbrechung der Schwangerschaft als geboten erscheinen lassen; b) wenn die Schwangere nach kompetenter Beratung die Unterbrechung der Schwangerschaft beschliesst und durch dazu berechnete Personen innerhalb der im Gesetze vorgesehenen Frist durchführen lässt.»

Mit dem Verbot der Abtreibung und von deren Anpreisung hätte man die Auffassung Andersdenkender am besten geschont und geachtet. Doch war bereits in der Kommission sofort zu spüren, dass eine solche Lösung hier keine Gnade finden würde. Kollege Aubert stellte somit den Antrag, auf jede Abstimmungsempfehlung zu verzichten, damit auch diejenigen, für die die Formulierung der Initiative als zu hart erscheint, durch den Verzicht auf die Empfehlung mindestens ihre Sympathie für eine verbesserte Form der Fristenlösung, wie sie z. B. im Nationalrat vorgelegt wurde, zeigen und kundgeben können.

Ich empfehle Ihnen die Annahme dieses Antrages der Minderheit, d. h. Verzicht auf jede Abstimmungsempfehlung. Realistisch gesehen haben die Räte bei der Behandlung dieser Volksinitiative ihre Wahl zu treffen zwischen der sozial- medizinischen Indikation, die im Differenzverfahren steht, und der Fristenlösung, wobei es vorzuziehen wäre, wenn im Zeitpunkt der Volksabstimmung die andere Gesetzesreform durchberaten und rechtskräftig wäre, damit die Bürger, die Wähler wissen, mit welchem gültigen Zustand die Initiative zu vergleichen sei.

Das Problem der Abtreibung ist ein echtes und heikles, seine Lösung schwierig. Die Gewissenskonflikte, worin dieses Problem unsere Bundesräte versetzte, liefern dafür hinreichenden Beweis. Ueber drei Ziele erscheinen mir Mehrheit und Minderheit einig zu gehen: Positive Massnahmen zum Schutz der Schwangerschaft, Bekämpfung der heimlichen Abtreibung, Bekämpfung der leichtfertigen Abtreibung. Welchem dieser drei Ziele kommt Vorrangstellung zu? Ist das Vorrangziel eher durch die eine oder durch die andere Lösung besser zu verfolgen? Eine Antwort fällt nicht leicht; doch scheint sie mir in folgender Richtung zu liegen. Heimliche und leichtfertige Abtreibung gefährden beide zuerst das keimende Leben. Was leider nicht feststeht, ist die Zahl der einen und der anderen. Doch lässt sich den letztjährigen europäischen Entwicklungen entnehmen, dass die Möglichkeit einer erlaubten Abtreibung die Zahl der Abtreibungen im ganzen nicht unbedingt erhöhen lässt. Es scheint sogar die umgekehrte Tendenz zu herrschen. Nach einer anfänglichen Erhöhung, scheint sich nachher eher die umgekehrte Tendenz abzuzeichnen. Was indessen feststeht, ist, dass die heimliche Abtreibung neben dem keimenden Leben auch andere wichtige Rechtsgüter gefährdet. Die Schwangere wird dabei meist zu unwürdigen Praktiken gezwungen, fällt in skrupellose Hände, setzt das eigene Leben aufs Spiel, wobei die Frau aus einfacheren, ärmeren Verhältnissen stärker benachteiligt erscheint. Der Drang zur heimlichen Abtreibung vereitelt ferner sowohl die positiven Massnahmen zum Schutz der Schwangerschaft als auch die Bekämpfung der leichtfertigen Abtreibung durch eine angemessene Beratung.

Wenn diese Feststellungen zutreffen, kommt der Bekämpfung der geheimen Abtreibung Vorrangstellung gegenüber der Bekämpfung der leichtfertigen Abtreibung zu. Nun stellt sich jene entscheidende Frage: Ist die sozialmedizinische Indikation oder die Fristenlösung besser dazu geeignet, das grösste Uebel, d. h. die heimliche Abtreibung zu bekämpfen? Besser erscheint mir die Lösung, die der Frau die grösste Offenheit gegenüber dem Arzt und der Beratungsstelle gibt, die die ungezwungeneren Auseinandersetzung gestattet, die den bestmöglichen Kontakt sichert. Nun, dies erscheint insbesondere bei der Fristenlö-

sung der Fall, weil hier die Frau ungebundener sprechen darf. Sie weiss, dass ihr niemand die Weiterführung der Schwangerschaft aufzwingen kann. Sie ist frei, die Wahrheit zu sagen, weil sie nicht zu befürchten hat, daran gegen ihren Willen behaftet zu werden. Ferner fühlt sie sich weniger bedrückt, sie ist von jener Dramatik befreit, die die Abtreibung als den einzigen, verbotenen Ausweg erscheinen lässt. Dadurch scheint sie ferner den Argumenten der Beratungsstelle eher zugänglich, weil sie weiss, dass schliesslich die Entscheidung bei ihr liegt.

Bei der Indikationenlösung dagegen hat die Frau immer zu befürchten, dass aufgrund ihrer Aussagen ein Dritter ihr die Abtreibung verweigern kann; sie fühlt sich gezwungen, sie ist versucht, die Wahrheit ein bisschen zu vertuschen; unter Umständen, insbesondere in schwierigeren Fällen, fühlt sie sich zum Schweigen und zur heimlichen Abtreibung getrieben.

Diese Betrachtungen lassen mich in der Fristenlösung bessere Chancen erblicken, um die verantwortliche Entscheidung der Schwangeren zu begünstigen, zu ermöglichen.

Wohl versucht auch die Indikationenlösung einen Weg zu finden, um die heutige Lage zu verbessern, doch riskiert diese Lösung in abtreibungsfeindlichen Gegenden, durch eine restriktive Praxis zur Vereitelung des Gesetzes zu führen. In abtreibungsfreundlichen Gegenden wird die Indikationenlösung entweder einen Rückschritt bedeuten oder, wenn large angewendet, eine Hypokrisie. Ja, am Ende dieses Teufelskreises sind wir wieder in unsere anfängliche Schwierigkeit versetzt: Wird das ungelöste Gewissensproblem doch alles vereiteln? Ist der Gegensatz unter den verschiedenen Auffassungen wirklich so unüberwindbar? Ja, wenn man glaubt, der Gesetzgeber habe dieses Problem pauschal für alle zu lösen; wenn man glaubt, der Arzt oder die Behörde haben anstelle der Schwangeren zu entscheiden. Ist jedoch nicht die Aufgabe des Gesetzgebers vielmehr, anstelle das Problem ein für allemal für die anderen zu lösen, die Bedingungen zu schaffen, freie und verantwortliche Entscheidungen zu ermöglichen? Und sind die zwei Gewissenslagen wirklich vergleichbar? Die der Abtreibungsgegnerin, die nie dazu angehalten werden kann, gegen ihren Willen eine Abtreibung zu dulden, und die der anderen, die ihrem Gewissen folgend eine Strafe riskiert? Und ist die Verhängung einer Strafe durch die geltenden Lebensbräuche tatsächlich legitimiert, durch Lebensbräuche, bei denen man sich fragen muss, ob sie das keimende Leben als vollrechtliches Leben tatsächlich anerkennen? Wird auch in den abtreibungsfeindlichen Kantonen der Verlust der Frucht in den ersten Monaten tatsächlich einem Todesfall gleichgestellt, was durch die Nottaufe und das Begräbnis und die Trauer zum Ausdruck kommen sollte? Ist es tatsächlich so, dass Lebensbräuche herrschen, die es rechtfertigen, die Abtreibung unter Strafe zu stellen? Oder ist es nicht vielmehr so, dass dieser Verlust der Frucht in den ersten Monaten auch in den strengeren Kantonen eher als ein nicht Erreichtes, als ein nicht Gekommenes, als etwas, was sich nicht vervollkommt hat, betrachtet wird? Und haben wir wirklich einen genügenden Grund, diejenigen mit Strafe zu ahnden, die schliesslich nach den herrschenden Lebensbräuchen handeln? Und rechtfertigt eine kirchliche Auffassung, die übrigens bezüglich Lebens und Lebensanfanges im Laufe der Jahrhunderte auch schwankte, die harte Bestrafung von Andersdenkenden? Nicht aus einer sicheren Gewissheit, sondern aus all diesen offenen, unbeantworteten Fragen, bitte ich Sie, Hand bieten zu wollen zu einer lebensnäheren, menschlicheren Lösung dieses schwierigen, heiklen Problems. Gerade eine verantwortliche Fristenlösung gibt den Abtreibungsgegnern einen viel breiteren Spielraum, wo sie die leichtfertige Abtreibung mit ihren gültigen ethischen Argumenten und mit jener Ueberzeugungskraft bekämpfen können, die nie mit staatlichen Verboten, die nie mit staatlichen Mitteln herbeigeführt werden können.

Vincenz: Die Verhandlungen in der Kommission haben erneut mit aller Deutlichkeit erkennen lassen, dass die Meinungen mit Bezug auf die Schwangerschaftsunterbrechung seit unserer letzten Debatte kaum wesentliche Verschiebungen erfahren haben. Das Problem, das es hier zu lösen gilt, ist eben zu bedeutungsvoll, zu grundsätzlich und allzu menschlich, als dass eine Zeitspanne von einem Jahr ganz neue Aspekte wirksam werden lassen könnte. Es kann dies aber auch keine Entschuldigung dafür sein, dass das Parlament auf zusätzliche Anstrengungen zur Schaffung einer Neuregelung verzichten könnte. Im Gegenteil, es gilt nach meinem Dafürhalten eine Lösung zu suchen, die schliesslich der Denkweise einer Mehrheit unseres Volkes entspricht. Wenn wir als Parlament diese Forderung, diesen Auftrag erfüllen wollen, dann sind bereits in zwei Richtungen Grenzen zu sehen:

Eine erste: Extreme Lösungen finden in diesem Lande keine breite Unterstützung seitens des Volkes.

Eine zweite Grenze: Die lebhaften Auseinandersetzungen in zahlreichen Volkskreisen zeigen aber auch, dass die geltende Regelung nicht befriedigen kann, und dass das Parlament gezwungen ist, dem Volke Lösungen zur Entscheidung vorzuschlagen.

Mit der vorliegenden Initiative ist nun eine erste Möglichkeit geboten, die Denkweise unseres Volkes in dieser lebenswichtigen Frage zu erfahren. Eine Regelung im Sinne der Fristenlösung ist jedoch – nach unserem Dafürhalten – nach wie vor nicht zu verantworten. Auch die Minderheit unserer Kommission ist – wie Herr Kollege Masoni soeben ausgeführt hat – von der Initiative in der vorliegenden Formulierung nicht überzeugt. Das Risiko, das diese Initiative mit sich bringt, ist dadurch noch grösser. Für diese grundsätzliche Ablehnung darf ich drei Gründe – sie sind ja alle bekannt – anführen:

Die Wahl einer Frist von zwölf Wochen ist willkürlich und kommt in der Praxis einer Freigabe des Schwangerschaftsabbruches sehr nahe. Die abtreibungswillige Frau hat die Möglichkeit, in bezug auf die Termine falsche Angaben zu machen, ohne dass im Gerichtsfall eine nachträgliche Prüfung möglich wäre.

Zweitens: Die Fristenlösung nach der Initiative bringt es mit sich, dass die Entscheidung über das Schicksal des werdenden Lebens allein und ausschliesslich bei der schwangeren Frau liegt. Im Rechtsstaat Schweiz waren wir bis anhin stolz, das fundamentale Grundrecht des Menschen, das Leben, bedingungslos zu schützen. Die Fristenlösung missachtet dieses Grundrecht und verletzt – ich möchte sagen glücklicherweise – das rechtliche Empfinden vieler unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, und dies über die Grenzen der Konfessionen hinaus.

Ein drittes: Es gibt Befürworter und Befürworterinnen der Fristenlösung, die glauben, damit einen Schritt weiter in Richtung Emanzipation der Frau, in Richtung Steigerung der Menschenwürde der Frau gehen zu können. Die Erfahrung in anderen Ländern zeigt das Gegenteil. Der Druck und der Zwang von Drittpersonen auf die schwangere Frau wird dort grösser, wo nach den Regeln einer Fristenlösung eine sogenannte legale Abtreibung den Makel eines ausserehelichen oder eines unerwünschten ehelichen Kindes vermeiden kann. So möchten wir die Ehre der Frau und der Mutter nicht retten.

Wenn die CVP-Fraktion aufgrund dieser grundsätzlichen Bedenken eine Fristenlösung und damit die vorliegende Initiative ablehnen muss, so steht sie ebenso entschieden für eine massvolle Neuregelung des Schwangerschaftsabbruches ein. Der Einwand, dass die heutige Regelung recht viele Leute in die Illegalität treiben würde, muss ernst genommen werden. Diese Situation lässt sich nach unserem Dafürhalten korrigieren, ohne einen Schritt in eine andere Extremlösung tun zu müssen.

Bereits in der Kommission sind wir deshalb für eine Weiterbehandlung der Gesetzesvorlage eingestanden. Der Versuch, die bestehenden Differenzen soweit als möglich zu beseitigen, muss fortgesetzt werden. Das Problem ist zu menschlich und zu komplex, als dass das Parlament nur

nein sagen könnte; das Nein zur Initiative verpflichtet uns, eine andere, für Schweizer Verhältnisse tragbare Lösung zu suchen.

Ich unterstütze deshalb die ausdrückliche Ablehnung der Initiative und befürworte die Weiterbehandlung der Gesetzesvorlage auf der Basis einer sozialmedizinischen Indikationenlösung unter Intensivierung der flankierenden Massnahmen.

M. Péquignot: Je n'entends nullement rouvrir le débat que nous avons déjà vécu ici. Je crois que les positions sont prises et que de longues discussions ne changeront plus rien à nos convictions personnelles pas plus d'ailleurs que les nombreux appels, lettres et recommandations qui nous ont été envoyés de toutes parts et c'est précisément à ce sujet que je tiens à m'exprimer.

Que des associations, des groupements ou des personnes privées nous écrivent pour nous faire part de leur opinion sur les sujets que nous avons à traiter, rien de plus normal et souvent même rien de plus utile. Cependant, il y a des limites qui, en l'occurrence, ont été largement dépassées et notamment par l'Association suisse «Oui à la vie». Certaines de ces déclarations n'ont plus guère de rapports avec l'information et la défense légitime d'une idée ne doit pas se faire avec n'importe quel argument.

Lorsque dans sa lettre du 6 août 1976, cette association nous écrit: «Vous représentez le rempart de la liberté des petits Etats qui constituent notre pays et dont beaucoup ne veulent pas être violentés dans une matière aussi importante. Si votre Conseil sacrifie cette tâche fondamentale et au nom de la proportionnalité des partis se transforme en une image du Conseil national, il perd une de ses raisons importantes d'exister. N'oubliez pas que les forces qui luttent pour la libéralisation de l'avortement vont demain, quelle que soit votre décision, lutter pour la suppression de votre Conseil parce qu'il est, disent-elles, une relique gênante du passé. Ne croyez surtout pas les désarmer par une attitude conciliante.»

Cela est plus que déplaisant. De même lorsqu'elle déclarait dans une séance de hearing que «toute décision prise par une majorité n'est pas démocratique par le fait même. Il faut quelque chose de plus; c'est l'observance des règles qu'Antigone nommait «les lois non écrites». Faites bien attention, si ces règles ne sont plus observées, la démocratie dégénère en tyrannie de la masse.» Cela ne passe pas non plus.

Si ma conviction personnelle n'était pas profonde, je voterais pour l'initiative uniquement pour marquer mon opposition à de tels propos et pour ne pas être assimilé à ces gens dont je n'admets ni les admonestations, ni les pressions, ni les menaces paternalistes. Je voterai néanmoins contre l'initiative parce que son texte ne me convient pas et surtout parce que je trouve inutile d'encombrer la constitution d'une disposition que la loi peut parfaitement régler.

Je suis persuadé aussi qu'il doit être possible d'arriver à éliminer les divergences qui séparent encore nos deux conseils dont les points de vue, en définitive, ne sont certainement pas si éloignés les uns des autres.

Quant à la proposition Aubert/Masoni ou Masoni/Aubert, je la considère comme une démission du Parlement, comme un manque de courage politique. Je vous prie de la refuser et d'accepter la proposition de la grande majorité de votre commission.

Urech: Ich unterstütze den Antrag des Bundesrates, die Volksinitiative «Für die Fristenlösung» Volk und Ständen ohne Gegenvorschlag auf Verfassungsstufe mit dem Antrag auf Verwerfung zu unterbreiten. Der Bundesrat hat die Gründe, die für eine Ablehnung dieser Initiative sprechen, überzeugend dargelegt; ich möchte nicht darauf zurückkommen. Dagegen möchte ich festhalten, dass meiner Auffassung nach das Parlament zu dieser Initiative Stellung nehmen sollte, und zwar entweder auf Ablehnung oder auf Gutheissung der Initiative. Ich kann mich mit dem

Antrag der Minderheit nicht einverstanden erklären und bin ebenfalls wie Kollege Péquignot der Meinung, dass sich das Parlament gegenüber dieser Initiative nicht einfach einer Stellungnahme enthalten soll. Meinerseits werde ich für den Antrag auf Ablehnung votieren.

Lassen Sie mich noch kurz zum Problem des weiteren Vorgehens äussern. Mit der Verabschiedung der Initiative durch den Ständerat und später auch durch den Nationalrat wird das Volk Gelegenheit erhalten, sich einmal zur Frage der Fristenlösung auszusprechen. Ich glaube nun aber, dass wir gleichzeitig die Beratungen über das Gesetz zum Schutze der Schwangerschaft fortsetzen sollten. In diesem Zusammenhang möchte ich zu Herrn Kollege Masoni sagen: Mir scheint es, es wäre falsch, wenn wir nun wieder noch zusätzliche Varianten aufnehmen sollten. Wir müssen feststellen, dass heute nach der Rechtsituation einzig noch zwei Varianten zur Diskussion stehen: der Beschluss des Nationalrates für eine erweiterte Indikationenlösung und der Beschluss des Ständerates für eine engere Indikationenlösung. Diese beiden Varianten müssen nun bereinigt werden. Die Ständeratskommission, bei der der Ball jetzt liegt, hat beschlossen, die Beratungen gleichzeitig oder möglichst rasch aufzunehmen und zu versuchen, die Differenzen zwischen den beiden Räten zu bereinigen. Es wäre sehr zu wünschen, dass wir bis zum Zeitpunkt der Volksabstimmung eine bereinigte Vorlage hätten, damit der Stimmbürger weiss was kommt, wenn die Initiative «Für die Fristenlösung» abgelehnt wird.

Abschliessend möchte ich meinerseits empfehlen, die Initiative mit einer klaren Stellungnahme – ich werde für Ablehnung stimmen – zu verabschieden und gleichzeitig mit der Beratung der Differenzen beim Gesetz für den Schutz der Schwangerschaft fortzufahren, um eine bereinigte Vorlage auf den Zeitpunkt der Abstimmung über die Initiative als indirekten Gegenvorschlag zur Hand zu haben.

M. Reverdin: En quelques mots, je voudrais expliquer ma position. L'avortement est entré, si l'on peut dire dans les mœurs d'une partie de la population. Je le déplore.

En ce qui me concerne, personnellement, je considère que c'est un crime contre l'ordre naturel; mais ai-je le droit d'imposer mon point de vue à des femmes qui, fondant leurs actes sur de toutes autres prémisses, considèrent l'avortement comme un acte légitime? Je ne le pense pas.

De toute façon, la loi ne saurait corriger les mœurs. C'est pourquoi je suis d'avis que d'une manière ou d'une autre il est sage d'adoucir les critères de la loi, en d'autres termes, de libéraliser les articles du code pénal qui traitent de l'avortement. J'accepte cela, non sans tristesse. Je vois en effet dans la législation partielle de l'avortement l'aveu que notre société n'est plus disposée à accepter dans son mystère et dans sa pureté naturelle le foisonnement de la vie. C'est, en d'autres termes, reconnaître que notre société est décadente.

Placé, dès l'instant où je me résigne à une certaine libéralisation, devant le choix entre la solution des délais et la solution dite des indications que préconise le Conseil fédéral, j'opte résolument pour la première, la solution des délais, qui me semble d'une part moins lourde d'hypocrisie, d'autre part de nature à placer mieux et plus dignement la femme enceinte devant sa responsabilité à l'égard d'elle-même et à l'égard de la société.

Est-ce à dire que j'approuve l'initiative qui est soumise à notre examen? Nullement, et voici pourquoi. Inscrire dans la constitution, sans limitation aucune, le droit pour toute femme enceinte de se faire avorter pendant les douze premières semaines de sa grossesse, c'est créer le droit à l'avortement, c'est faire de ce droit un droit social comme les autres, et à cela, je refuse de me résigner.

Des auteurs latins racontent qu'à l'époque romaine, dans certains banquets, quand les convives n'avaient plus d'appétit, ils se retiraient, se chatouillaient d'une plume le fond de la gorge, vomissaient et reprenaient leur place pour se

remettre à manger. Ce que nous proposent les auteurs de l'initiative n'est pas sans analogie avec cette pratique, et c'est pourquoi leur initiative me donne la nausée.

Cette initiative va bien au-delà des mœurs. Elle part de l'idée que l'avortement est au fond la chose la plus naturelle du monde, une chose sérieuse, certes, mais licite sans aucune restriction. Or, cela, je suis convaincu que la majorité des citoyennes et des citoyens de ce pas ne saurait l'accepter et j'estime que nous ne pouvons pas imposer une telle conception aux groupes sociaux et aux régions de notre pays qui, par respect de la vie, continuent à considérer l'avortement comme un crime. Ne serait-ce pas leur imposer, par le truchement de la constitution, la légitimité de ce qui est pour eux illégitime?

En conclusion, je me rallie à la proposition de la majorité de la commission. Il me semble que la meilleure procédure consisterait à soumettre l'initiative au peuple et aux cantons avec la recommandation de la rejeter. En raison du nombre des projets souvent urgents qui attendent d'être soumis à la votation populaire, la votation sur l'avortement ne pourra pas avoir lieu avant un an, voire dix-huit mois, et même davantage. Mettons à profit ce délai, comme le suggérait M. Urech notamment, pour reprendre et si possible pour achever l'examen du projet de loi sur la protection de la grossesse et d'un nouveau régime de répression de l'interruption de la grossesse qui nous a été soumis par le Conseil fédéral, de manière à ce qu'il y ait, au moment du vote populaire, une solution légale prête et pouvant tenir lieu d'alternative à la solution extrême et, je le répète, à mes yeux inacceptable que préconisent les promoteurs de l'initiative sur laquelle nous allons nous prononcer et que nous allons recommander au peuple et aux cantons de rejeter.

M. Morier-Genoud: Hier après-midi, j'ai repris le *Bulletin sténographique* de notre Conseil et je me suis plongé dans les débats que vous aviez consacrés, l'année passée déjà, au problème de l'avortement. Débats passionnants, souvent passionnés, dominés, me semble-t-il, par le rapport magistral qu'avait présenté le président de la commission, M. Ferruccio Bolla.

Tout, ou presque tout, a été dit à cette occasion au sujet de l'avortement. Je voudrais donc simplement préciser ici que je suis partisan de la solution du délai et que je suis favorable à l'initiative constitutionnelle qui la propose, même si je suis conscient qu'elle n'est pas parfaite. Telle était d'ailleurs la position déferdue au sein de la commission par notre collègue Aubert, malheureusement retenu aujourd'hui, dont je partage entièrement les idées sur ce point.

L'initiative pour la solution des délais, qui a abouti en un temps record, permettra au peuple suisse de se prononcer sans plus tarder sur le problème de l'avortement. Il le fera en fonction d'une solution qui n'est pas extrême, comme l'un d'entre vous vient de le dire, mais qui constitue un compromis, ou plutôt un moyen terme, entre les deux thèses extrêmes de la décriminalisation totale et de l'interdiction absolue de l'avortement. Avec, en arrière-plan, les solutions des indications proposées par le Conseil fédéral ou par les Chambres, au sujet desquelles le Parlement, il faut bien le souligner ici, se livre à une valse-hésitation. Valse-hésitation qui durera encore combien de temps? A cet égard, je suis moins optimiste que certains d'entre vous qui nous disent que les divergences entre les conseils seront réglées facilement et sans retard.

Il faut tout de même rappeler les grandes manœuvres qui avaient eu pour théâtre le Conseil national et qui avaient eu pour conséquence l'enterrement du projet du Conseil fédéral.

Ces grandes manœuvres ne laissent pas d'inquiéter, car elles attestent une résistance acharnée à tout changement du régime légal en vigueur, régime légal qui est pourtant un échec complet. Les articles 118 et 119 du code pénal n'ont pas retenu des milliers de femmes de se faire avorter clandestinement. Ils n'ont en rien protégé la vie, ce

principe fondamental qu'invoque notre collègue Vincenz. Quant à l'article 120, qui régit l'interruption non punissable de la grossesse, il est détourné chaque jour, ou bien il est appliqué d'une manière discriminatoire d'un canton à l'autre.

Pour reprendre les termes de M. Ferruccio Bolla dans son rapport du 17 juin 1975, «quelle est cette morale sociale qui tolère que l'on contrevienne quotidiennement et impunément à la loi, pourvu que le délit soit caché»? La nécessité de reviser notre législation sur l'avortement ne peut être contestée sous peine d'hypocrisie totale. Le Parlement, je l'espère, l'a finalement admis.

Mais alors, quelle solution retenir? Le Conseil fédéral condamne la solution des délais. Il soutient que seules les indications sont compatibles avec le respect de la vie humaine; seules elles permettraient de résoudre d'une façon adéquate des situations autrement sans issue, en autorisant l'interruption de grossesse non en fonction du libre-arbitre de la mère, mais sur la base de facteurs objectifs.

Une enquête effectuée par un sociologue genevois, Jean Kellerhals, et publiée en 1975 dans le journal *Médecine et Hygiène* est très révélatrice à cet égard. Elle montre combien il est illusoire de penser pouvoir établir des critères objectifs dans le cadre de la solution des indications. Elle révèle la variété, la multiplicité des motifs invoqués par la mère, motifs qui tiennent souvent à des facteurs non tant économiques que psycho-sociaux, qui ont un caractère secret et échappent aux investigations, à l'appréhension d'un tiers, du médecin qui devra donner les indications médicales ou sociales.

Ainsi, cette solution des indications que l'on voudrait objective risque, elle aussi, de conduire à des divergences d'interprétation, à des divergences d'application suivant les cantons. Elle provoquera les mêmes difficultés que le régime actuel; elle est, comme lui, vouée à l'échec. C'est pourquoi je déplore que le Conseil fédéral se refuse à admettre la solution des délais. Je suis d'ailleurs convaincu, en regardant ce qui se passe dans les pays qui nous entourent, que nous y viendrons inexorablement. Si, aujourd'hui, nous ne retenons pas cette solution, nous en discuterons à nouveau. Ce n'est qu'une question de temps.

Mais à tout le moins le peuple suisse doit-il pouvoir se déterminer en toute liberté, s'agissant d'un problème de conscience et d'éthique personnelle. Comme l'écrivait récemment un journaliste: «Que chaque citoyen, que chaque citoyenne se détermine en son âme et conscience.» Qu'il le fasse sans recommandation du Parlement. Soutenir ce point de vue, ce n'est pas admettre la démission du Parlement, c'est reconnaître qu'il s'agit d'un problème de conscience, qui concerne chaque citoyen, sans qu'il soit nécessaire de lui dicter son vote.

C'est pourquoi je voterai l'amendement de M. Masoni et je vous demande de le soutenir.

M. Bourgnicht: Les problèmes qui touchent aux droits fondamentaux de l'homme doivent retenir l'attention de chacun, dans une mesure plus grande encore en raison des responsabilités accrues qui sont les leurs, de ceux que le peuple a désignés à des fonctions publiques et auxquels il incombe de donner l'exemple en lui rappelant les vérités les plus essentielles s'il tendait à s'en écarter. Ainsi en est-il de l'avortement, parce que c'est la vie qui est en jeu, une vie qui mérite d'autant plus d'être protégée que c'est celle d'un être qui ne peut compter pour sa défense que sur la rectitude des conceptions morales et juridiques de tous les hommes, quel que soit le degré de leur engagement politique et de la part qu'ils prennent directement ou indirectement à la formation de notre ordre juridique.

En face de la nouvelle initiative tendant à introduire dans la constitution fédérale le système dit «des délais» en matière d'avortement, il me paraît justifié de consacrer à nos débats un temps suffisant, à la mesure de l'importance de

l'objet figurant à notre ordre du jour pour réfléchir à sa réelle portée et au but poursuivi par ses auteurs.

Les initiants voudraient que ne soit plus punissable l'avortement s'il est pratiqué par un médecin dans les douze premières semaines de la grossesse et sans que la mère ait à invoquer un motif, objectif ou subjectif, pour justifier son acte. Cela est inadmissible. N'importe quelle raison n'est déjà pas suffisante – à mon avis, seule l'indication médicale peut être retenue – et l'on éprouve des sentiments de crainte et d'horreur à l'idée que notre constitution pourrait contenir une disposition légalisant ce que nous devons qualifier de meurtre parce qu'elle tend à permettre l'anéantissement d'un être à l'aube de sa vie.

Il ne s'agit pas de faire ici le procès d'une morale ou d'une absence de morale sexuelle, ni non plus de juger des mesures anticonceptionnelles plus ou moins efficaces et dangereuses pour la santé de la mère que d'aucuns préconisent pour éviter une grossesse. Il s'agit de rappeler que, dès le moment de la conception, personne n'ose plus, sur les plans de la morale et du droit, disposer librement de l'enfant, comme de n'importe quel être humain. Ce n'est d'ailleurs pas un hasard si notre code civil lui reconnaît d'ores et déjà la jouissance des droits civils, ce qui est le propre de l'homme.

Notre devoir de protection va loin, en raison de l'impossibilité dans laquelle l'enfant se trouve de se défendre. C'est là un problème non pas, comme le disait tout à l'heure M. Masoni, de déplacer de la mère sur la société le choix de garder ou de tuer l'enfant, mais bien de prendre conscience que c'est ce choix lui-même qui est défendu et qui, s'il débouche sur un avortement autre que médicalement indispensable en regard de la vie ou de la santé de la mère qui, sans cette mesure, serait gravement compromise, constitue un acte en soi punissable. Peu importe que le droit pénal en vigueur n'ait pas empêché de nombreux avortements. Ce n'est pas parce qu'il y aura toujours des assassins, des voleurs et des escrocs que le meurtre, le vol et l'escroquerie ne constituent pas des infractions et que les dispositions qui les répriment seraient superflues.

Si nous en sommes convaincus, nous ne pouvons que repousser l'initiative et, cela étant fait, reprendre l'examen du projet de loi pour assurer à la mère les soins et les conseils dont elle a souvent besoin et à l'enfant la protection à laquelle il a droit.

Compte tenu de nos responsabilités politiques, nous ne saurions rester neutres, en quelque sorte indifférents, en face de l'initiative. Notre devoir est de faire connaître notre position, publiquement et sans équivoque, et de tenter, par la recommandation qui nous est proposée à l'article 2, d'influencer le vote du peuple dans un sens qui nous paraît le seul admissible, en lui faisant partager nos soucis et comprendre les raisons profondes et essentielles militantes en faveur du rejet de l'initiative.

M. Grosjean: Il est difficile de trouver les mots justes pour parler d'un tel sujet car la passion l'emporte là où il faudrait faire montre de raison et de sérénité. Et la tolérance, cette merveilleuse qualité helvétique, échoue pour cette fois dans la recherche d'un compromis.

Comme le démontre l'impasse à laquelle ont abouti les débats devant les Chambres en 1975, les arguments des parties en présence demeurent irréductiblement opposés, sans doute parce qu'en matière de droit on est obligé de tracer des principes et que malheureusement l'absolu de ces principes s'accommode mal de la complexité et des nuances qu'impose le problème de l'avortement.

Je ne cacherai pas que je suis un peu las et parfois agacé de la guerre et des propos qui ont été échangés depuis 1971. C'est à cette époque que se sont affrontées les deux thèses extrêmes, ceux qui brandissent «le Massacre des innocents» et les autres qui réclament «la liberté de disposer de leur ventre sans limite». Ce sont là des simplifications hâtives qui ont empêché jusqu'à présent un dialogue plus constructif.

Si nous continuons dans cette voie, la querelle s'éternisera car il s'agit en définitive de déterminer à partir de quel point la vie doit être protégée et les débats de ce jour démontrent une fois de plus combien les thèses sont différentes. Pour certains, et M. Bourgnicht vient d'en faire une brillante démonstration, l'union du spermatozoïde et de l'ovule mérite déjà protection. Pour les autres, l'avortement aux termes de leur philosophie est un droit absolu auquel on ne saurait imposer une quelconque limite.

Nous préférons, pour notre part, la pensée combien plus nuancée du professeur Jacob, Prix Nobel de médecine, qui s'est exprimé en ces termes, je cite: «Il n'y a pas des moments privilégiés conférant soudain la dignité de la personne humaine. La personne humaine n'appartient pas à un moment précis, la cellule née de la rencontre du spermatozoïde et de l'ovule ne peut pas être un enfant. La pierre de touche de l'affaire c'est évidemment la définition de la vie, de son autonomie. Tant que le cerveau est privé de sa fonction il n'y a pas d'être humain.»

L'affrontement porte donc sur le point à partir duquel l'être humain mérite protection. Tout le problème est là et la réponse qu'on va y apporter dépendra des tendances biologiques, médicales, mais aussi juridiques et sociologiques du moment. J'insiste bien là-dessus, «du moment». A ce point du raisonnement, nous sommes bien obligés de souligner l'inconstance et la versatilité des opinions. Chaque tranche de civilisation, ou presque, correspond une autre réponse. L'on passe par des cycles de libéralisation et de sévérité. Nous vivons aujourd'hui dans des concepts diamétralement opposés à ceux qui avaient cours dans l'Europe victorienne; mais dans ces temps de libéralisation effrénée du sexe, on sent déjà les prémices d'une rigueur accrue venant cette fois-ci des pays socialistes, de l'autre côté du rideau de fer.

En réalité, le débat est d'abord moral. Mais parce qu'il est moral, il ne saurait prétendre à l'universalité d'une réponse définitive. Et il est évident que la Suisse, nourrie de deux religions et de trois cultures, ne saurait trouver une seule vérité pour le problème de l'avortement. C'est une gageure que d'essayer de dégager une philosophie, sinon commune, du moins admise par une forte majorité de notre peuple. De là ces affrontements sans résultat, ces positions qui n'ont guère varié depuis les premières discussions concernant le code pénal suisse, qui datent du début du siècle. C'est pourquoi je rejoins le pessimisme de M. Morier-Genoud lorsqu'il soulignait combien ces différences continuent à être fondamentales et combien nous risquons encore de polémiquer sans fin.

Plus que jamais, je regrette que le Conseil fédéral et les Chambres aient renoncé à une solution fédéraliste. On aurait résolu avec souplesse et intelligence l'une des questions les plus délicates qui puissent se poser au législateur. Je respecte absolument l'éthique défendue, il y a un instant, par M. Bourgnicht et je sais de quelle trame philosophique et religieuse est faite son opinion. Mais il faut admettre qu'en Suisse romande, que ce soit à Genève, à Lausanne ou à Neuchâtel, il y a une autre éthique plus libérale qui a aussi le droit d'être comprise et tolérée. Voilà pourquoi, dans ce dilemme qui date du début du siècle et qui n'est pas prêt de s'éteindre, la seule solution eût été une solution fédéraliste. Je l'ai plaidé ici; d'autres voix se sont fait entendre au Conseil national. Ce fut en vain.

On a prétendu qu'il faut unifier le droit en cette matière. Vous me permettez de dire que ce sont là propos de Tartuffe. Quelle que soit notre future législation, la pratique des tribunaux sera très différente d'un canton à l'autre. Les décisions prises jusqu'ici montrent à l'évidence que le système juridique sera impuissant à faire disparaître les disparités actuelles. Nous avons un code pénal suisse depuis 1942. Dites-moi, mes chers collègues, si au sujet de l'avortement, la pratique d'Obwald est la même qu'à Genève et celle de Neuchâtel la même qu'en Appenzell!

Lorsque le problème de l'avortement rebondira à nouveau, car, Monsieur le conseiller fédéral, il est évident qu'il sera

repris, je prie instamment notre gouvernement de songer à une solution qui n'oppose pas le monde catholique à un libéralisme qu'il rejette. Et il a ses raisons pour le rejeter. Mais au nom de cette même tolérance, je demande qu'on agisse avec le même esprit de générosité à l'égard de mon canton qui, par l'intermédiaire de son Grand Conseil en 1974, a montré une certaine tendance, même une tendance certaine, à un laxisme en matière d'avortement.

Les choses étant ce qu'elles sont, il faut soumettre l'initiative pour la solution du délai au peuple et aux cantons; peut-être que le résultat du scrutin permettra de débloquent la situation et de reprendre la question avec un peu plus de compréhension mutuelle.

En conclusion, je soulignerai pourquoi, moi aussi, je soutiendrai la position défendue avec talent par M. Masoni, c'est-à-dire la solution du délai. Je partage le sentiment de M. Reverdin: le texte et la forme de cette initiative me gênent. Elle est hâtive, elle a quelque chose de rebutant. Mais la réalité que j'ai connue comme avocat d'abord, comme magistrat ensuite, ne me permet pas de me montrer sévère.

D'abord, il m'apparaît que c'est la femme enceinte parce que directement concernée qui doit prendre sa responsabilité. Eclairée, conseillée, soutenue, c'est à elle à assumer son choix en son âme et conscience, en adulte, maître de sa destinée. Et puis c'es: aussi au nom de la liberté que je revendique le libre-arbitre de la femme. La maternité est un accomplissement; il ne faut donc pas craindre l'irréflexion, la légèreté, l'insouciance. Ce n'est jamais de gaieté de cœur que l'on demande une interruption de grossesse. Je ne crois pas que certains abus – car il y en a et il y en aura – justifient la suppression de cette liberté.

Quand on est plongé dans la perplexité des solutions contradictoires, il faut se souvenir de la dure réalité et se méfier des principes qui relèvent dans un tel domaine des images d'Epinal.

Lorsque la femme a cédé, qu'elle porte le fruit des amours parfois légitimes, parfois adultères, elle se retrouve souvent seule face au drame. J'ai connu dans ma carrière bien des hommes qui ont abandonné la femme en lui donnant de l'argent et en ajoutant, pour toute consolation: «Tu arriveras bien à te débrouiller.» Je ne noircis pas le tableau. Ces tragédies existent.

Devant ce dilemme pénible: d'une part le texte d'une initiative, texte mal fait, incomplet, mais d'autre part le drame de la femme seule et abandonnée, vous me permettez d'avoir cette faiblesse; je choisis la femme; je choisis sa défense.

Dans le doute, je me rappelle le désarroi déchirant de la fille-mère et j'appuie la solution qui lui apporte la meilleure protection, la solution des délais. Voilà pourquoi je soutiens l'amendement de M. Masoni. Je vous remercie.

Helmann: Die verschiedenen Stellungnahmen, die bereits erfolgt sind, gestatten mir, mich auf wenige Feststellungen zu beschränken. Ich glaube, dass die Stellungnahme verschiedener Kollegen, aber auch der Kommission ausser acht lässt, dass wir in unserem Land jährlich Tausende von Schwangerschaftsabbrüchen zu verzeichnen haben, ganz gleichgültig, welche gesetzliche Regelung in unserem Lande gilt. Die Folgen aller dieser zum Teil unkontrollierten Schwangerschaftsabbrüche haben wir anlässlich der Beratung des Gesetzentwurfes eingehend diskutiert. Ich möchte nicht darauf zurückkommen.

Immerhin bestand doch anlässlich jener Beratung schon weitgehend Übereinstimmung in der Auffassung, dass der Inhalt der Volksinitiative, wie sie heute vorliegt, an sich nichts anderes wäre als eine Legalisierung des bestehenden Zustandes, zum mindesten für alle jene mit einem entsprechenden Protemonnaie. Es sollte nicht ausser acht gelassen werden, dass eine Neuregelung dieses Problems gemäss der Initiative doch allen Frauen eine garantierte ärztliche Betreuung bringen würde. Einmal mehr möchte ich festhalten: Uebersehen Sie doch nicht, dass selbst eine Neuregelung gemäss Initiative kein Zwang bedeutet,

sich einer Abtreibung zu unterziehen. Alle jene – und ich achte deren Ueberzeugung –, die der Auffassung sind, dass dies unzulässig ist, brauchen sich ja einem solchen Eingriff nicht zu unterziehen.

Die Kommission begründet ihre ablehnende Haltung auch noch damit, dass es sich nicht um eine Verfassungsmaterie handelt. Was hat das Volk für eine andere Möglichkeit, für das ganze Land geltende Vorschläge zu machen als mit einer Verfassungsinitiative? Wir kennen ja die Gesetzesinitiative nicht. Also darf man diesen «Formfehler» den Initianten nicht anlasten. In diesem Zusammenhang wäre daran zu erinnern, was alles sonst noch in der Verfassung steht. Erinnern Sie sich nur an alle Bestimmungen der Bundessteuergesetzgebung mit allen Details.

Kollega Masoni beantragt uns, auf eine Abstimmungsempfehlung zu verzichten. Ich weiss, dass der Rat sich nicht zu einem Ja durchringen kann. Ich gebe deshalb dem Antrag Masoni ebenfalls den Vorzug gegenüber dem Antrag der Kommission. Eine solche Stellungnahme würde unterstreichen, dass sich das Parlament in dieser heiklen, aber ganz persönlichen und ethischen Frage nicht zum Vormund des Volkes aufschwingen will. Es besteht auch kein Zwang für die Räte, dem Volk eine Stellungnahme bekanntzugeben, oder – wie das beabsichtigt ist – die Verwerfung zu empfehlen. Artikel 121 Absatz 6 der Verfassung enthält nur eine Kann-Bestimmung. Ich gestatte mir, diesen Absatz zu zitieren: «Wird das Begehren in Form eines ausgearbeiteten Entwurfes gestellt», was hier zutrifft, «und stimmt die Bundesversammlung demselben zu, so ist der Entwurf dem Volke und den Ständen zur Annahme oder Verwerfung vorzulegen. Im Falle der Nichtzustimmung kann die Bundesversammlung einen eigenen Entwurf ausarbeiten oder die Verwerfung des Vorschlages beantragen.» Also kann; sie muss nicht. Nachdem wir nicht gezwungen sind, in dieser Form eine Verwerfung zu beantragen, erinnere ich noch einmal daran: Es ist eine persönliche Angelegenheit eines jeden, und wir wären gut beraten, wenn wir auf die verwerfende Empfehlung verzichten würden.

Bundesrat Brugger: Damit wäre die vierte parlamentarische Diskussionsrunde über das Thema Schwangerschaft abgeschlossen. Ich möchte die Argumente pro und kontra nicht noch anreichern, weil es nichts mehr anzureichern gibt. Es ist alles gesagt worden in diesen vier Runden, es ist auch alles geschrieben worden – das beste natürlich, wie üblich, in den beiden Botschaften des Bundesrates. (Heiterkeit) Aber Sie werden die Stellungnahme und den Antrag des Bundesrates begreifen; sie bilden die konsequente Fortsetzung einer Haltung, die er von Anfang an eingenommen hat. Er ist gegen die Fristenlösung, er ist für eine liberalisierte Indikationenlösung. Dies ist auch die Konsequenz aus der Haltung der eidgenössischen Räte in den bisherigen Verhandlungen; ich stelle fest, dass sowohl der Ständerat – mit überwältigender Mehrheit – die Fristenlösung abgelehnt hat, als auch der Nationalrat – mit kleinerer Mehrheit. Man mag sich darüber freuen, oder man mag es bedauern, aber das sind die Fakten, so dass diese Empfehlung auf Verwerfung der Initiative die logische Konsequenz Ihres und unseres bisherigen Verhaltens ist. Diese Haltung des Bundesrates ist ihm natürlich noch leichter gefallen, als leider – das muss gesagt werden – diese Initiative qualitativ nicht an das herankommt, was die nationalrätliche Kommission in einer ausserordentlich engagierten und gründlichen Arbeit vorgeschlagen hat: eine Fristenlösung, die alle jene Kautelen enthält, die zur Vermeidung von Missbräuchen notwendig sind. Es ist bedauerlich, dass die Initianten diese äusserst wertvolle und gute Vorarbeit der nationalrätlichen Kommission nicht übernommen und Profit daraus gezogen haben. Vor allem ist die Einführung einer Verpflichtung zur vorgängigen Beratung der Schwangeren durch einen Arzt oder eine Beratungsstelle in der Meinung, die Schwangere vor unbedachten Entschlüssen zu bewahren, nicht mehr möglich

nach dem Initiativtext. Von der einwöchigen Bedenkzeit ist auch nicht mehr die Rede. Dass der Eingriff durch einen diplomierten, in der Schweiz zur Ausübung des Berufes zugelassenen Arzt, unter klinischen oder medizinisch gleichwertigen Bedingungen durchgeführt werden müsse, ist auch nicht gewährleistet; dass nach dem Eingriff eine Aufklärung der Schwangeren auf dem Gebiete der Geburtenregelung gemacht werden soll – auch darauf wurde verzichtet. Schliesslich ist die Voraussetzung fallengelassen worden, dass die Schwangere Schweizerin ist oder in der Schweiz – wenn es sich um eine Ausländerin handelt – mindestens drei Monate Wohnsitz haben muss, um damit den üblen Abtreibungstourismus zu verhindern. Es ist schade, dass das alles weggelassen worden ist. Das bringt uns zum Antrag auf Ablehnung der Initiative.

Ich weiss nicht, ob es sich die Räte leisten können, keine Empfehlung abzugeben. Das kann positiv ausgelegt werden im Sinne der Argumentation von Herrn Ständerat Heilmann, dass man in dieser Sache keinen Meinungsdruck ausüben solle. Es kann Ihnen aber auch negativ ausgelegt werden, in dem Sinne, dass sich die eidgenössischen Räte nicht zu einer klaren Haltung dem Volk gegenüber in einer so bedeutsamen Frage hätten durchringen können, dass man also den Weg des geringsten Widerstandes gewählt habe. Die konsequente Haltung einiger Voten, die wir vorhin gehört haben, wäre natürlich die, dass man nicht einfach sagt «Wir stellen gar keinen Antrag», sondern dass ein Antrag auf Unterstützung dieser Initiative erfolgt; das wäre auch möglich gewesen.

Ich mache Sie auch auf folgendes aufmerksam: Wenn sich beide Räte über die Art der Empfehlung an die Stimmberechtigten nicht einigen können, dann entfällt jegliche Empfehlung gewissermassen von Gesetzes wegen.

Ich glaube nicht, dass wir mit diesen Feststellungen, die Sie heute zu treffen haben – Sie haben nur zu dieser Initiative Stellung zu nehmen –, wieder zur Tagesordnung übergehen können. Wenn ich für den ersten Teil meiner Ausführungen sehr wenig geistige Kräfte eingesetzt habe, dann deswegen, weil ich glaube, dass es Aufgabe des Vertreters des Bundesrates sein wird, in dem, was jetzt kommt, seine Energien zu investieren; denn die Situation ist ja – ich wiederhole das einmal mehr – gar nicht so, dass wir sagen dürften: Wir können etwas machen, oder wir können nichts machen – das ändert nicht viel. Die Situation, in der wir stehen, ist vielmehr unerträglich. Ich glaube, in dieser Beziehung sind sich die meisten, auch die Gegner der Fristenlösung, einig. Es ist rechtstaatlich unerträglich, was heute in diesem Lande passiert, im einen Kanton so, im andern anders. Wir haben Hearings durchgeführt. Ich war mir selber nicht einmal bewusst, dass die unterschiedliche Rechtsanwendung in diesem Land, das eine Rechtseinheit bilden soll, so gross ist, wie das tatsächlich der Fall ist. Das ganze ist aber auch unerträglich, weil ja heute so oder so abgetrieben wird – illegal und unter unwürdigen und medizinisch gefährlichen Umständen. Auch eine Demokratie sollte in der Lage sein, Missstände dieser Art, besonders wenn sie so krass auftreten, zu korrigieren. Das ist die Meinung des Bundesrates. Wir werden sehr viel Kraft und von jetzt an vielleicht auch etwas mehr guten Willen investieren müssen, damit wir zu einer Lösung kommen, von der man sagen kann: Es ist zwar keine ideale Lösung – die Fristenlösung ist es übrigens auch nicht, es gibt gar keine idealen Lösungen – aber sie bedeutet einen Fortschritt, einen echten Fortschritt. Das wird aber nur eine irgendwie geartete Indikationenlösung sein können. Man sollte einmal die Vorstellung, dass man alle Meinungen auf den kleinstmöglichen Nenner bringen sollte (womit überhaupt kein Fortschritt mehr erreicht werden könnte), fallenlassen und von beiden Seiten den Stellungskrieg, der jetzt seit Monaten und Jahren geführt wird, aufgeben und in objektiver und von viel Goodwill getragener Haltung versuchen, einen konstruktiven Kompromiss zu erreichen.

Ich bin wieder etwas optimistischer als auch schon in dieser Beziehung, weil die Beratungen in Ihrer Kommission da und dort eine gewisse Kompromissbereitschaft haben durchschimmern lassen. Für mich ist es gänzlich unerklärlich, warum man diesen Kompromiss nicht findet, weil im Grunde genommen die Unterschiede zwischen der Indikationenlösung, wie sie grossmehrheitlich von Ihrem Räte beschlossen wurde, und der Indikationenlösung des Nationalrates, die in ihrer Substanz mehr oder weniger identisch ist mit derjenigen des Bundesrates, bei der praktischen Anwendung dieses Rechtes sehr klein sein werden. Ich habe das in der Kommission ausgeführt, und ich glaube, meine Ausführungen sind dort auf einiges Verständnis gestossen. Von der Sache her müsste ein Kompromiss möglich sein. Mein Appell geht in dieser Richtung; denn wir sind in einer Situation, wo wir etwas tun müssen, wenn wir unsere Aufgabe als Politiker erfüllen wollen, weil die heutige Situation nicht toleriert werden kann. Wir brauchen einen Fortschritt – einen Fortschritt, der vielleicht nicht ein grosser Fortschritt ist, aber der – und es ist ja nicht selten in diesem Lande, dass man schrittweise vorgeht – das Unerträgliche der heutigen Situation zum mindesten mildern wird. Das ist der Appell, den ich an Sie richten möchte.

Noch zum Problem der föderalistischen Lösung. Diese Idee ist *prima vista* sehr einleuchtend. Wir haben auch schon darüber diskutiert. Wenn der Bundesrat – und übrigens auch die Mehrheit der Räte – bis jetzt gegen eine solche föderalistische Lösung waren, dann ganz einfach deswegen, weil sich natürlich auch eine gänzlich unbefriedigende Situation ergibt, wenn für dieselbe Tat eine Frau in einem Kanton bestraft wird und im anderen Kanton straffrei ausgeht. Ich glaube, alle Strafrechtjuristen werden das als einen wesentlichen Rückschritt betrachten. Es wäre ein Rückschritt in der Vereinheitlichung des schweizerischen Strafrechts. Aber ich möchte sagen, Herr Ständerat Grosjean: Wenn alle Stricke reissen, wenn wir diesen Kompromiss nicht zustande bringen, und wenn sich in der Volksabstimmung über diese Initiative zeigen würde, dass wirklich die Unterschiede in der Auffassung zwischen den einzelnen Kantonen meilenweit, himmelweit auseinandergehen (was durchaus denkbar ist; bis jetzt sind das allerdings Hypothesen und Behauptungen, die niemand beweisen kann), wenn diese Unterschiede in der Auffassung, in der Mentalität, in der Philosophie, in der Moral, in der unterschiedlichen Wertung der Individualrechte und des Rechtes der Frau, selber zu entscheiden also unüberbrückbar gross sind und das in der Volksabstimmung zum Ausdruck kommt – dann würde ich sagen, dass Ihr Vorschlag eine Art Ausweg wäre, gewissermassen die *ultima ratio*, die uns zwar einen Teil der Probleme lösen könnte, die uns aber andererseits wieder neue Probleme beschere würde. Das sind ein paar wenige Bemerkungen zu dieser Idee.

Was unser heutiges Geschäft betrifft, gibt es keinen Entscheid über einen Anhang im Sinne von Herrn Masoni. Sie haben einfach zu entscheiden, welche Stellungnahme Sie zu dieser Initiative abgeben wollen. Ich sage dies, möchte aber gleichzeitig den Herren Masoni und Morier-Genoud meine Hochachtung bezeugen für die engagierte Art und Weise, wie sie nach neuen Lösungen suchen.

Aber wir sind ja im Differenzbereinigungsverfahren, was das Gesetz betrifft. An sich ist natürlich die Fristenlösung in beiden Räten aus Abschied und Traktanden gefallen. Ich möchte Sie einfach bitten, sich das auch zu überlegen. Aber das werden wir ja dann in der nächsten Kommissionssitzung gründlich ausdeutschen müssen.

Schlussfolgerung: Es wird nichts anderes bleiben, als diese Initiative abzulehnen und gleichzeitig den Vorsatz zu fassen, nun konstruktiv an einer mittleren Lösung mitzuarbeiten. Das ist die Hoffnung, die ich Ihnen gegenüber hege.

Titel und Ingress, Art. 1
Titre et préambule, art. 1

Angenommen – Adopté

Art. 2

Präsident: Zum Artikel 2 liegt der Antrag des Bundesrates auf Verwerfung der Volksinitiative vor, der von der Kommissionsmehrheit unterstützt wird, während die Kommissionsminderheit beantragt, den Artikel 2 zu streichen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit	7 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit	28 Stimmen

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussentwurfes	30 Stimmen
Dagegen	4 Stimmen

An den Nationalrat – Au Conseil national

75.433

**Motion des Nationalrates (Reiniger).
 Preisanschriftspflicht**

**Motion du Conseil national (Reiniger).
 Etiquetage obligatoire des prix**

Beschluss des Nationalrates vom 19. März 1976
 Décision du Conseil national du 19 mars 1976

Wortlaut der Motion

Die Preisanschriftspflicht bei Detailpreisen ist auch für den Fall, dass der Bundesbeschluss betreffend die Ueberwachung der Preise, Löhne und Gewinne auf Jahresende 1975 ausser Kraft tritt, beizubehalten.

Der Bundesrat wird ersucht, den eidgenössischen Räten Bericht und Antrag für die Uebernahme entsprechender Bestimmungen ins ordentliche Recht (OR) zu unterbreiten. Bis zum Inkrafttreten dieser Bestimmungen ist die Preisanschriftverordnung durch Dringlichen Bundesbeschluss zu verlängern.

Texte de la motion

L'obligation d'afficher les prix de détail doit être maintenue même si l'arrêté fédéral sur la surveillance des prix, des salaires et des bénéfices cesse d'être en vigueur à la fin de 1975.

Le Conseil fédéral est invité à faire rapport aux conseils législatifs et à leur soumettre des propositions sur l'introduction de dispositions en la matière dans le droit ordinaire (CO). Jusqu'à l'entrée en vigueur de celles-ci, l'ordonnance sur l'affichage des prix de détail doit être prorogée par un arrêté fédéral urgent.

Kündlg, Berichterstatter: Die vom Nationalrat gutgeheissene Motion von Herrn Nationalrat Reiniger wurde vom Bundesrat entgegengenommen. Der Text der Motion lautet: «Die Preisanschriftspflicht bei Detailpreisen ist auch für den Fall, dass der Bundesbeschluss betreffend die Ueberwachung der Preise, Löhne und Gewinne auf Jahresende 1975 ausser Kraft tritt, beizubehalten. Der Bundesrat wird ersucht, den eidgenössischen Räten Bericht und Antrag für die Uebernahme entsprechender Bestimmungen ins ordentliche Recht zu unterbreiten. Bis zum Inkrafttreten dieser Bestimmungen ist die Preisanschriftverordnung durch Dringlichen Bundesbeschluss zu verlängern.»

Gemäss dem Geschäftsreglement des Ständerates (Art. 27 Abs. 4) kann der Rat eine Motion des Nationalrates dem Bundesrat ganz oder teilweise als Motion oder als Postulat beider Räte überweisen. Nachdem der Bundesrat vor zwei Wochen beschlossen hat, die Preisüberwachung durch Bundesbeschluss verlängern zu lassen, wird auch die in der Motion des Nationalrates geforderte Preisanschriftspflicht um zwei Jahre verlängert werden. Es ist anzunehmen, dass das Schweizervolk im Dezember dieser Vorlage zustimmen wird. Dadurch wird der erste Teil der Motion hinfällig werden, und auch die Ueberführung ins dringliche Recht ist zurzeit nicht notwendig. Es verbleibt also noch die Forderung der Ueberführung ins ordentliche Recht.

Ihre Kommission bejaht die Forderung, es sei die Preisanschriftspflicht ins ordentliche Recht zu überführen, wobei dies jedoch keinesfalls bedeuten soll, dass wir auch gleichzeitig die Weiterführung der Preisüberwachung gutheissen. Bei der Preisüberwachung handelt es sich um ein Instrument der konjunkturpolitischen Steuerung, das im heutigen Zeitpunkt eigentlich wieder in der Schublade versorgt werden sollte.

Die Kommission erachtet es als wünschenswert, wenn die rechtliche Grundlage für die Preisanschreibepflicht in Zukunft nicht mehr eine konjunkturpolitische Massnahme sein wird, sondern glaubt, dass sie im Rahmen des Bundesgesetzes über den unlauteren Wettbewerb, das zurzeit überarbeitet wird, zu verwirklichen sei. Aus diesem Grund soll die Motion des Nationalrates in ein Postulat umgewandelt werden, was – wie ich eingangs erwähnt habe – nach dem Geschäftsreglement des Ständerates möglich ist. Die Kommission beantragt Ihnen deshalb, die Motion des Nationalrates, eingereicht von Nationalrat Reiniger, betreffend Preisanschriftspflicht dem Bundesrat als Postulat zu überweisen.

Abstimmung – Vote

Für Annahme des Postulates	28 Stimmen (Einstimmigkeit)
----------------------------	--------------------------------

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

12 148

**Europarat. Uebereinkommen
 (Motorfahrzeughaftpflicht)**

**Conseil de l'Europe. Convention
 (responsabilité civile des véhicules automoteurs)**

Beschluss des Nationalrates vom 15. September 1975
 Décision du Conseil national du 15 septembre 1975

Im Beschluss des Ständerates vom 19. Juni 1975 (Seite 468) wurde das Uebereinkommen über die Motorfahrzeughaftpflicht zurückgestellt.

Le Conseil des Etats a différé, le 19 juin 1975 (page 468), l'examen de la convention sur la responsabilité civile des véhicules automoteurs.

Fortsetzung – Suite

Antrag der Kommission

Eintreten auf den Beschlussentwurf der Kommission

Proposition de la commission

Passer à la discussion des articles du projet d'arrêté de la commission

Präsident: In der Botschaft des Bundesrates ist von vier Uebereinkommen die Rede. Heute steht nur ein Ueberein-

Schwangerschaftsunterbrechung (Fristenlösung). Volksbegehren

Avortement (solution du délai). Initiative populaire

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1976
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	03
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	76.050
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	22.09.1976 - 08:00
Date	
Data	
Seite	355-364
Page	
Pagina	
Ref. No	20 005 194

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Ich danke Herrn Bundesrat Ritschard, dass er – wie ich vernommen habe – bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen, und ich glaube, wir alle sehen einer aufschlussreichen Berichterstattung mit Interesse entgegen. Ich danke.

Bundesrat Ritschard: Wir nehmen das Postulat entgegen. Sie haben es gehört: Sie werden sich im Mai in der Sondersession mit dem Sparpaket beschäftigen. Dort ist die Beförderungspflicht und auch die Tarifpflicht für Stückgutverkehr aufgehoben, so wie Sie es gesagt haben. Ich glaube, dass es jetzt nicht nötig ist, eine langfädige Antwort auf das Postulat zu geben, das wir akzeptieren.

Ueberwiesen – Transmis

76.050

**Schwangerschaftsabbruch
(Fristenlösung). Volksbegehren
Avortement (solution du délai).
Initiative populaire**

Siehe Jahrgang 1976, Seite 355 — Voir année 1976, page 355

Beschluss des Nationalrates vom 9. Dezember 1976

Décision du Conseil national du 9 décembre 1976

Differenzen – Divergences

Art. 1 Abs. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 1 al. 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Andermatt, Berichterstatter: Eine erste Differenz besteht bei der Numerierung des Bundesverfassungsartikels. Nach Mitteilung des Sekretariates der Bundesversammlung soll im Falle der Annahme der Initiative der neue Verfassungsartikel die Nummer 34octies erhalten. Die Kommission empfiehlt Zustimmung zu dieser formellen Aenderung.

Angenommen – Adopté

Art. 2

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Minderheit

(Urech, Arnold, Bourgné)

Festhalten

Art. 2

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

Minorité

(Urech, Arnold, Bourgné)

Mañtenir

Andermatt, Berichterstatter der Mehrheit: Am 22. September des vergangenen Jahres hat der Ständerat in der

Schlussabstimmung mit 30 : 4 Stimmen beschlossen, dem Antrag des Bundesrates folgend, die Volksinitiative «für die Fristenlösung» Volk und Ständen mit der Empfehlung auf Ablehnung zu unterbreiten. Am 9. Dezember hat der Nationalrat zu diesem Volksbegehren Stellung bezogen. Die Kommission des Nationalrates trat mehrheitlich für die Annahme der Initiative ein; im Rat obsiegte in einer Eventualabstimmung mit 95 : 73 Stimmen die Empfehlung auf Verwerfung der Initiative. In der definitiven Abstimmung wurde aber mit 91 : 77 Stimmen beschlossen, Artikel 2 des Bundesbeschlusses zu streichen und damit auf eine Empfehlung zu verzichten. In der Gesamtabstimmung wurde der Beschlussentwurf mit 101 : 24 Stimmen angenommen.

In dieser Situation bieten sich im Falle von Initiativen zwei Möglichkeiten an: Erstens: Der Ständerat schliesst sich dem Beschluss des Nationalrates an. In diesem Falle wäre die Angelegenheit erledigt, und die Initiative würde ohne Empfehlung Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet. Zweitens: Der Ständerat hält an seinem Beschluss fest, und das Geschäft geht wieder an den Nationalrat. Erklärt einer der Räte seinen Beschluss für definitiv und hält der andere Rat an seinem Beschluss fest, so sind die Differenzen gemäss Geschäftsverkehrsgesetz der Einigungskonferenz zu unterbreiten. Käme auch in den Einigungsverhandlungen innert der gesetzlichen Frist, d. h. innert drei Jahren seit Einreichung der Initiative – in diesem Falle bis zum Januar 1979 – keine Einigung zustande, so hätte der Bundesrat gemäss Artikel 27 Absatz 6 des Geschäftsverkehrsgesetzes die Abstimmung des Volkes und der Stände anzuordnen. In diesem Falle müsste ohnehin entsprechend dem Beschluss des Nationalrates die Initiative ohne Empfehlung Volk und Ständen unterbreitet werden.

Obschon in Artikel 27 Absatz 2 und Absatz 3 des Geschäftsverkehrsgesetzes vorgesehen ist, dass die Bundesversammlung eine Initiative in der Form eines ausgearbeiteten Entwurfes mit oder ohne Empfehlung dem Volk unterbreiten kann, wurde dieser Weg bisher noch nie beschritten. Der Beschluss des Nationalrates und eine eventuelle Zustimmung dazu von Seiten des Ständerates wäre ein Novum.

Die Diskussion in der Kommission beschränkte sich denn auch auf die Grundsatzfrage: Soll die Initiative mit oder ohne Empfehlung verabschiedet werden? Einerseits wurde darauf hingewiesen, dass ein Verzicht auf eine Empfehlung von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern negativ ausgelegt werden könnte. Ein Verzicht könnte die Kritik wachrufen, die eidgenössischen Räte hätten sich in einem so bedeutsamen Problem nicht zu einer klaren Haltung durchringen können und einfach den Weg des geringsten Widerstandes gewählt. – Es wurde auch die Befürchtung ausgesprochen, es könnte damit eine neue Praxis eingeleitet und in Zukunft auch bei anderen heiklen Vorlagen auf eine Empfehlung verzichtet werden. Eine Empfehlung dürfe nicht als eine Beeinflussung des Bürgers gewertet werden, sondern sei vielmehr im Zusammenhang mit der Führungsaufgabe des Parlaments bei Volksabstimmungen zu sehen. Der Bürger habe ein Recht zu wissen, was die Mehrheit der Räte denke.

Andererseits wurde darauf hingewiesen, dass der Bundesrat und auch die Räte wiederholt den Standpunkt vertreten haben, es sei erwünscht, dass Volk und Stände möglichst rasch zur Initiative Stellung nehmen können. Ein neuerliches Hin und Her zwischen den beiden Räten würde diesem Ziel zuwiderlaufen und sicher nicht mehr viel zur Meinungsbildung beitragen, nachdem in den Räten und im Volk die Diskussionen nun schon über fünf Jahre andauern. Ein Verzicht auf eine Empfehlung würde das Verfahren beschleunigen und niemanden daran hindern, seine persönliche Meinung trotzdem vor den Stimmbürgern zu vertreten.

Falls noch in dieser Session eine Einigung zustande käme, sichert der Bundesrat zu, die Abstimmung sobald als möglich anzusetzen, wobei beachtet werden muss, dass der Abstimmungskalender für 1977 schon stark befrachtet ist.

Mit 7 : 3 Stimmen empfiehlt Ihnen die Kommission, dem Beschlusse des Nationalrates auf Streichung von Artikel 2 des Bundesbeschlusses zu folgen.

Urech, Berichterstatter der Minderheit: Im Namen der Minderheit der Kommission stelle ich den Antrag, am bisherigen Beschluss des Ständerates vom 22. September 1976 festzuhalten, d. h. das Volksbegehren «für die Fristenlösung» Volk und Ständen mit dem Antrag auf Verwerfung zur Abstimmung zu unterbreiten und gleichzeitig diesen Beschluss gemäss Artikel 17 des Geschäftsverkehrsgesetzes als endgültig zu erklären.

Zur Begründung möchte ich folgendes ausführen: Der am 22. September letzten Jahres vom Ständerat mit 28 : 7 Stimmen gefasste Beschluss, das Volksbegehren «für die Fristenlösung» mit dem Antrag auf Verwerfung Volk und Ständen zu unterbreiten, ist die konsequente Fortsetzung einer Haltung, die die grosse Mehrheit unseres Rates von Anfang an der Fristenlösung gegenüber eingenommen hat. Unsere Kommission befindet sich dabei in völliger Uebereinstimmung mit der Haltung des Bundesrates, welcher das Volksbegehren ebenfalls von Anfang an abgelehnt hat. Nunmehr hat der Nationalrat am 9. Dezember 1976 mit der relativ knappen Mehrheit von 91 : 77 Stimmen beschlossen, auf eine Abstimmungsempfehlung bei der Fristenlösungsinitiative zu verzichten. 77 Stimmen waren für die Verwerfungsempfehlung. Soll nun der Ständerat wegen dieses Beschlusses des Nationalrates auf seinen Entscheid vom 22. September 1976 zurückkommen und ebenfalls auf eine Empfehlung an Volk und Stände verzichten? Die Minderheit Ihrer Kommission verneint diese Frage und beantragt Ihnen Festhalten am bisherigen Beschluss des Ständerates. Dies vor allem deshalb, weil seit der letzten Beschlussfassung des Ständerates weder in unserer Kammer noch beim Bundesrat eine Aenderung in der Haltung zur Fristenlösungsinitiative eingeleitet ist. Beide Behörden, der Bundesrat und der Ständerat, lehnen grossmehrheitlich die Fristenlösung für den Schwangerschaftsabbruch nach wie vor ab. Aber selbst im Nationalrat hat die Fristenlösung keine Mehrheit gefunden. Bei dieser Ausgangslage geht es nun nicht an, auf eine Empfehlung bei der Volksinitiative einfach zu verzichten. Das wäre ein Armutszeugnis für das Parlament, und es würde uns zu Recht vorgeworfen, wir wollten uns von der persönlichen Stellungnahme drücken, wir hätten keinen Mut, uns für ein Ja oder ein Nein zu entscheiden. Das Volk hat aber einen Anspruch darauf, zu wissen, welche Haltung die eidgenössischen Räte in dieser bedeutsamen Frage einnehmen; denn sie sind es, die sich neben dem Bundesrat mit dieser wichtigen Frage eingehend auseinandergesetzt haben. Das sind die wesentlichen Ueberlegungen, welche die Minderheit der Kommission veranlassen, an der Abgabe einer Empfehlung an die Stimmberechtigten unbedingt festzuhalten. Die Abgabe einer Empfehlung durch die eidgenössischen Räte hat nichts mit einer Bevormundung des Volkes zu tun. Das Volk kann sich an die Empfehlung halten oder nicht. Es hat auch nichts mit einem Meinungsdruck zu tun. Die Abgabe einer Empfehlung hat aber mit der Information des Volkes über die Haltung des Parlaments Wesentliches zu tun. Verzichtet das Parlament heute bei dieser wichtigen Frage auf die Abgabe einer Empfehlung, kann das für die Zukunft bei anderen, ebenfalls umstrittenen Initiativen Schule machen. Das Parlament würde dadurch seine Stellung selbst abwerten. Auch die Minderheit Ihrer Kommission hat ein Interesse daran, dass die Fristenlösungsinitiative möglichst bald dem Volk zur Abstimmung unterbreitet wird. Sie beantragt Ihnen daher, den Antrag der Minderheit der Kommission, d. h. das Festhalten am bisherigen Beschluss des Ständerates gemäss Artikel 17 des Geschäftsverkehrsgesetzes als endgültig zu erklären. So kann das langwierige Hin- und Herschieben der Vorlage zwischen den beiden Räten abgekürzt werden. Nachdem im Nationalrat der Antrag auf Verwerfung der Volksinitiative dem Antrag auf Verzicht der Abgabe einer

Erklärung nur mit einer Mehrheit von 14 Stimmen, also knapp unterlegen ist, ist es durchaus denkbar, dass der Nationalrat in der nächsten Runde dem bisherigen Beschluss des Ständerates zustimmt. Sollte der Nationalrat an seinem Beschluss festhalten, müsste, wie Sie bereits gehört haben, das Einigungsverfahren eingeleitet werden. Doch könnte mit gutem Willen auch dieses rasch durchgeführt werden, so dass wenig Zeit verloren ginge und die Initiative auf alle Fälle noch dieses Jahr oder zu Beginn des nächsten Jahres dem Volk unterbreitet werden könnte. Ich möchte Sie daher aus den dargelegten Gründen abschliessend nochmals bitten, dem Antrag der Minderheit der Kommission zuzustimmen und damit der bisherigen klaren und konsequenten Haltung des Ständerates und des Bundesrates auch bei der Abstimmung über die Fristenlösungsinitiative offen Ausdruck zu geben.

M. Bourgnicht: Selon les articles 22 et suivants de la loi sur les rapports entre les conseils, l'Assemblée fédérale a la faculté, sauf en cas d'initiative tendant à la révision totale de la constitution où elle lui est refusée, d'adresser au peuple et aux cantons une recommandation d'acceptation ou de rejet de l'initiative qu'elle a jugée recevable et qu'elle leur soumet pour décision. A ma connaissance, le Parlement n'a jamais, sur quelque objet que ce soit, renoncé à une recommandation, vraisemblablement parce qu'il estime qu'il a un rôle à jouer dans la formation de la volonté des citoyens et qu'il manquerait à son devoir s'il gardait le silence. Au moment de se prononcer sur le maintien ou la suppression de l'article 2 de l'arrêté fédéral dont nous discutons, il me semblait opportun de vous rappeler cette longue et constante pratique, voulue et appliquée même lorsque l'objet était controversé et que l'unanimité n'avait pas été réalisée.

Dans le cas de l'avortement, nous savons que les opinions sont divergentes, encore que, au sein de notre Conseil et au contraire de ce qu'il en est au Conseil national, les adversaires de la solution du délai représentent une large majorité, de sorte que la recommandation de rejet qui serait retenue correspondrait bien aux sentiments qui l'ont guidée dans toutes ces discussions. Il me paraît évident que lorsque la votation porte sur un objet dont la portée dépasse de beaucoup, puisque la vie est en jeu, celle de tous les projets de nature économique, financière ou autre sur lesquels il a exprimé un avis, le Parlement ne peut ni ne doit rester neutre comme s'il était indifférent au sort que le peuple réservera au problème de l'avortement, mais qu'il a l'obligation de faire usage de son crédit et de son influence pour contribuer à éviter que ne soit adoptée une formule qu'il condamne. Le fait qu'il existe une minorité favorable à la solution du délai ne constitue pas un argument: le jeu de la démocratie veut que la volonté déterminante soit, à défaut d'unanimité, celle d'une majorité en face de laquelle la minorité doit s'incliner. De même, le fait que le Conseil national ne se ralliera peut-être pas à la décision que nous aurions prise – ce qui prolongerait nos délibérations – n'est pas suffisant non plus. Il me paraît préférable de maintenir une divergence plutôt que de suivre une proposition que M. Péquignot avait fort bien qualifiée lors de notre séance du 22 septembre 1976 de «démision du Parlement» et de «manque de courage politique».

Sur le fond, je n'ai pas de doutes; nous ne saurions cautionner, voire favoriser, par notre silence une initiative qui comporte une atteinte aux droits fondamentaux de l'homme. Je n'ai pas besoin d'insister sur ce point, en l'état de notre discussion, tant cela est évident et parce que ce point de vue a été largement développé dans cette enceinte et qu'il conserve toute sa valeur.

Sur le plan de la forme, la poursuite d'une navette fastidieuse entre les deux conseils n'est pas opportune et c'est avec raison que M. Urech nous suggère de déclarer notre décision définitive. Si la conciliation n'aboutit pas, l'initiative sera, conformément à la loi sur les rapports

entre les conseils, soumise sans recommandation, mais nous pourrions alors avoir la satisfaction de n'avoir pas soutenu ce à quoi nous sommes fondamentalement et en conscience opposés.

C'est pourquoi je vous demande instamment de suivre la proposition de la minorité de votre commission et de confirmer ainsi votre décision antérieure, acquise de façon très nette, je le rappelle, par 28 voix contre 7, tout en la déclarant définitive.

Helmann: Wie Sie wissen, bin ich bereits an der von unserem Kommissionspräsidenten erwähnten Sitzung vom 22. September 1976 dafür eingetreten, dass dieses Initiativbegehren ohne Empfehlung zur Verwerfung oder Zustimmung dem Volke unterbreitet werden soll. Ich habe inzwischen meine Meinung nicht geändert und unterstütze deshalb die Auffassung unserer Kommissionsmehrheit, dass wir nun endlich darauf verzichten sollten, den Ball zwischen den beiden Kammern hin und her zu schieben. Kollega Urech erklärt, wir hätten in dieser Frage immer eine konsequente Haltung vertreten. Kollega Urech, das mag sein. Nur finde ich, wir sollten diese konsequente Haltung nicht in eine Zwängerei ausarten lassen. Es hat etwas daran, dass die Vorlage der Initiative mit der Empfehlung auf Verwerfung einer Bevormundung des Stimmbolkes gleichkommt. Es handelt sich hier nicht um eine Vorlage im üblichen Sinn. Es ist eine Vorlage, über die jeder Stimmbürger und jede Stimmbürgerin nach dem eigenen Gewissen entscheiden muss. Wird die Initiative angenommen, ist ja niemand verpflichtet, von den Möglichkeiten, die sie schafft, Gebrauch zu machen. Jede Frau, jeder Mann kann immer noch das tun und lassen, was er mit seinem Gewissen verantworten kann. Ich möchte Kollega Urech auch auf das Geschäftsverkehrsgesetz aufmerksam machen. In Artikel 27 steht ausdrücklich, wenn die Bundesversammlung das Begehren ablehnt, «so unterbreitet sie es mit oder ohne Verwerfungsantrag der Abstimmung des Volkes und der Stände». Es ist also nichts Aussergewöhnliches, wenn wir in dieser Frage auch einmal davon Gebrauch machen, auf eine Empfehlung zu verzichten. Ich möchte Sie dringend bitten, hier der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

M. Masoni: Je veux répondre à M. Bourgknecht que si tout le monde était d'accord sur le fond du problème, sur l'interprétation qu'il lui donne de son point de vue légitimement, alors nous ne serions pas là en train de discuter de cette initiative. Mais puisque deux positions de conscience s'affrontent ici, deux positions qui peuvent toutes deux être soutenues par chacun de nous et où l'on considère d'une façon totalement différente le commencement de la vie, le droit de la mère à disposer de quelque chose qu'elle seule doit supporter et porter et le droit de cette petite vie qui doit être défendue; du fait de ces deux conceptions fondamentalement différentes qui posent le problème des convictions les plus profondes de chacun de nous, je pense qu'il est beaucoup plus sage, beaucoup plus raisonnable, de renoncer à lier à l'avance la décision du peuple par une recommandation du Parlement. Il faut qu'on laisse trouver à chacun la réponse à cette initiative. C'est seulement dans le plus profond de sa conscience que chacun peut donner la vraie réponse et ce n'est pas une recommandation de l'autorité politique qui peut changer quoi que ce soit. Les deux opinions profondément différentes méritent d'être respectées. Je pense que nous devons demander surtout à l'autorité le respect de ces opinions face à ces problèmes de la conscience de chacun et c'est au nom de ce respect qu'à mon avis, la proposition de la majorité de votre commission est surtout légitimée et autorisée; en renonçant à une recommandation, on ne fait violence à personne. Avec toutes les nuances et toutes les raisons qui existent et se confrontent de part et d'autre, l'on renvoie ce problème à la discussion devant le peuple, aux partis, aux courants d'opinions qui s'affronteront là; quelle valeur morale aurait,

dans un pareille situation, une recommandation obtenue par l'effet d'une majorité occasionnelle? On se trouverait devant une recommandation qui n'a aucune valeur réelle, car ce n'est pas l'autorité de l'Etat qui pourrait donner à une majorité controversée une autorité morale quelconque. Ce sont des opinions qui viennent du fond de la conscience de chacun et je pense que toute intervention de l'autorité pour donner plus ou moins de poids à l'une ou à l'autre est superflue, voire même dangereuse. C'est pour toutes ces raisons que je vous prie d'accepter la proposition de la majorité de la commission.

M. Péquignot: M. Bourgknecht a rappelé tout à l'heure les propos que j'ai tenus dans cette salle au sujet de cette recommandation à faire ou à ne pas faire au peuple. Sans rien renier de ma conviction profonde, je me rallie maintenant au point de vue de la majorité, simplement parce que je m'aperçois que notre combat est inutile et, dans cette situation, je ne pense pas que ce soit plus beau justement parce que c'est inutile.

La démonstration que nous avons faite de notre volonté de proposer le rejet au peuple et aux cantons, nous l'avons faite, je crois, à deux reprises et il m'apparaît maintenant, devant le vote clair et net du Conseil national, que celui-ci ne reviendra pas sur sa décision et que la navette – le sujet retournant au Conseil national, d'abord, puis devant être examiné par une commission de conciliation dont le résultat nous est connu d'avance – ne fera que prolonger la discussion sur un sujet qui a déjà par trop duré. C'est la raison pour laquelle je suis convaincu que ces longues discussions risquent de dicrédiiter encore plus le Parlement que le fait que nous présentions cette initiative sans recommandation. Puisque la loi des rapports entre les conseils le prévoit, je crois que, en tempérant un peu mes premiers propos, on peut dire qu'ici nous ne trahissons pas notre conviction en nous ralliant à la proposition de la majorité de notre commission.

Urech, Berichtenstatter der Minderheit: Darf ich nur noch kurz auf zwei, drei Bemerkungen erwidern: Es stimmt, Herr Kollege Heimann, selbstverständlich, dass man auch keine Empfehlung abgeben kann. Ich glaube aber, es ist grundsätzlich Aufgabe des Parlaments, hier Stellung zu beziehen; diese Stellungnahme auch nach aussen zum Ausdruck zu bringen ist eine Führungsaufgabe des Parlaments, und es ist falsch, wenn wir jetzt zum vornherein auf eine Empfehlung verzichten.

Ich glaube, mit dem Antrag der Mehrheit kommt zum Ausdruck: Die Kämpfer sind müde geworden, und jetzt gibt man einfach nach, und das möchte ich in dieser Frage nicht, und zwar aus grundsätzlichen Überlegungen. Das Parlament hat bei den Initiativen, wie gesagt, eine grundsätzliche Führungsaufgabe.

Bundesrat Brugger: Sie kennen ja die Stellungnahme des Bundesrates, was das Materielle betrifft. Der Bundesrat ist wie die Mehrheit Ihres Rates gegen die Fristenlösung; daran hat sich nichts geändert. Der Bundesrat hat Ihnen auch nicht Ratschläge und Empfehlungen zu erteilen, wie Sie vorgehen sollten in dieser nach unserer Meinung eher marginalen Frage – marginal deswegen, weil die Rechtslage an sich klar ist. Sie gibt Ihnen die Möglichkeit, eine Empfehlung abzugeben oder nicht. Ein Verzicht auf eine Empfehlung ist nicht als Ausnahmefall kodifiziert, sondern als einer der Normalfälle. Es stellt sich also die Frage, ob man aus grundsätzlichen Überlegungen, und weil man damit noch einmal seine materielle Stellungnahme kundtun möchte, nun auf dem ersten Beschluss beharren soll oder nicht.

Persönlich habe ich die Auffassung, dass das ein bisschen ein Hornbergerschiessen ist; denn das Schweizervolk weiss nun weiss Gott, welche Haltung die Mehrheit Ihres Rates zu verschiedenen Malen eingenommen hat. Ich glaube, diese Haltung muss nicht mehr in einer Empfeh-

lung auf Verwerfung besonders dargelegt werden. Man kann sicher auch nicht einfach sagen, ein Verzicht sei ein «manque de courage». Es ist natürlich eindrücklich, wenn man so argumentiert; aber Sie haben nachher in der Abstimmungskampagne wirklich genügend Gelegenheit, diese Courage zum Ausdruck zu bringen und sich in dieser sicher harten Auseinandersetzung persönlich zu engagieren. Wir wollen dann sehen, was da passiert. Der Bundesrat hat übrigens ebenfalls Gelegenheit, das zu tun, und er wird es sicher auch.

Aber was dem Bundesrat nun wirklich aufliegt, das ist das lange Hin und Her. Ich möchte Ihnen allerdings, damit keine Missverständnisse entstehen, sagen: Mir ist es egal, ob Sie sich noch ein paar Sitzungen und ein paar Sessionen mehr mit diesem Geschäft belasten wollen; auch dem unterziehe ich mich als Ihr gereuer Diener. Aber die Frage ist, wie es nach aussen wirkt, wenn wir in dieser marginalen Frage das Spiel noch lange weitertreiben. Ich hoffe, dass Sie, falls Sie an Ihrem Beschluss festhalten, wenigstens diesen Beschluss als definitiv erklären; denn wir hätten nun wirklich ein eminentes Interesse daran, dass einmal die Volksabstimmung durchgeführt werden kann, damit man endlich weiss, nicht nur, wie das Schweizervolk in dieser Frage eigentlich denkt – wir wissen es nämlich nicht –, sondern auch, wie in den verschiedenen Regionen dieses Landes über dieses Problem gedacht wird. Das kann gewisse Auswirkungen auf die andere Aufgabe haben, die wir noch zu lösen haben, nämlich die Verabschiedung des Bundesgesetzes über das gleiche Thema. Man sollte also vorwärts machen!

Aber leider ist das *Procédere* auch dann, wenn Sie heute Beendigung Ihrer Beratungen beschliessen, noch recht lang. Dann geht das Geschäft in der nächsten Session an den Nationalrat zurück, der sich, was sehr unwahrscheinlich ist, Ihrem Beschluss anschliessen oder aber auf seinem Standpunkt beharren kann. Im letzteren Falle muss auf die übernächste Session eine Einigungskommission einberufen werden, die wieder Mehrheits- und Minderheitsmeinungen Ausdruck geben und entsprechende Beschlüsse fassen wird, worauf in beiden Räten wieder abgestimmt den muss, ob man diesen Mehrheitsbeschlüssen der Einigungskommission zustimmt oder nicht. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, dass man dann zu einer Einigung kommt; diese Divergenz zwischen den beiden Räten bleibt wohl eher bestehen. Dann kommt, gemäss Artikel 27 des Geschäftsverkehrsgesetzes, automatisch – weil man sich in dieser Frage nicht einigen konnte – keine Empfehlung zustande. Ich weiss nicht, ob wir dann staatspolitisch in einer besseren Situation sind als heute. Auf jeden Fall wird das lange, noch sehr lange dauern. Ich bezweifle, dass wir nachher besser dastehen werden.

Nicht weil wir in der Fristenlösung unsere Meinung geändert hätten, sondern aus Gründen einer gewissen Staatsraison, aus einer gewissen Ökonomie auch der politischen Kräfte übrigens, hat der Bundesrat volles Verständnis für die Haltung der Mehrheit Ihrer Kommission, und er würde auf jeden Fall an seinem ursprünglichen Antrag nicht festhalten. Das ist kein materielles Entgegenkommen, sondern ein gewisses Entgegenkommen an eine Mehrheit des anderen Rates, die in dieser Frage übrigens dem Ständerat recht weit nachgegeben hat, das darf man auch einmal sagen. Sie müssen nun entscheiden, ob man soviel Offenheit an den Tag legen und sich entsprechend verhalten kann. Persönlich glaube ich, es wäre die bessere Lösung, aber schliesslich müssen Sie darüber entscheiden.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	17 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	19 Stimmen

Abstimmung – Vote

Art. 2

Für Definitivklärung des Beschlusses	22 Stimmen
Dagegen	13 Stimmen

An den Nationalrat – Au Conseil national

Schluss der Sitzung 11.20 Uhr

Le séance est levée à 11 h 20

Präsident: Es ist von der Kommissionsminderheit der weitere Antrag gestellt worden, den Beschluss des Ständerates gemäss Artikel 17 des Geschäftsverkehrsgesetzes als endgültig zu erklären.

Schwangerschaftsabbruch (Fristenlösung). Volksbegehren

Avortement (solution du délai). Initiative populaire

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1977
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	09
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	76.050
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	23.03.1977 - 09:00
Date	
Data	
Seite	129-132
Page	
Pagina	
Ref. No	20 005 664

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Vierte Sitzung – Quatrième séance

Donnerstag 5. Mai 1977, Vormittag

Jeudi 5 mai 1977, matin

8.00

Vorsitz – Présidence: Herr Munz

76.050

**Schwangerschaftsabbruch (Fristenlösung).
Volksbegehren****Avortement (solution du délai).****Initiative populaire**

Siehe Seite 129 hiervoor — Voir page 129 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 3. Mai 1977

Décision du Conseil national du 3 mai 1977

Antrag der Einigungskonferenz**Ingress:**

Die Bundesversammlung

...
nach Prüfung ...
nach Einsicht ...
nach Feststellung, dass die beiden Räte sich nicht über eine Abstimmungsempfehlung einigen konnten, beschliesst:

Art. 1

...

Proposition de la Conférence de conciliation**Préambule:**

L'Assemblée fédérale

vu ...

vu ...

constatant que les deux conseils n'ont pas pu s'entendre sur une recommandation à adresser au peuple et aux cantons,

arrête:

Art. 1er

...

Andermatt, Berichterstatter: Der Nationalrat hat es am letzten Dienstag mit 70 : 50 Stimmen abgelehnt, sich dem Beschluss des Ständerates betreffend die Initiative für die Fristenlösung anzuschliessen, und er hat an der Streichung von Artikel 2 des Bundesbeschlusses festgehalten. Da der Ständerat seinen Beschluss endgültig erklärt hatte, musste eine Einigungskonferenz einberufen werden. Diese Konferenz tagte gestern nachmittag. Es waren 23 Nationalräte und 23 Ständeräte anwesend.

Neben den Beschlüssen des Nationalrates und des Ständerates stand noch ein Antrag von Herrn Ständerat Dillier auf eine Aenderung im Ingress des Bundesbeschlusses zur Diskussion. Herr Ständerat Dillier schlug vor, entsprechend dem Beschluss des Nationalrates, Artikel 2 zu streichen, dafür aber im Ingress zu begründen, wieso durch die Bundesversammlung zuhanden der Stimmbürger bei dieser Initiative keine Empfehlung abgegeben werde. In einer ersten Abstimmung wurde der Beschluss des Nationalrates dem Beschluss des Ständerates gegenübergestellt. Mit 24 : 15 Stimmen obsiegte der Beschluss des Na-

tionalrates, d. h. der Beschluss, Artikel 2 des Beschlussesentwurfes zu streichen und die Initiative ohne Empfehlung Volk und Ständen zur Abstimmung zu unterbreiten. In einer zweiten Abstimmung sprach sich die Konferenz mit 24 : 17 Stimmen für den Einigungsvorschlag von Herrn Ständerat Dillier aus, wonach im Ingress des Bundesbeschlusses eine Begründung eingefügt wurde, warum die Räte auf eine Abstimmungsempfehlung verzichten. Der Text leigt auf. Ich muss Sie darauf aufmerksam machen, dass noch ein Fehler in diesem Text enthalten ist. Es heisst darin: «Artikel 1». Da wir aber nur einen Artikel haben, sollte es heissen: «Einziger Artikel» (im französischen Text: «Article unique»).

Ich beantrage Ihnen, diesem Beschluss der Einigungskonferenz zuzustimmen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Einigungskonferenz

37 Stimmen
(Einstimmigkeit)

77.017

**Militärische Disziplinarbeschwerden.
Zuständigkeit****Peines disciplinaires militaires. Compétence**

Siehe Seite 74 hiervoor — Voir page 74 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 3. Mai 1977

Décision du Conseil national du 3 mai 1977

Differenzen – Divergences**Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Bächtold, Berichterstatter: Am 16. März hat der Ständerat mit sehr deutlich zum Ausdruck gebrachten Unbehagen einem Bundesbeschluss über die dringliche Aenderung des Militärstrafgesetzes betreffend den Weiterzug von Disziplinarstrafverfügungen zugestimmt. Er pflichtete damit, trotz verschiedener Bedenken, der vom Bundesrat vertretenen Auffassung bei, dass eine Anpassung dieser Vorschriften an die europäische Menschenrechtskonvention nicht nur notwendig, sondern auch dringlich sei. Das Missbehagen gründete insbesondere in der Abneigung gegenüber einem dringlichen Gesetzgebungsverfahren unter starkem Zeitdruck, sowie im Umstand, dass die Frage des Verhältnisses zwischen Konventionsrecht und Landesrecht, namentlich das Problem des sogenannten self executing, zu wenig abgeklärt sei. Man befürchtete präjudizielle Wirkungen.

Wie der Ständerat bekannte sich auch die Vorberatende Kommission des Nationalrates zu den Grundsätzen der europäischen Menschenrechtskonvention und anerkannte die Notwendigkeit, unser Landesrecht diesem Uebereinkommen anzupassen. Die schon in diesem Saal vorgebrachten Bedenken verdichteten sich zum Antrag, es sei die weitere Behandlung dieses Geschäftes bis zum Abschluss der Beratungen der bereits eingesetzten Kommission für die Totalrevision des Militärstrafgesetzes auszusetzen. Es wäre gesetzgeberisch wenig sinnvoll, eine kleine Revisionsvorlage der grossen vorzugehen zu lassen und eine Lösung vorwegzunehmen, die in der Totalrevision ohnehin vorgesehen ist. Dazu kam die Ueberlegung, dass

Schwangerschaftsabbruch (Fristenlösung). Volksbegehren

Avortement (solution du délai). Initiative populaire

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1977
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Maisession
Session	Session de mai
Sessione	Sessione di maggio
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	04
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	76.050
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	05.05.1977 - 08:00
Date	
Data	
Seite	233-233
Page	
Pagina	
Ref. No	20 005 729

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Titre et préambule, art. 1 à 3*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté**Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*Für Annahme des Beschlusentwurfes 36 Stimmen
(Einstimmigkeit)**Bundesverfassung. Neuordnung des Staatsvertragsreferendums (Erwahrung des Abstimmungsergebnisses vom 13. März 1977)****Constitution fédérale. Référendum en matière de traités internationaux (Validation du résultat de la votation populaire du 13 mars 1977)****Titel und Ingress, Art. 1–3***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule, art. 1 à 3*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté**Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*Für Annahme des Beschlusentwurfes 36 Stimmen
(Einstimmigkeit)*An den Bundesrat – Au Conseil fédéral*

76.084

**Mietwesen. Missbrauchsbekämpfung
Lutte contre les abus dans le secteur locatif**

Siehe Seite 97 hiervor — Voir page 97 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 3. Mai 1977
Décision du Conseil national du 3 mai 1977*Différences – Divergences***Ziff. II***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. II*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

Vincenz, Berichterstatter: Ich kann vorerst mitteilen, dass sämtliche materiellen Differenzen durch Zustimmung des Nationalrates zu den Beschlüssen unseres Rates beseitigt werden konnten. Hingegen hat sich eine neue Differenz in Ziffer II ergeben. Sie bezieht sich auf das Inkraftsetzen des Bundesbeschlusses. Die neue Fassung von Abschnitt II ist Ihnen auf einem Beiblatt ausgeteilt worden. Bekanntlich, und darum handelt es sich, wird der alte Beschluss am

7. Juli 1977 ausser Kraft treten. Es sollte nun versucht werden, das Entstehen einer Lücke, eines Interregnums ohne gesetzliche Regelung zur Bekämpfung von Missbräuchen im Mietwesen zu verhindern. Der Nationalrat hat nun in Würdigung dieser Situation beschlossen, diesen allgemeinverbindlichen Bundesbeschluss aufgrund von Artikel 89bis Absatz 2 der Bundesverfassung dringlich zu erklären und den Beschluss über Massnahmen gegen Missbräuche im Mietwesen am 7. Juli 1977 in Kraft zu setzen. Ihre Kommission hat die Frage der Dringlichkeit behandelt und beantragt Ihnen – mit allen Stimmen bei einer Enthaltung –, dem Beschluss des Nationalrates zuzustimmen. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung, womit die letzte Differenz beseitigt würde. Die Schlussabstimmung und die Abstimmung über die Dringlichkeit können erst in der Junisession vorgenommen werden.

*Angenommen – Adopté**An den Nationalrat – Au Conseil national*

76.050

**Schwangerschaftsabbruch (Fristenlösung).
Volksbegehren
Avortement (solution du délai).
Initiative populaire**

Siehe Seite 233 hiervor — Voir page 233 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 3. Mai 1977
Décision du Conseil national du 3 mai 1977*Schlussabstimmung – Vote final*Für Annahme des Beschlusentwurfes 35 Stimmen
(Einstimmigkeit)*An den Nationalrat – Au Conseil national*

76.060

**Ziviler Ersatzdienst (BV Art. 18)
Service civil de remplacement (cst. art. 18)**

Siehe Jahrgang 1976, Seite 687 — Voir année 1976, page 687

Beschluss des Nationalrates vom 5. Mai 1977
Décision du Conseil national du 5 mai 1977*Schlussabstimmung – Vote final*Für Annahme des Beschlusentwurfes 27 Stimmen
Dagegen 1 Stimme*An den Bundesrat – Au Conseil fédéral*

Schwangerschaftsabbruch (Fristenlösung). Volksbegehren

Avortement (solution du délai). Initiative populaire

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1977
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Maisession
Session	Session de mai
Sessione	Sessione di maggio
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	04
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	76.050
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	05.05.1977 - 08:00
Date	
Data	
Seite	236-236
Page	
Pagina	
Ref. No	20 005 733

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.